

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Die Situation der Roma in Ungarn – unter besonderer
Berücksichtigung der Bildungspolitik“

Verfasser

Arno Niederle

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im November 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Danksagung:

Ich möchte mich vor allem bei meiner Mutter bedanken, die mir das Studium ermöglicht hat. Großen Dank schulde ich auch meinen Freunden und meiner Familie, die mich stets mit Rat und Tat unterstützt haben.

Bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Dr. Dieter Segert, der durch sein Engagement zum Abschluss dieser Arbeit beigetragen hat, möchte ich mich ebenfalls bedanken.

I.	EINLEITUNG	5
II.	THEORIEN UND BEGRIFFE	8
II.I	Wer sind „die“ Roma?	8
II.II	Roma und Marginalisierung	10
II.III	Das Konzept der Unterklasse und der Culture of Poverty	11
III.	DIE GESCHICHTE DER ROMA BIS ZUM SYSTEMWECHSEL	21
III.I	Von den Anfängen bis zur kommunistischen Machtübernahme	21
III.II	Staatssozialismus	24
III.III	Systemwechsel, Anfänge einer Roma-Minderheitenpolitik und der institutionelle Rahmen	27
III.IV	Roma im ungarischen Beitrittsprozess zur Europäischen Union	33
IV.	DIE SITUATION DER ROMA IN DER GEGENWART	42
IV.I	Anzahl und Demographie	42
IV.II	Regionales Umfeld	44
IV.III	Siedlungstypen	47
IV.IV	Die Wohnverhältnisse und Wohnsegregation in Staatssozialismus und Gegenwart	51
IV.V	Roma am Arbeitsmarkt	57
V.	BILDUNGSSITUATION DER ROMA	60
V.I	Bildungssituation der Roma vor 1945	60
V.II	Bildungssituation nach 1945 bis zum Systemwechsel 1989	60
V.III	Die Roma-Politik nach dem Systemwechsel	67
VI.	DAS GEGENWÄRTIGE POLITISCHE KLIMA UND DIE ROMA	83
VII.	RESÜMEE	89
VIII.	QUELLENVERZEICHNIS	94
IX.	ABKÜRZUNGEN	108
	ABSTRACT (DEUTSCH UND ENGLISCH)	109
	LEBENS LAUF	110

I. Einleitung

Mein Forschungsinteresse liegt in der Darstellung der Lage der ungarischen Roma mit Schwerpunkt auf Bildungssituation und Bildungspolitik. Ich werde das Ausmaß ihres Bildungsrückstands darstellen und Gegenkonzepte der ungarischen Regierungen charakterisieren.

Die Forschungsthese meiner Arbeit lautet: Die staatssozialistische Politik ist maßgeblich für die schlechte Lage vieler ungarischer Roma verantwortlich.

Hieraus ergaben sich für meine Arbeit folgende Forschungsfragen:

- Welche Auswirkungen hat die staatssozialistische Politik auf die gegenwärtige Lage der Roma?
- Welche Faktoren tragen noch zu der schlechten Lage der Roma bei?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Bildungssituation der Roma zu verbessern?

Die Volksgruppe der Roma nimmt in Europa eine einzigartige Stellung ein. Die Roma sind zwar seit Jahrhunderten ein fester Bestandteil der europäischen Kultur, doch ähnlich wie die europäischen Juden wurden sie oft an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Diskriminierung und gesellschaftliche Exklusion zogen sich wie ein roter Faden durch ihre Geschichte. Bei Betrachtung der gegenwärtigen Lage der Roma in Mittel- und Osteuropa stellt man rasch fest, dass viele immer noch mit diesen Problemen konfrontiert sind.

Der Zusammenbruch des Kommunismus bedeutete für Ungarn einen tief greifenden Wandel. Nicht nur das Wirtschaftssystem, sondern auch die ungarische Gesellschaft war gravierenden Veränderungen unterworfen. Der Systemwechsel brachte für viele Menschen eine (zumindest zeitweilige) Verschlechterung ihres Lebensstandards mit sich. Wie ich in meiner Arbeit zeigen werde, sollte sich das staatssozialistische System als besonders fatal für die ungarische Roma-Minderheit erweisen. Denn es hat viele ungarische Roma in eine derart schlechte Position gebracht, dass sie große Probleme hatten, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Daher verschlechterte sich ihre Lage nach dem Systemwechsel immens.

In den vergangenen Jahren ist über die menschenunwürdige Situation vieler Roma in Mittel- und Osteuropa mehrfach in den verschiedensten europäischen Medien berichtet worden. Doch oftmals bot nicht ihre marginalisierte Lage per se Anlass zur Bericht-

erstattung, sondern negative Vorfälle wie zum Beispiel der Mauerbau in Ústí nad Labem (Tschechische Republik), Übergriffe und Gewalt gegen Roma (u.a. in Italien, Ungarn und der Slowakei). Die jüngsten Ereignisse in Italien (gewalttätige Übergriffe im Jahr 2008 auf rumänische Roma) zeigen deutlich, dass der hohe Marginalisierungsgrad der Roma eine gesamteuropäische Herausforderung ist.

Doch auch die ungarischen Roma gerieten in letzter Zeit in die internationalen Schlagzeilen – einerseits als Opfer von Gewaltexzessen (wie eine ideologisch bedingte Mordserie an Roma), andererseits durch die öffentlich sehr präsente Ungarische Garde, die durch romafeindliche Rhetorik und Aufmärsche in Roma-Siedlungen Angst und Schrecken verbreitete.

Nicht nur diese Ereignisse zeigen deutlich, dass die Integration der Roma dringender denn je forciert werden sollte. Ihre menschenunwürdige Lage, gesellschaftliche Exklusion, Segregation, hohe Arbeitslosigkeit, katastrophalen Lebensumstände und der stark verbreitete Rassismus gegen Roma sind untragbar und sollten per se für die hohe Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lage sprechen. Die Lage vieler Roma ist nicht nur für ihr eigenes Leben äußerst benachteiligend, sondern evoziert auch viele Vorurteile und Rassismen und birgt enormen sozialen Sprengstoff.

Der Forschungsstand in Österreich zur Situation der Roma in Ungarn ist relativ bescheiden. Es gibt nur sehr wenige österreichische Monographien, die sich mit diesem Thema beschäftigen. In Ungarn sieht die Lage hingegen vollkommen anders aus. Die Roma sind ein wichtiger Brennpunkt der ungarischen Sozialwissenschaften. Im Gegensatz zu anderen staatssozialistischen Ländern waren in Ungarn Roma-Studien erlaubt. Daher gibt es neben umfangreicher zeitgenössischer Literatur auch eine große Anzahl an Fachbüchern aus jener Zeit. Da die genannten Quellen in Österreich nicht zugänglich sind, verbrachte ich im Rahmen des KWA-Stipendiums der Universität Wien zwei Monate in Ungarn. Meine Diplomarbeit basiert daher auf englischer und ungarischsprachiger Sekundärliteratur, sowie auf Primärquellen (Regierungsprogramme, Gesetzestexte).

Die vorliegende Arbeit ist folgendermaßen strukturiert: Die theoretischen Grundlagen bilden István Szélenyis und János Ladányis Konzeption der Unterklasse sowie die Culture of Poverty und werden in Kapitel II dargestellt. In Kapitel III behandle ich die Geschichte der ungarischen Roma und lege dar, dass viele gegenwärtige Probleme ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben. Kapitel IV umreißt zwei äußerst gravierende Probleme, mit denen

die ungarischen Roma konfrontiert sind: Wohnungssegregation und hohe Arbeitslosigkeit. Beide stehen im Zusammenhang mit den in Kapitel V dargestellten schwerwiegenden Problemen, welche viele Roma im Bildungsbereich haben. In diesem Teil wird aber auch die Bildungssegregation der Roma und die Bildungspolitik der ungarischen Regierung für die Roma analysiert. Kapitel VI schließt den Bogen zur Darstellung der gegenwärtigen Situation der ungarischen Roma. So werden, wie bereits kurz angesprochen, die jüngsten Entwicklungen (Politische Unruhen, Aufschwung von rechten Parteien und außerparlamentarischen Bewegungen) thematisiert, welche sich direkt auf die Roma ausgewirkt haben. Das Resümee betrachtet die vorliegende Arbeit mit Einbezug der Theorien und Begriffe aus Kapitel II und bietet einen kleinen Ausblick auf die Wahlen im kommenden Jahr.

II. Theorien und Begriffe

II.I Wer sind „die“ Roma?

Der Begriff *Roma* umfasst mehrere Bevölkerungsgruppen, welche ursprünglich in Indien beheimatet waren. Das Wort „Roma“ entstammt ihrer Sprache, dem Romanes, und bedeutet im Singular Mann oder Mensch („Rom“) – bzw. Frau („Romni“) – und im Plural Menschen („Roma“). Die Roma wanderten im Zuge der persischen Eroberung Indiens im 3. Jahrhundert n. Chr. nach Persien und zogen rund um 750 n. Chr. nach Armenien weiter. Die byzantinische Expansion ab 900 n. Chr. führte zu einer weiteren Wanderung in Richtung Byzanz. Im 13. und 14. Jahrhundert wurde die Migration der Roma durch sogenannte „push“-Effekte, wie den 4. Kreuzzug (1206), die Pestepidemie von 1347, sowie die zunehmende osmanische Expansion Richtung Westen, vorangetrieben.¹ In Ungarn wurden die Roma erstmals 1416 schriftlich erwähnt, als eine Lebensmittelspende im Brassóer Geschäftsbuch verzeichnet wurde. Der genaue Zeitpunkt ihrer Ankunft ist aber nicht bekannt², es gibt diesbezüglich in der Wissenschaft auch widersprüchliche Aussagen. So datiert Donald Kenrick die erste schriftliche Erwähnung der Roma in Ungarn erst auf 1489.³ Ab dem 15. Jahrhundert siedelten sie sich nach und nach auf dem ganzen Kontinent an.⁴

Bis ins 18. Jahrhundert war Abstammung und Herkunft der Roma nicht geklärt. So ging man fälschlicherweise davon aus, dass sie aus Ägypten nach Europa eingewandert wären.⁵ Dieser Irrtum hat in der englischen Sprache Eingang gefunden. So stammt das englische Wort „Gypsy“ etymologisch betrachtet von „Egyptian“ ab. Das ungarische „cigány“ sowie das deutsche Wort „Zigeuner“ sind griechischen Ursprungs („Adcincani“ bzw. „Athinganos“). Erst um 1780 entdeckten Gelehrte die sprachliche Verwandtschaft des Romanes mit nordindischen Sprachen wie Punjabi und Hindi.⁶

Roma sind an sich nicht nomadisierend, viel mehr wurden sie im Laufe der Geschichte dazu gezwungen, sei es durch die Flucht vor Angreifern oder durch die politischen Verhältnisse im jeweiligen Gebiet. Faktoren wie Krieg oder Frieden bzw. Aufnahme-freundlichkeit seitens der ansässigen Bevölkerung bzw. Grundherren, sowie die Menge an

¹ Kenrick 2004, 12-38.

² Kemény 2005, 1.

³ Kenrick 2004, 50-54.

⁴ Ladányi 2006, 21 und Kemény 2005, 2.

⁵ Ladányi 2006, 20.

⁶ Kenrick 2004, 5.

verfügbarem Land waren Determinanten, ob sie eine Nische zum Überleben fanden und sich ansiedelten oder weiterzogen bzw. weiterziehen mussten. Da der Osten Europas im Gegensatz zum Westen weniger dicht besiedelt war, konnten sie hier leichter Fuß fassen. Aufgrund dieser Tatsache leben heute noch in Osteuropa mehr Roma als in Westeuropa.⁷

Die Roma stellen heute mit 8 bis 10 Millionen Menschen die größte Minderheit innerhalb der Europäischen Union dar. Ihr hoher Grad an Marginalisierung, Transnationalität und die Tatsache, dass es weder ein Mutterland noch ein territoriales Gebiet gibt, welches den Status eines Mutterlandes innehat, hebt sie von allen anderen Ethnien ab.

Da die Roma eine sehr diverse Gruppe sind, ist es nicht unproblematisch, die verschiedenen Gruppierungen unter einem Namen zu subsumieren. War früher „Zigeuner“ die gängige Bezeichnung, so ist heute Rom (Plural Roma) der am meisten verwendete und politisch korrekte Begriff.

Die Roma Ungarns gliedern sich in drei Sprachgruppen:

- Die „**Magyar cigányok**“ (wörtlich „Ungarische Zigeuner“⁸) werden in Ungarn auch als „Romungró“ bezeichnet und sind die größte und dominanteste Gruppe. Ihre Muttersprache ist Ungarisch.
- Die „**Oláh**“ oder „**Vlah cigányok**“ („Olah-Zigeuner“) sind erst im späten 19. Jahrhundert aus Rumänien eingewandert. Viele sprechen neben Ungarisch einen Vlax-Dialekt des Romanes.
- Die „**Beás cigányok**“ leben seit über 200 Jahren in Ungarn und sprechen oftmals neben Ungarisch eine archaische Form des Rumänisch.⁹

Trotz vieler Unterschiedlichkeiten hat der ungarische Gesetzgeber alle Roma-Gruppen in der Kategorie der „Roma“ zusammengefasst. Auch wenn dies mit einer gewissen Ungenauigkeit einhergeht, wurde diese Lösung aus Gründen der Praktikabilität gewählt.

Der ungarische Staat hat 1993 im Minderheitengesetz LXXVII nationale und ethnische Minderheiten folgendermaßen definiert:

„Jene Volksgruppen, die seit mindestens 100 Jahren in Ungarn beheimatet sind, sowie über eine nennenswerte zahlenmäßige Größe auf dem Gebiet der Republik Ungarn verfügen, ungarische Staatsbürger sind, sich durch eigene

⁷ Barany 2002, 10-11.

⁸ In der Quelle wird der Terminus „cigány“ verwendet, welcher hier wörtlich als „Zigeuner“ übersetzt und wertneutral zu verstehen ist.

⁹ Barany 2002, 12-13 und Kemény 2004, 37.

Sprache, Kultur und Tradition von den anderen Bürgern unterscheiden und ein fortlaufendes Gemeinsamkeitsgefühl an den Tag legen... ¹⁰

werden als Minderheit definiert. (Kisebbségi törvény, I. fejezet 1.§ (2) bekezdés)¹¹.

Dieser Minderheitenbegriff klammert andere Minderheiten, die sich aufgrund ihrer Hautfarbe, sexueller Orientierung, etc. von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden oder später eingewandert sind, wie beispielsweise Vietnamesen oder Türken, aus.

Zwar unterscheidet das Gesetz zwischen ethnischen (Roma) und nationalen (alle anderen anerkannten Minderheiten – Armenier, Bulgaren, Deutsche, Griechen, Kroaten, Polen, Rumänen, Ruthenen, Serben, Slowaken, Slowenen und Ukrainer) Minderheiten, doch dies hat keine juristischen Konsequenzen.¹²

II.II Roma und Marginalisierung

Marginalität ist ein relativer Begriff und bedeutet, dass eine marginalisierte Gruppe im Vergleich zur Mehrheit oder anderen Gruppen benachteiligt wird. Unabhängig vom jeweiligen Kontext bezeichnet die Marginalität eine untergeordnete oder periphere Position, die auf Konflikten zwischen Rassen, ethnischen Gruppen, Kulturen, Lebensstilen, sozialen und ökonomischen Status basiert.¹³ Sie entsteht entweder aufgrund von gewissen Eigenheiten der marginalisierten Gruppe – was von jener auch bewusst gewählt werden kann, wie beispielsweise von den Amish People oder Hutterern in den Vereinigten Staaten – oder aufgrund von sogenannten exogenen (von außen kommenden) Faktoren.¹⁴ Man unterscheidet drei Dimensionen der Marginalität:

- **Ökonomische Marginalität** kann eine Folge staatlicher Politik sein. So kann eine Gruppe/Ethnie aus dem Wirtschaftsleben hinaus an den Rand gedrängt werden. Die südafrikanische Mehrheitsbevölkerung erfuhr durch die weiße Minderheitendiktatur unter anderem eine sehr starke wirtschaftliche Marginalisierung.
- Eine **soziale Marginalisierung** tritt auf, wenn eine Person oder Gruppe abgelehnt und aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Faktoren wie Rasse, Ethnie, ökonomischer Status, Religion, Kultur, Auftreten, Behinderung, Geschlecht, etc. können als Vorwand dienen.

¹⁰ Vámos 2004, 13.

¹¹ Das Gesetz ist unter http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=99300077.TV abrufbar.

¹² Berger, 2001, 42-43.

¹³ Barany 2002, 49-52.

¹⁴ Barany 2002, 54.

- **Politische Marginalität** bezeichnet den Umstand, wenn Individuen oder Gruppen von anderen in ihren politischen Rechten eingeschränkt werden.¹⁵

Der Marginalisierungsgrad der Roma ist in vielerlei Hinsicht einzigartig. Ihre Marginalisierung zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Geschichte. Im Vergleich zu anderen marginalisierten Gruppen ist bei den Roma der Grad an erfahrener Marginalisierung einzigartig hoch und war von der jeweiligen Epoche abhängig. Kennzeichnend für die Roma war außerdem, dass sie stets die unteren Ränge der Gesellschaft einnahmen.¹⁶ In der vorindustriellen Wirtschaft konnten sie einen wichtigen Stellenwert einnehmen, welcher mit der Industriellen Revolution verlustig ging. Doch da sich die Länder Mittel- und Osteuropas im Vergleich zu ihren westlichen Nachbarn langsamer entwickelten, konnten die Roma in jenen Ländern länger ihren Stellenwert in der Wirtschaft halten.¹⁷ Einzigartig an den Roma ist, wie schon erwähnt, auch die Tatsache, dass sie über kein Mutterland verfügen, das sich für ihre Interessen einsetzen hätte können.

II.III Das Konzept der Unterklasse und der Culture of Poverty

1963 führte der schwedische Ökonom Gunnar Myrdal den *Underclass* Begriff ein. Mit jenem Terminus beschrieb er eine Gruppe von Personen, die an der untersten Stelle der amerikanischen Gesellschaft stehen, arbeitslos sind und mit der Zeit zunehmend unanstellbar werden. Hervorgerufen wurde dies durch dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Der Nachkriegskapitalismus demokratisierte die Bildung und brachte ein Mehr an Freiheit und Chancengleichheit für den Großteil der Menschen mit sich. Jene aber, die hiervon ausgeschlossen blieben und aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach höherer Qualifikation keine Perspektiven mehr hatten, bildeten nach und nach eine Unterklasse. Für die Mehrheit der Amerikaner gewährleistet das Bildungssystem ökonomische und soziale Mobilität. Dies trifft aber nicht auf die Unterklasse zu. Die Trennung in Mainstream und Unterklasse wird von Myrdal als „caste-line“ charakterisiert. Mitglieder einer Unterklasse befinden sich in einem Teufelskreis, denn aufgrund ihrer Armut können sie ihre Kinder nicht im erforderlichen Maß bei der Ausbildung unterstützen. Sie werden sogar geneigt sein, ihre Kinder aus der Schule zu nehmen, wenn sich für diese eine Zuverdienstmöglichkeit ergeben sollte. Mitglieder einer Unterklasse sind darüber hinaus sehr oft gezwungen, in einem ungünstigen Umfeld zu leben. So stehen

¹⁵ Barany 2002, 54-56.

¹⁶ Barany 2002, 63.

¹⁷ Barany 2002, 88-89.

ihnen meistens nur Slums als leistbare Wohnmöglichkeiten zur Verfügung, deren Schulen aber qualitativ schlechter sind. Aufgrund dieser Faktoren ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass die Armut der Eltern an deren Kinder „weitervererbt“ wird. Das schlechte Umfeld ist auch eine Folge der Tatsache, dass Menschen aus der Unterklasse Regionen, Örtlichkeiten, wirtschaftlichen oder sozialen Schichten angehören, in denen (Weiter-)Bildung und Training für Arbeit und Leben eine Ausnahme darstellen. Myrdal sah die afroamerikanische Minderheit als die am stärksten benachteiligte im Amerika der 60er Jahre an. Sie wurde von den wirtschaftlichen Umstrukturierungen am härtesten getroffen, denn zusätzlich zur Diskriminierung durch die weiße Mehrheitsbevölkerung war sie ärmer und zugleich schlechter ausgebildet, wodurch sie kaum von der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften profitieren konnte.¹⁸

Der Begriff der *Culture of Poverty* wurde in den 70er Jahren vom US-amerikanischen Anthropologen Oscar Lewis eingeführt. Eine *Culture* bezeichnet im anthropologischen Sinn ein „design of life“. Die *Culture of Poverty* ist als eine Art Verteidigungsmechanismus zu verstehen, welcher von Armen im Überlebenskampf an den Tag gelegt wird und von Generation zu Generation unbewusst „weitervererbt“ wird. Die *Culture of Poverty* bezieht sich ausschließlich auf Personen, die an unterster Stelle der sozio-ökonomischen Skala stehen und entsteht, wenn das vorhandene soziale und ökonomische System zusammenbricht oder durch ein neues ersetzt wird.¹⁹

Mitte der 60er Jahre verwendeten andere Theoretiker die Begriffe *Culture of Poverty* und Unterklasse entgegen ihrer ursprünglichen Intention. So wurde der kausale Zusammenhang zwischen den sich ändernden ökonomischen Strukturen und der Entstehung einer Unterklasse entgegen Myrdals Postulierung umgedreht. Laut jenen Theoretikern sei die *Culture of Poverty* für den Zusammenbruch der sozialen Ordnung verantwortlich und die Unterklasse bestünde fast ausschließlich aus afroamerikanischen, innerstädtischen Ghettobewohnern. Weiters sei die *Culture of Poverty* untrennbar mit dem Begriff der Rasse verknüpft.²⁰ Jene, aus dem rechten politischen Spektrum stammende Ideologen, definierten die Unterklasse behavioralistisch als „subset of poor“ – tief in der Kriminalität verstrickte, für ihre eigene Situation selbst verantwortliche „Abhängige von der Wohlfahrt“.²¹

¹⁸ Myrdal 1964, 40-53.

¹⁹ Lewis 1961, xxiv-xxv.

²⁰ Ladányi 2006, 6.

²¹ Emigh 2001, 3.

Erst William Wilson verband in seinen Werken „The Declining Significance of Race“ (1978) und „The Truly Disadvantaged“ (1987) die Bildung einer Unterklasse wieder mit dem Prozess der ökonomischen Umstrukturierung.²² Diese Umstrukturierung fand in den 60er und 70er Jahren statt und traf besonders den produktiven Sektor, in dem Afroamerikaner überproportional stark beschäftigt waren. Waren in den 40er und 50er Jahren die Innenstadtghettos von allen Schichten der afroamerikanischen Gemeinschaft bewohnt, so hatte sich das bis zu den 80er Jahren geändert. Durch den in den 60er Jahren beginnenden Auszug der Arbeiter- und Mittelklasse blieben nur Personen zurück, die nicht nur innerhalb der afroamerikanischen Gemeinschaft am stärksten benachteiligt, sondern auch aus dem gesamten Arbeitskreislauf gänzlich ausgeschlossen waren – es fehlte ihnen an Ausbildung und Fertigkeiten, was letztendlich zu Langzeitarmut, Langzeitarbeitslosigkeit und/oder Abhängigkeit von der Wohlfahrt sowie Isolation von der Gesellschaft führte. Aufgrund dieser Charakteristika bezeichnete Wilson diese Gruppe als Unterklasse.²³

Das Konzept der Unterklasse von Szelényi und Ladányi

Staatssozialistische Eliten in Ungarn legitimierten ihre Macht mit der raschen Eliminierung von Armut sowie gesellschaftlichen Ungleichheiten. Sie sahen die staatssozialistische Gesellschaft als hoch-egalitär an und bezeichneten gesellschaftliche Unterschiede als Relikte der vergangenen kapitalistischen Ordnung. Doch konträr zu dieser Annahme wurden Diskriminierungen und Ungleichheiten vom staatssozialistischen Umverteilungssystem hervorgerufen. Denn viele Maßnahmen, welche Armen zu Gute kommen sollten, stellten sich für die Roma im Nachhinein als äußerst unvorteilhaft heraus. So wurden im Rahmen der kostenlosen Schulbildung viele Roma-Kinder in separate Klassen und Schulen abgeschoben, was zu einer schlechteren Ausbildung und gesellschaftlichen Segregation führte. Staatliche Wohnbauprogramme setzten der Wohnsegregation von Roma kein Ende, sondern reproduzierten sie (siehe Kapitel IV.IV). Darüber hinaus erhielten sie auch kein Land zur Verfügung gestellt, welches (in Krisenzeiten) zur Eigenversorgung geeignet gewesen wäre.

Das Regime konnte die grundlegende Veränderung des Weltmarktes, hervorgerufen durch die digitale Revolution, welche in westlichen Ländern Ende der 60er einsetzte und sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stetig intensivierte, zwar für eine gewisse Zeit abwehren, doch war

²² Ladányi 2006, 7.

²³ Wilson, 1987, 7-8.

dies mit einer hohen Staatsverschuldung verbunden. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus waren künstlich herbeigeführte Vollbeschäftigung sowie hohe Subventionierungen des „Grundkonsums“ nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die radikale Umstrukturierung der Wirtschaft verschlechterte nicht nur die Lebensbedingungen vieler, sondern entzog vielen Menschen die Lebensgrundlage, da sich die hoch subventionierten, staatlichen Firmen in ihrer damaligen Form in der Marktwirtschaft als nicht lebensfähig erwiesen. Die Nachfrage nach ungelerten Arbeitskräften sank aufgrund des technologischen Fortschritts massiv. Personen, die über keine oder nur geringe Ausbildung verfügten, hatten am Arbeitsmarkt keine Perspektiven mehr – eine Tendenz, die sich zunehmend verstärkte. All jene, welche Arbeit im informellen Sektor fanden, konnten ihre Situation verbessern. Doch alle, denen dies mangels kulturellen Kapitals oder aufgrund ihrer ungünstigen Wohnsituation nicht möglich war, gerieten in eine Unterklasse, welche von kastenartiger Segregation geprägt war. Da die Roma aufgrund etlicher Faktoren (wie der staatssozialistischen Bildungs- und Wohnpolitik) überproportional stark in der Gruppe der ungebildeten Arbeitnehmer vertreten waren, wurden sie von den Auswirkungen der Mitte der 80er Jahre eintretenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrise auch am härtesten getroffen.²⁴ Aufgrund der Parallelen in der Entwicklung in den Vereinigten Staaten und den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOEL) wandten die beiden Soziologen János Ladányi und Iván Szelényi den Unterklasse-Begriff auch auf die MOEL an. Denn wie in den Vereinigten Staaten waren auch jene Länder mit gewaltigen wirtschaftlichen Umstrukturierungen konfrontiert. Hatten in den USA Afroamerikaner überproportional stark mit negativen Auswirkungen zu kämpfen, so traf dieser Umstand in Europa auf die Roma zu.²⁵ Nach der Transition waren innerhalb der Roma zwei gegensätzliche Tendenzen beobachtbar: während einem kleinen Teil der Aufstieg in die Mittelklasse gelang, stiegen viele in eine Unterklasse ab.²⁶

Laut Ladányi und Szelényi umfasst die Unterklasse eine Gruppe von Personen, welche unabhängig ihrer ethnischen Zugehörigkeit über folgende drei Hauptcharakteristika verfügen.²⁷

²⁴ Ladányi 2001, 67-75.

²⁵ Ladányi 2006, 8-9.

²⁶ Ladányi 2006, 3.

²⁷ Die Autoren berufen sich auf: Gunnar Myrdal (1963): *Challenge to Affluence*. New York: 14, 38-39; William Wilson (1978): *The Declining Significance of Race*. Chicago: 156-157; (1987): *The Truly Disadvantaged*. Chicago: 10-12, 60; Massey and Denton (1993): *American Apartheid: Segregation and the making of the underclass*. Cambridge: 3-9.

- *“They are geographically isolated in ethnically homogenous neighbourhoods, separated from mainstream society, including the socially and economically better-off members of their ethnic group.*
- *They are often seen by members of the mainstream as a “superfluous” or “useless” social category, who do not contribute to the welfare of society and who represent a drain on valuable social resources.*
- *Their poverty is typically inherited across generations.”*²⁸

Die Unterklasse ist ein „spezieller Fall von sozialer und ökonomischer Exklusion“.²⁹

Soziale Exklusion bezieht sich auf den Unterschied zwischen Gruppen bezüglich des Segregationsgrades des Wohnorts, der Wahrscheinlichkeit den gleichen sozialen Netzwerken anzugehören, der Anzahl an gemischten Ehen sowie des Interaktionsniveaus in sozialen Klubs und Organisationen. **Ökonomische Exklusion** bezeichnet den Zustand, wenn Personen keinen Zugang zu Arbeitsplätzen, Einkommen, Leistungen des Staates bzw. den notwendigen Ressourcen für eine normale Teilhabe an der Gesellschaft haben.³⁰

Auf Grundlage von Max Webers Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“³¹ haben Ladányi und Szelényi eine Grafik erstellt, in der die Verortung einer Gruppe innerhalb einer Gesellschaft dargestellt wird. Die genaue Position einer Klasse oder Kaste wird anhand ihrer sozialen bzw. wirtschaftlichen Exklusion und Inklusion determiniert.

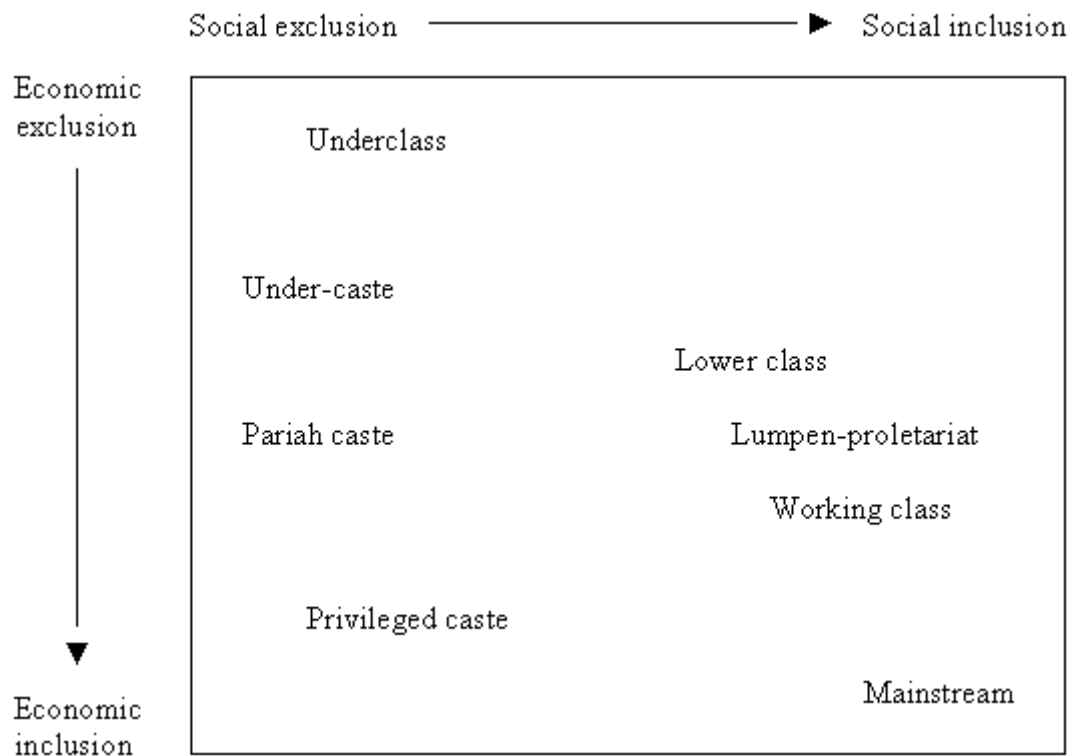
²⁸ Ladányi 2006, 8; Emigh 2001, 3.

²⁹ Ladányi 2006, 1.

³⁰ Ladányi 2006, 10-11.

³¹ Die Autoren verwendeten Max Weber (1978). *Economy and Society*. Berkeley.

Abbildung 1 – An historical and comparative typology of social positions formed by social and economic exclusion and inclusion³²



Mitglieder einer *Under-caste* sind sozial unberührbar, folglich sind physischer Kontakt sowie das Eingehen einer Ehe mit Personen aus dem *Mainstream* Tabu. Nichtsdestotrotz können sie ökonomisch wichtige Tätigkeiten übernehmen. So gehörten zum Beispiel Roma-Schmiede im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu jener Kategorie.

Tätigkeiten, die als gefährlich, schmutzig oder unehrenhaft angesehen werden, aber durchaus auch sehr profitabel sein können, werden von Mitgliedern der *Pariah-caste* übernommen. Im Mittelalter gehörten jüdische Geldverleiher dieser Gruppe an. Roma aus dem Drogen- und Sexgeschäft fallen gegenwärtig in diese Kategorie.

Aufgrund der besseren wirtschaftlichen und sozialen Lage ist es Mitgliedern einer *Privileged caste* leichter möglich, die Schranken des Kastensystems zu überspringen. In der Vergangenheit gehörten Elitemusiker der Roma dieser Kategorie an.

Die *Lower class* befindet sich in der hierarchischen Klassenordnung an unterster Stelle. Ihr Einkommen reicht meist für das tägliche Überleben, doch im Vergleich zur *Under-caste* fällt ihr Segregationsgrad in ökonomischer und sozialer Hinsicht wesentlich geringer aus. Während des Staatssozialismus gehörten die Roma-Bergmänner und Minenarbeiter der *Lower class* an.

³² Ladányi 2006, 12.

Das *Lumpenproletariat* weist starke Ähnlichkeiten mit der *Lower class* auf. Nach marxistischer Definition werden Zugehörige zwar beispielsweise bezüglich beruflichen Ansehens bzw. Arbeitsplatzsicherheit benachteiligt, doch oft können sie sehr einträgliche Nischen am Arbeitsmarkt (Bettelei, Prostitution und Zuhälterei) übernehmen. Wenn diese Kategorie zusätzlich durch eine ethnische Unterscheidung definiert wird, kann diese Gruppe als *Pariah caste* angesehen werden. Bei Mitgliedern des Lumpenproletariats ist die Segregation geringer als bei der *Lower class*.

Die *Underclass* befindet sich an der untersten Stelle der Gesellschaftsordnung und verfügt über klassen- und kastenartige Typologien. Sie setzt sich aus den Ärmsten der Armen zusammen. Der Grad an sozialer Exklusion ist wesentlich stärker als bei allen anderen Klassen. Der extreme Grad an ökonomischer Exklusion wird durch den sozialen Ausschluss noch verstärkt. Doch im Gegensatz zu einer Kaste ist es für wirtschaftlich erfolgreiche Mitglieder einer Unterklasse möglich, aus ihrer Misere auszubrechen und sich (wenn auch möglicherweise nicht vollständig) in die Gesellschaft zu integrieren.³³

Die Positionierung einer Gruppe innerhalb der Gesellschaft ist keineswegs eine statische. Sie wird von Faktoren wie der staatliche Politik, sozialen Lage sowie Systemstabilität determiniert:

Tabelle 1 – Structural and policy determinants of the social position of negatively privileged groups³⁴

	State policies of assimilation	Segregationist State policies
System stability	Lower class	Under-caste
Change/fluidity in social system	Lumpen-proletariat	Pariah caste or Underclass

Inklusive und Assimilationspolitik unterstützt die Herausbildung von Klassen, während segregative Politik kastenartige Trennlinien verstärk. In friedlichen, stabilen Zeiten ist es wahrscheinlich, dass Benachteiligte als Angehörige der *Lower class*, bei Umbrüchen oder Wechsel des Systems aber als *Lumpen-proletariat* eingestuft werden. Ist das *Lumpen-proletariat* ökonomisch relativ erfolgreich, kann es bei einer rassistischen und segregierenden Staatspolicy in eine *Pariah caste* abgedrängt werden. Bei zusätzlicher

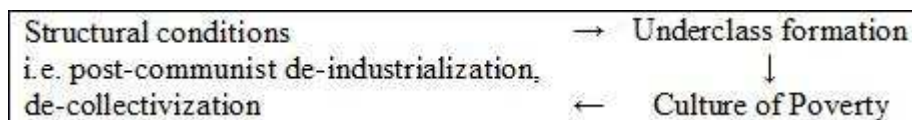
³³ Ladányi 2006, 13-15.

³⁴ Ladányi 2006, 16.

starker ökonomischer Marginalisierung besteht die Möglichkeit der Herausbildung einer Unterklasse.³⁵

Ladányi und Szélényi greifen auch den Begriff der *Culture of Poverty* auf. Menschen, die durch strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit, Wandel von makroökonomischen Strukturen, „Weitervererbung“ der Armut an die nachfolgende Generation sowie Wohnsegregation an der untersten Stelle der Gesellschaftshierarchie stehen, legen oftmals besondere Handlungsweisen an den Tag, was als *Culture of Poverty* bezeichnet wird.³⁶ Die *Culture of Poverty* ist keine Begleiterscheinung der Unterklasse, sondern es bestehen Wechselwirkungen zwischen strukturellen Bedingungen, wie der postkommunistischen Deindustrialisierung, Entstehung einer Unterklasse sowie der *Culture of Poverty*.

Abbildung 2 – Causal relationships between structural conditions, underclass formation, and culture of poverty³⁷



Menschen in extremer Armut verfügen über ein System mit egalitären Werten, wodurch bei Bedarf Nahrung oder Obdach mit anderen geteilt wird. Allerdings trägt diese Einstellung nicht unbedingt zum individuellen Erfolg bei, da Wettbewerb und Agglomeration von Ressourcen in der Marktwirtschaft die Basis des gesellschaftlichen Erfolgs darstellen. So erleichtert die *Culture of Poverty* zwar das Überleben, aber zugleich erschwert sie ein Entkommen aus der Armut. Eine *Culture of Poverty* entsteht nicht nur aufgrund struktureller Bedingungen, sondern kann auch einen Feedback Effekt auf jene haben. So reproduziert der Überlebensmechanismus die Gegebenheiten, die die Armut verursacht haben. Viele Roma haben aufgrund ihrer Assimilation ihre traditionellen Fertigkeiten verloren, welche ihnen ein Entkommen aus der Armut erleichtert hätten. Nach Szélényi und Ladányi sind soziale Förderungen solange zwecklos, bis sie mit Maßnahmen einhergehen, welche zum Ziel haben, Handlungsweisen, die der Verarmung entgegenwirken, wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten.³⁸

Szélényi und Ladányi haben in ihren Forschungen über die Entstehung einer ländlichen Unterklasse das ungarische Dorf Csenyéte, welches in der verhältnismäßig armen Region Cserehát liegt, zum Gegenstand ihrer Analyse genommen. Der gesellschaftliche Status der Roma aus Csenyéte hatte sich im Laufe der Geschichte sehr stark verändert. In der Mitte

³⁵ Ladányi 2006, 16.

³⁶ Ladányi 2006, 17.

³⁷ Ladányi 2006, 17.

³⁸ Ladányi 2006, 18-20.

des 19. Jahrhunderts waren sie in der Gemeinschaft integriert, wenn auch an unterster Stelle. Doch bis 1950 veränderten sich die Verhältnisse, sie verarmten und zogen vom Dorf in eine nahe gelegene Barackensiedlung. Staatsozialistische Politik, wie Arbeitsmarkt- und Assimilationspolitik, ermöglichten den Roma in den 70er Jahren die Rück siedelung nach Csenyété. Dies und die beginnende Wirtschaftskrise beschleunigten den Auszug der Mehrheitsbevölkerung. Unter den Wegziehenden befanden sich auch Roma, welche über die erforderliche Mobilität und Ressourcen verfügten. Ab Mitte der 80er Jahre wurde Csenyété zu einem reinen Roma-Ghetto. Der staatssozialistische Versuch, die Roma zu assimilieren, war wie in anderen Dörfern auch in Csenyété mit gravierenden Folgen verbunden. So wurden sie meistens nur in die untersten Arbeitsbereiche eingebunden. Durch die regelmäßige Arbeit gingen viele ihrer traditionellen Fertigkeiten, wie Musizieren, Besen- und Korbflechten, verloren und dies führte zu einer zunehmenden Proletarisierung der Roma. Auch die traditionellen Handelspartner für Körbe bzw. Pilze und Beeren gingen mit dem Auszug der Bauern verloren. Der Systemwechsel machte tief greifende Restrukturierungen notwendig, von denen die Roma am härtesten betroffen waren. Jene, die sich den Auszug aus Csenyété nicht leisten konnten, waren von nun an mit vollständiger sozialer Exklusion und Ausschluss aus dem *mainstream economic system* konfrontiert.³⁹ So resultierte der staatssozialistische Integrationsversuch letzten Endes in einem beispiellosen Niveau an Exklusion.⁴⁰

Nach dem Systemwechsel versuchten verschiedene Firmen und Initiativen in Csenyété Fuß zu fassen. Doch alle Versuche, Geschäfte zu betreiben bzw. den Bewohnern mittels Arbeitsprogrammen zu helfen, waren zum Scheitern verurteilt.⁴¹ Ladányi und Szelényi machen hierfür drei zentrale Aspekte der *Culture of Poverty* verantwortlich:

- **Egalitarismus:** Gruppen, welche mit extremer Armut konfrontiert sind, neigen zu egalitaristischen Handlungsmustern. Aufgrund dieser stärkeren sozialen Bindung wird zwar das Überleben in kritischen Situationen erleichtert, allerdings zementierten diese Handlungsweisen jene Personen in ihre Armut ein und führen darüber hinaus zur Weitervererbung der Armut an die nachfolgende Generation. Neid tritt parallel zum Egalitarismus auf: Personen, welche „überschüssige“ Ressourcen akkumulieren, gefährden die bestehende Ordnung und werden daher als

³⁹ Ladányi 2006, 74.

⁴⁰ Ladányi 2006, 64.

⁴¹ Für eine detaillierte Darstellung siehe Ladányi 2006, 96-108.

Gruppenfeinde angesehen. Der Egalitarismus macht wirtschaftliches Unternehmertum unmöglich.⁴²

- **Autoritäts- und Vertrauensdefizit:** Aufgrund des ausgeprägten Egalitarismus ist es sehr schwer, eine Führungsstruktur aufzubauen. Denn ein Mehr an Macht oder Erfolg einer Person führt zwangsläufig zur Herausbildung einer Hierarchie und gefährdet so die innere Solidarität. Daher kamen für die Bewohner von Csenyété nur Führungspersonen von außerhalb der Dorfgemeinschaft in Frage.⁴³
- **Short-term horizon:** Aufgrund der enormen Ressourcenknappheit werden Handlungen gesetzt, die der Not kurzfristig zwar Abhilfe verschaffen, aber langfristig größere Probleme mit sich bringen, wie zum Beispiel das Verheizen oder der Verkauf von Arbeitsutensilien, Dachstühlen, Fenstern und Türen zur Wärmegewinnung im Winter bzw. für den Erwerb von Lebensmitteln.⁴⁴

Eine *Culture of Poverty* ist mit enorm negativen, selbstzerstörerischen Konsequenzen verbunden und daher Bestandteil des Teufelskreises, in dem sich die Mitglieder der Unterklasse befinden.⁴⁵

⁴² Ladányi 2006, 112-113.

⁴³ Ladányi 2006, 113-115.

⁴⁴ Ladányi 2006, 115-116.

⁴⁵ Ladányi 2006, 116.

III. Die Geschichte der Roma bis zum Systemwechsel

III.I Von den Anfängen bis zur kommunistischen Machtübernahme

Um die gegenwärtige Situation der Roma in allen Facetten verstehen zu können, ist ein kurzer Rückblick in ihre Vergangenheit erforderlich.

Die Roma wurden in Ungarn zum ersten Mal im 15. Jahrhundert urkundlich erwähnt. Ende des 17. Jahrhunderts ließen sie sich in größerer Zahl auf dem ungarischen Territorium nieder, nachdem die Habsburger Ungarn erobern konnten und die Osmanen abziehen mussten. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes sowie der große Bevölkerungsmangel führten zu einem hohen Bedarf an Siedlern, was viele deutsche, rumänische und serbische Einwanderer ins Land rief. Mit ihnen siedelten sich auch Roma an.⁴⁶

Im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus erreichte die Politik gegenüber Roma erstmals eine neue Qualität. Maria Theresia und ihr Nachfolger Joseph II. wollten die Assimilation der Roma erzwingen. Maria Theresia erließ zu diesem Zweck vier Roma-Dekrete.

- Im Dekret von 1758 wurde den Roma Niederlassungs- und Steuerpflicht, sowie Robot (Fronddienst) für Grundbesitzer und Kirche vorgeschrieben und ihnen der Besitz von Pferden und Wägen verboten.
- 1761 wurde der Wehrdienst für Roma verpflichtend eingeführt⁴⁷ und sie durften nicht mehr als „cigány“ (Zigeuner) bezeichnet werden, sondern als „Neubauern“ bzw. „Neu-Ungarn“.⁴⁸
- Das Dekret von 1767 verbot die Verwendung ihrer traditionellen Tracht sowie des Romanes.
- Im Dekret von 1773 wurden Ehen unter Roma verboten. Roma-Kinder sollten ab dem 5. Lebensjahr ihren Eltern weggenommen und in Schulen und Heimen untergebracht werden.

Joseph II. erweiterte die Gesetze seiner Mutter, verbot nomadische Lebensweise, traditionelles Roma-Handwerk (wie z.B. Schmiedekunst) und strebte eine Verbesserung der Ausbildung und Gesundheit von Roma-Kindern an. Die Reformen der beiden Habsburger waren stellenweise so radikal, dass sie selbst bei Nicht-Roma auf wenig

⁴⁶ Kemény 2005, 14.

⁴⁷ Barany 2002, 93.

⁴⁸ Kemény 2005, 16.

Gegenliebe stießen und daher bereits Anfang des 19. Jahrhunderts als gescheitert betrachtet werden konnten.⁴⁹

Bevor näher auf die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn eingegangen wird, soll kurz die Lage der Roma zu diesem Zeitpunkt dargestellt werden. 1893 wurde beim Roma-Zensus⁵⁰ festgestellt, dass rund 280.000 Roma im damaligen Königreich Ungarn lebten, wovon sich rund 65.000 auf dem heutigen ungarischen Staatsgebiet befanden. Bedeutende Berufsgruppen innerhalb der Roma waren Landarbeiter bzw. Tagelöhner, welche zusammen rund 50 Prozent der arbeitenden Roma stellten, sowie Industriearbeiter. So arbeiteten Frauen beispielsweise in Webereien und Wäschereien, während Männer zum Beispiel in Schmieden und in der Messerherstellung, beschäftigt waren. Die besten Aufstiegsmöglichkeiten und höchste gesellschaftliche Anerkennung aber wurden Musikern zuteil.⁵¹

Der Zusammenbruch des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn war eine Zäsur in der ungarischen Geschichte und auch die Roma blieben von seinen Auswirkungen nicht verschont. Aufgrund des Friedensvertrags von Trianon im Jahre 1920 musste das Königreich Ungarn zwei Drittel seines Staatsgebietes abtreten, was zu großen ungarischen Minderheiten in den teilweise neu entstandenen Nachbarstaaten führte und den Grundstein für spätere Konflikte legte. Auch der Bevölkerungszusammensetzung Ungarns widerfuhr eine radikale Veränderung. So waren die Ungarn früher im eigenen Land eine Minderheit, wenn auch bei weitem die mächtigste. Die neu entstandene Republik verfügte nun über eine ethnisch fast homogene Bevölkerung und Roma wurden schlagartig zur größten Minderheit des Landes. Die Wirtschaftskrise, welche nach dem Ersten Weltkrieg einsetzte, traf die ganze Bevölkerung sehr hart, auch sämtliche Berufsgruppen der Roma blieben nicht verschont. Korbflechter und Musiker waren mit einer drastisch gesunkenen Nachfrage konfrontiert. Andere Berufsgruppen, wie zum Beispiel Roma-Schmiede, verloren zur Gänze die Grundlage ihrer Existenz.⁵²

Die katastrophalen Lebensbedingungen der Roma, sowie weit verbreitete Schulabsenz von Roma-Kindern wurde von der ungarischen Regierung in der Zwischenkriegszeit nicht beachtet. Von Seiten des Gesetzgebers wurde den Roma nur in negativer Weise Aufmerksamkeit zuteil, so führten die antidemokratischen Entwicklungen im Ungarn der 30er Jahre zu einer zunehmenden Verschlechterung ihrer Lage. Unter Reichsverweser

⁴⁹ Barany 2002, 93-94.

⁵⁰ „Czigányösszeírás“ – Havas 1999, 21.

⁵¹ Kemény 2005, 19-40.

⁵² Kemény 2005, 45-46.

Miklós Horthy (1920-1944) wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, welche die Roma stärker der Kontrolle von Staatsorganen unterwerfen sollten. 1928 wurden halbjährliche Razzien in Roma-Siedlungen beschlossen, um sie von „kriminellen und parasitären Elementen“ zu befreien. Weitere diskriminierende Gesetze folgten 1941, wie das Verbot von sexuellem Kontakt oder Ehe zwischen Roma und Mehrheitsbevölkerung. Außerdem wurden sie wiederholt Opfer behördlicher Schikanen. Im Gegensatz zu Nazi-Deutschland gab es unter Horthy in Ungarn vorerst keinen Völkermord.⁵³ Dieser setzte am 19. März 1944 nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Ungarn ein. Die ersten Deportationen von ungarischen Juden fanden am 15. Mai 1944 statt. Miklós Horthy stoppte diese zwar am 20. Juli, doch nach der Machtübernahme der Pfeilkreuzer unter Ferenc Szálasi am 15. Oktober 1944 kam es zur Wiederaufnahme der Vernichtungsmaschinerie. Die Deportation von Roma begann im November 1944 und hielt bis März 1945 an. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht feststellbar, die Bandbreite der Schätzungen beläuft sich von 20-30.000 bis 60-70.000. Nach Analyse archivarischer Quellen bezifferte 1992 der ungarische Historiker László Karsai die Zahl der Opfer auf 5.000, allerdings schätzte er die Dunkelziffer weitaus höher ein.⁵⁴ Die hohe Varianz der Zahlen ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Der Porajmos – das Pendant zum Holocaust – wurde wissenschaftlich nicht annähernd so gut durchleuchtet wie die Shoah. Einerseits scheint das Interesse der Forscher nicht groß genug zu sein, andererseits wurde der Völkermord an den Roma bei weitem nicht so detailliert protokolliert. Die Roma wurden im Gegensatz zu den Juden von den Nazis nicht als so wichtig eingestuft, als dass es ihretwegen zu Konflikten zwischen Behörden des Dritten Reichs gekommen wäre. Daher war für ihren Massenmord auch kein schriftlicher Befehl erforderlich.⁵⁵

Das Ende des 2. Weltkriegs stoppte die Vernichtungsmaschinerie des Dritten Reichs. Die Gefahr der physischen Vernichtung war gebannt, doch der gesellschaftliche Wandel lief in vielerlei Hinsicht zu Ungunsten der Roma ab. So hatte die Landreform gleich in zweifacher Hinsicht negative Folgen für sie. Einerseits wurde der Großteil der Roma nicht berücksichtigt und erhielt daher auch kein Land zugeteilt. Andererseits fielen aufgrund der Veränderung der Landbesitzverhältnisse Mittel- und Großgrundbauern weg. Hiermit gingen traditionelle Arbeitgeber, die die Roma als Musiker, Tagelöhner und Hilfsarbeiter beschäftigten, verloren.

⁵³ Barany 2002, 100-106.

⁵⁴ Kemény 2005, 46-48; Human Rights Watch 1996.

⁵⁵ Friedlander 1997, 451.

Nach wenigen Jahren des Mehrparteiparlamentarismus setzte die kommunistische Machtübernahme der 2. Republik ein jähes Ende und Mátyás Rákosi herrschte ab 1949 nach stalinistischem Vorbild.⁵⁶

III.II Staatssozialismus

Im Staatssozialismus hatten Roma nicht den Status einer anerkannten Minderheit, sondern wurden als soziale Randgruppe eingestuft. Die Grundlage dieser Entscheidung bildete ein am 20. Juli 1961 gefasster Beschluss des Zentralkomitees (ZK) der MSzMP (Magyar Szocialista Munkáspárt = Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei), der festlegte, dass Roma „*trotz ethnologischer Eigenarten keine Nationalitätengruppe bilden*“ und die „*Zigeunerfrage weder eine nationale noch sprachliche, sondern vielmehr eine sozialpolitische Frage*“ ist.⁵⁷ Da die klassische marxistische Lehre in Fragen der Minderheiten und Nationalismen von der Automatismusthese ausgeht, deren Hauptaussage ist, dass sich diese Probleme bei Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung quasi „von selbst“ lösen, beinhaltet sie nur wenige Anweisungen für beide Problemfelder.⁵⁸ Daher wählte man im Staatssozialismus in Minderheitenfragen einen pragmatischen Ansatz.⁵⁹

Die Parteiresolution von 1961 beinhaltete erstmals eine offizielle Anerkennung der großen Armut und sozioökonomischen Marginalität der Roma, was den Beginn des erzwungenen Assimilationsprozesses bedeuten sollte.⁶⁰ Die so genannte „cigánypolitika“ (wörtlich: „Zigeuner-Politik“) sah die Eingliederung der Roma in den sozialistischen Arbeitsprozess, die Ausweitung ihrer Schulbildung sowie die Beseitigung von Roma-Siedlungen vor.⁶¹ Als man in den 70er Jahren im Politbüro realisierte, dass die besondere Situation der Roma in ihren Policies berücksichtigt werden sollte, verließ man nach und nach den Pfad der erzwungenen Assimilation. Obwohl sich die Situation der ungarischen Roma in einigen Punkten zum Positiven änderte, gab es beispielsweise bei der Höheren Bildung keinerlei Fortschritte und die Mittel zur Verbesserung ihrer Lage entpuppten sich als zu gering. Als man 1984 der Assimilationspolitik endgültig den Rücken zuwandte, lebten immer noch zwei Drittel aller Roma unter der Armutsgrenze.⁶²

⁵⁶ Kemény 2005, 48-49.

⁵⁷ Mihok 1999, 53 und 152.

⁵⁸ Mihok 1999, 56.

⁵⁹ Barany 2002, 112-113.

⁶⁰ Barany 2002, 114 und 147.

⁶¹ Mihok 1999, 53 und 156.

⁶² Zitiert nach: Barany 2002, 121-122.

Erst 1985 erfolgte schließlich die offizielle Anerkennung als ethnische Minderheit. Nichtsdestotrotz blieben sie bis 1990 von der Minderheitenpolitik ausgeschlossen, als man ihnen den Status einer anerkannten Minderheit verlieh.⁶³ Im Unterschied zu den anderen Warschauer-Pakt-Staaten wurden in Ungarn soziologische Studien über Roma gefördert. 1982 wurde innerhalb der sozialwissenschaftlichen Abteilung der ungarischen Akademie der Wissenschaften das wissenschaftliche Kollegium zur Koordination der Roma-Forschung ins Leben gerufen.⁶⁴ Ab 1974 wurden die Roma in einer Resolution des Politbüros zur Gründung von kulturellen Organisationen und Clubs ermuntert.⁶⁵ (1989 betrug die Anzahl bereits zwischen 150 und 200.⁶⁶)

Die staatssozialistische Wirtschaftspolitik war von erzwungener Industrialisierung geprägt, welche in den 50er Jahren einsetzte und bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre anhielt. Sie führte in Budapest und Umgebung, den nördlichen Regionen Ungarns und Teilen von Transdanubien zur Vollbeschäftigung und bei den Roma zu einem starken Beschäftigungsanstieg.⁶⁷ Allerdings erfolgte die Integration ausschließlich auf unterster Ebene des Arbeitsprozesses⁶⁸, was bei vielen zu einem Proletarisierungsprozess führte. Nicht nur die Anzahl der Musiker schrumpfte, sondern auch die Roma-Händler (von Pferde- und Schweine- bis zu Ersatzteilhändlern) wurden fast vollständig aus ihrem Gewerbe verdrängt.⁶⁹ Innerhalb von Berg- und Straßenbau, Müllabfuhr, Bauwesen, Baustoff- und Holzverarbeitungsindustrie bildeten sich bestimmte Berufe heraus, welche ausschließlich von Roma ausgeübt wurden. Charakteristisch für jene Tätigkeiten waren schwere physische und gesundheitsschädliche Arbeit, geringe Bezahlung und keine Aufstiegschancen.⁷⁰ In den 70er Jahren waren 11 Prozent der Roma-Familienoberhäupter Facharbeiter, 10 Prozent angelernte Arbeiter, 44 Prozent Hilfsarbeiter, 15 Prozent Landarbeiter (wovon nur 5 Prozent auch Mitglieder in Agrarkooperativen und gar nur 1,5 Prozent Landwirte waren), 3 Prozent Tagelöhner sowie 6 Prozent selbstständig, Mitverdiener oder Gelegenheitsarbeiter.⁷¹ Das Beschäftigungsniveau von Roma-Frauen und Frauen aus der Mehrheitsbevölkerung unterschied sich drastisch. So waren 64 Prozent der Nicht-Roma-Frauen (Zensus 1970) beschäftigt, während nur 30 Prozent bei Roma-Frauen (Roma-Studie

⁶³ Mihok 1999, 53 und 156.

⁶⁴ Barany 2002, 121.

⁶⁵ Barany 2002, 109.

⁶⁶ Barany 2002, 147.

⁶⁷ Kemény 2005, 52-53.

⁶⁸ Mihok 1999, 152.

⁶⁹ Kemény 2005, 57-58.

⁷⁰ Mihok 1999, 158-159.

⁷¹ Kemény 1976, 54.

1971) einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Kemény erklärt den Unterschied mit einer höheren Kinderzahl, niedrigerer Ausbildung, Auswirkungen der schlechteren (Wohn- und) Infrastruktur, wie beispielsweise nicht oder zu geringer Anzahl vorhandene Kindergärten und -krippen. Falls Kinderbetreuung vorhanden war, war sie für Roma aufgrund von Diskriminierung schwerer oder überhaupt nicht zugänglich.⁷² Gábor Havas fügt zwei weitere Faktoren hinzu. So spielte einerseits das traditionelle Leben der Roma eine Rolle, andererseits war das Arbeitsplatzangebot für ungelernete und ungebildete Frauen in Regionen mit hohem Roma-Anteil besonders niedrig.⁷³

Aber nicht nur die unterschiedliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt sollte sich als fatal erweisen. Besonders gravierend war die Differenz zwischen Roma und Nicht-Roma beim Vergleich der am Arbeitsmarkt inaktiven 15- bis 19-Jährigen.

Tabelle 2 – Vergleich der 15- bis 19-Jährigen der Mehrheitsbevölkerung und Roma hinsichtlich ihrer Tätigkeit (in Prozent) (1993)⁷⁴

beschäftigt		arbeitslos		inaktiv	
Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma
16	16	11	5	73	79

So waren 70 Prozent der am Arbeitsmarkt inaktiven 15- bis 19-jährigen Nicht-Roma Schüler/Studenten (hiervon 55 Prozent in Sekundarbildung, 5 Prozent in Hochschulbildung und 6 Prozent in Grundschulbildung⁷⁵). Bei den Roma waren nur 25 Prozent Schüler, hiervon befanden sich 3,4 Prozent in Sekundarbildung). Die Arbeitslosenrate war in jener Altersgruppe mit 48 Prozent bei Roma erschreckend hoch, allerdings waren nur 11 Prozent offiziell als arbeitslos registriert.⁷⁶

Ab der 2. Hälfte der 80er Jahre sank die allgemeine Beschäftigungsrate aufgrund der beginnenden Wirtschaftskrise. Der Systemwechsel und die darauf folgende Umstrukturierung der Wirtschaft sollte sich gerade für jene Personen als besonders fatal erweisen, welche aufgrund ihrer niedrigen Qualifikation in unterste Arbeitbereiche „einzementiert“ waren. Roma waren von dieser Tendenz besonders betroffen. Waren 1993 64 Prozent der 15- bis 59-jährigen Männer der Gesamtbevölkerung beschäftigt, so betrug dieser Wert bei Roma-Männern nur 29 Prozent. Noch schlechter war das Verhältnis bei Frauen, das 66 zu 15 Prozent war.⁷⁷

⁷² Kemény 2005, 54.

⁷³ Havas 1995, 72.

⁷⁴ Kemény 2005, 63-64.

⁷⁵ Die ungarische Volksschule hat in der Regel 8 Schulstufen.

⁷⁶ Kemény 2005, 63-64.

⁷⁷ Kemény 2005, 61.

III.III Systemwechsel, Anfänge einer Roma-Minderheitenpolitik und der institutionelle Rahmen

Aufgrund der großen wirtschaftlichen Probleme (sehr hohe Staatsverschuldung und große Abhängigkeit von westlichen Importen) geriet der ungarische Staat 1982 an den Rand des Staatsbankrotts, der noch im selben Jahr durch einen Beitritt zum IWF und der Weltbank abgewendet werden konnte. Doch das staatssozialistische System war nicht nur wirtschaftlich in Bedrängnis geraten, sondern hatte auch intern Risse bekommen. So begann sich ab 1976/77 die erste demokratische Opposition herauszubilden. Auf der außerordentlichen Parteiversammlung der MSzMP, welche von 20. bis 22. Mai 1988 abgehalten wurde, musste János Kádár nach über 30-jähriger Amtszeit als Generalsekretär zurücktreten. 1989 brach das staatssozialistische System zusammen. Vier Hauptfaktoren sind hierfür verantwortlich:

- Der gesunkene Lebensstandard der Bevölkerung, hervorgerufen durch die Wirtschaftskrise, führte zu einem Vertrauensverlust gegenüber den Regierenden.
- Die Sowjetunion war geschwächt bzw. brach bald darauf zusammen.
- Politische Eliten hatten sich alternativ zur Regierung herausgebildet.
- Die MSzMP war durch einen parteiinternen Generationenkonflikt geschwächt.

Von da an überschlugen sich die Ereignisse. Am 19. August 1989 wurde der Eisernen Vorhang geöffnet. Die MSzMP löste sich im Oktober auf ihrem letzten Kongress auf und knappe zwei Wochen später wurde am 23. Oktober 1989 die dritte Ungarische Republik ausgerufen.⁷⁸

Der Systemwechsel machte weit reichende wirtschaftliche Reformen unausweichlich. Laut den neoliberalen Theoretikern Deepak Lal und Hla Myint führt die Liberalisierung der Wirtschaft zu einem dynamischeren Wachstum, von der obere Schichten wesentlich stärker profitieren. Mit zunehmendem Wohlstand der Gesellschaft führt der Trickle-down-Effekt aber auch zur Verbesserung der Situation der unteren Schichten und es kommt zur Reduktion von Armut. Dieses Modell funktioniert nach Szelényi und Ladányi nur solange, bis die Grenzen zwischen extrem Armen und dem Rest der Gesellschaft nicht durch Ethnizität markiert werden. Denn sobald die Ärmsten der Armen großteils aus einer ethnischen Minderheit bestehen, welche im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung kaum oder keine Chancen auf Verbesserung ihrer Lebensumstände hat, profitiert diese Gruppe von Personen nicht mehr vom ökonomischen Wachstum. Dieser Vorgang wird von

⁷⁸ Romsics 2007, 927-945.

Ladányi und Szelényi als Entstehung einer Unterklasse definiert, denn jene Personen befinden sich außerhalb der Klassenstruktur und sind von der Zivilgesellschaft ausgeschlossen, was die Gefahr birgt, dass sie als Sozialschmarotzer betrachtet werden können.⁷⁹

Dem Wesen der Armut widerfuhr durch den Systemwechsel eine starke Veränderung. Während des Staatsozialismus war sie abhängig vom jeweiligen Lebensabschnitt aufgetreten. Hatten Eltern mehrere abhängige Kinder, konnten sie zeitweilig von Armut betroffen sein, die mit dem Erwachsenwerden und Selbstständigkeit ihrer Kinder wieder verging. Dieser Umstand änderte sich mit dem Systemwechsel. Die Einführung der Marktwirtschaft sowie die unzureichende Ausbildung generierten nicht nur lang andauernde Armut, sondern schlossen manche Personen dauerhaft in sie ein.⁸⁰ Roma waren hiervon besonders gefährdet, so war die Wahrscheinlichkeit, dass sie von Langzeitarmut betroffen waren, um das Achtfache höher als bei Nicht-Roma.⁸¹

Der Systemwechsel war mit gravierenden Konsequenzen für die gesamte Bevölkerung verbunden. Arbeitslosigkeit und Armut verzeichneten einen dramatischen Zuwachs, was gesellschaftliche Spannungen gehörig verschärfte. So waren zwei Millionen Ungarn von Armut betroffen – doch am härtesten trafen die sozialen Veränderungen die Roma. Dennoch lag das Hauptaugenmerk der ungarischen Politik nach dem Systemwechsel zuerst auf der Transformation und der Restrukturierung des juristischen und institutionellen Systems. Erst 1995 wurden die ersten Regierungsprogramme für Roma ins Leben gerufen, welche ihre Situation verbessern sollten.⁸²

Bei der Analyse der ungarischen Minderheitenpolitik stellt man fest, dass sie von zwei dominanten Faktoren geprägt wurde. Einerseits durch die Verfügungen des Friedensvertrags von Trianon, welche die Abtrennung großer Gebiete an die Nachbarstaaten vorsah. Jene Länder verfügten von nun an über große ungarische Minderheiten. Daher waren ungarische Regierungen stets interessiert, eine Vorbildwirkung für ihre Nachbarn auszuüben und ihnen keinen Vorwand für repressive Minderheitenpolitik wegen etwaiger ungarischer Versäumnisse zu geben. Der zweite Faktor war der weit verbreitete Wunsch nach schneller europäischer Integration. Um letzteres zu erreichen, mussten (nicht nur) die Minderheitengesetze an europäische Normen angepasst werden. So wurde das Amt für nationale und ethnische Minderheiten (NEKH = Nemzeti és etnikai kisebbségi hivatal.) am

⁷⁹ Ladányi 2006, 24-26.

⁸⁰ Ladányi 2006, 22-23.

⁸¹ World Bank 2000, 5.

⁸² Kállai 2005, 288.

30. August 1990 ins Leben gerufen, dessen Hauptaufgaben in der Interessensvertretung der Minderheiten durch Kooperation mit Minderheitenorganisationen, sowie in der Unterstützung der Regierung in der Erarbeitung der Minderheitenpolitik lagen.⁸³ Das NEKH war maßgeblich an der Ausarbeitung der kurz- und mittelfristigen Programme für Roma beteiligt. Eine weitere wichtige Aufgabe war die Analyse der Lage der Minderheiten.

Zu Beginn bestand die Tätigkeit des NEKH hauptsächlich in der Vorbereitung des neu zu schaffenden Minderheitengesetzes, das nach dreijähriger Vorbereitungsphase am 7. Juli 1993 in Form des Minderheitengesetzes LXXVII mit großer Zustimmung (96,5 Prozent) im ungarischen Parlament beschlossen wurde.⁸⁴ Während jenes Gesetz für die anderen 12 anerkannten Minderheiten in Ungarn als erfolgreich zu werten ist, gibt es bei Roma etliche Problemfelder. Das Minderheitengesetz räumt jedem Angehörigen einer Minderheit das Recht auf Gebrauch seiner Muttersprache in Straf-, Verwaltungs- und Zivilverfahren ein. Während 70 Prozent der Roma ungarischer Muttersprache sind, sprechen rund 15 Prozent Romanes, hauptsächlich einen Vlach-Lowara Dialekt, und die restlichen 15 Prozent Beás, eine archaische Form des Rumänisch.⁸⁵ Problematisch ist, dass es etliche, regional unterschiedliche Dialekte gibt und Romanes trotz zahlreicher Bemühung noch nicht standardisiert ist.

1998 wurde das Amt aus dem Büro des Premierministers in jenes des Justizministers verlagert, was das NEKH entscheidend schwächte. 2002 erlangte die Regierungskoalition, bestehend aus Fidesz (Fidesz – Magyar Polgári Szövetség = Fidesz – Ungarischer Bürgerbund), FKGP (Független Kisgazda-, Földmunkás és Polgári Pár = Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums – auch: Független Kisgazdapárt) und MDF (Magyar Demokrata Fórum = Ungarisches Demokratisches Forum), nicht mehr die Mehrheit. Die neue sozial-liberale Koalition aus MSzP und SzDSz gliederte das NEKH wieder ins Büro des Premierministers ein. Zusätzlich wurde ein Staatssekretariat für Roma-Angelegenheiten geschaffen. Kurze Zeit später erfolgte die nächste Veränderung. Roma-Angelegenheiten wurden der ressortlosen Ministerin für Gleichberechtigung zugeordnet und später wurde eine Abteilung innerhalb des Ministeriums für Jugend, Familie, Soziales und Gleichberechtigung geschaffen.⁸⁶ Am 1. Februar 2007 wurde das NEKH aufgelassen und ins Büro des Ministerpräsidenten eingegliedert.

⁸³ Mihok 1999, 61-62.

⁸⁴ Mihok 1999, 61-62.

⁸⁵ Cahn, Claude 2001, 35-40.

⁸⁶ Kállai 2005, 310-311.

Der Systemwechsel bedingte eine umfassende Verfassungsreform. Besonders wichtig für die Minderheiten in Ungarn sind Artikel 68, der den Schutz der Minderheiten, Bewahrung der eigenen Kultur und Sprache und die Vertretung ethnischer und nationaler Minderheiten vorsieht, sowie Artikel 70/A, der jedem Menschen- und Bürgerrechte zusichert und Diskriminierung jeglicher Art verbietet. Das Minderheitengesetz LXXVII sichert den 13 anerkannten Minderheiten in Ungarn das Recht auf parlamentarische Vertretung sowie nationale und lokale Selbstverwaltung zu.⁸⁷

Eine lokale „Minderheitenselbstverwaltung“ (Kisebbségi Önkormányzatok) kann auf drei Arten gewählt werden.

- Wenn im Zuge einer Gemeinde- bzw. Komitatswahl mehr als die Hälfte der Gewählten einer Minderheit angehören, dann können sie eine Minderheitenselbstverwaltung auf Gemeindeebene bilden.
- Wenn 30 Prozent der Gemeindevertretung als Repräsentanten einer Minderheit gewählt werden, dann können jene indirekt eine lokale Minderheitenselbstverwaltung bilden.
- Die dritte und bei Roma am stärksten verbreitete Variante ist die direkte Wahl der Minderheitenvertreter. Die Anzahl der zu wählenden Vertreter richtet sich nach der Größe des Wohnorts. Damit eine Wahl Gültigkeit erlangt, sind 50, in Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern 100 gültige Stimmen erforderlich.

Die Wahl zur Minderheitenselbstverwaltung findet ausschließlich im Zuge von Lokalwahlen statt und muss vor der Wahl von mindestens fünf Wahlberechtigten der gleichen Minderheit bei der lokalen Wahlbehörde beantragt werden. Bis 2006 waren alle Wahlberechtigten eines Wahlkreises auch für die Wahl der Minderheitenvertretung stimmberechtigt, was vom Minderheitenombudsmann als verfassungswidrig eingestuft wurde. Denn bis zur Reform musste weder die Zugehörigkeit zu einer Minderheit offen gelegt werden, noch gab es Daten zur Kontrolle der ethnischen Zugehörigkeit der ungarischen Bürger. Denn Kapitel III des Minderheitengesetzes beinhaltet das Recht, den eigenen Status, also die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Minderheit, geheim zu halten.⁸⁸

Da aber auch Nichtangehörige einer Minderheit sowohl aktiv als auch passiv an der Minderheitenvertretungswahl teilnahmen, wurden die rechtlichen Bestimmungen geändert.⁸⁹ So mussten alle, die an der Wahl zur Minderheitenselbstverwaltung am 1.

⁸⁷ Kállai 2005, 297-298.

⁸⁸ Kállai 2005, 302-304.

⁸⁹ Open Society Institute 2001, 251-252.

Oktober 2006 teilnehmen wollten, sich als Angehörige einer Minderheit bei der Wahlbehörde registrieren lassen – rund 200.000 (hiervon über 100.000 Roma) kamen dieser Bestimmung nach.⁹⁰

Lokale Minderheitenselbstverwaltungen verfügen über geringe Kompetenzen. Sie können Projekte vorschlagen, bzw. bei deren Umsetzung helfen. Von der lokalen Verwaltung bekommen sie die notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Finanzielle Unterstützung erhalten sie vom Staat, sie können aber auch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten suchen (Investoren, Projekte, etc.). Die nationale Minderheitenselbstverwaltung (Országos kisebbségi önkormányzatok) wird von allen Mitgliedern der lokalen Minderheitenselbstverwaltung aus ihren Reihen gewählt. Grundvoraussetzung ist ein Quorum von über 50 Prozent. Verfügt eine Siedlung über keine Minderheitenvertreter, dann können drei Personen mit der gleichen Gemeinde- und Minderheitenzugehörigkeit die Wahl eines Wahlmannes einleiten. Die nationale Minderheitenselbstverwaltung umfasst je nach Größe der Minderheit zwischen 13 und 53 Mitglieder. Roma werden von 53 Vertretern repräsentiert. Ihre Hauptaufgabe liegt in der Interessensvertretung der jeweiligen Minderheit auf nationaler und regionaler Ebene. Problematisch ist, dass es zwischen lokaler und nationaler Minderheitenselbstverwaltung weder Hierarchie noch Berichtspflicht gibt. Nationale Selbstverwaltungen verfügen fast über die gleichen Rechte wie die lokale Vertretung. Ihren Kompetenzen obliegen folgende Möglichkeiten: Sie dürfen Institutionen, wie Bibliotheken, Museen und Theater, gründen, welche die kulturelle Autonomie der Minderheit stärken sollen. Darüber hinaus sind sie auch noch für deren Betrieb und Organisation zuständig. Sie dürfen Rechtsberatung anbieten sowie eigene Sekundar- oder Höhere Bildungseinrichtungen aufrechterhalten. Außerdem geben sie Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen ab, welche die Minderheiten betreffen und können Informationen von Behörden einholen, die ebenfalls die Minderheit betreffen.⁹¹

Das ungarische Modell der Minderheitenselbstverwaltung ist bei den 12 anderen anerkannten Minderheiten nicht unpopulär, allerdings sind jene nicht annähernd mit solch gravierenden Problemen wie die Roma-Minderheit konfrontiert. Beim Großteil der Roma liegen die Herausforderungen innerhalb der Minderheitenpolitik größtenteils nicht in der Gewährleistung von kultureller Autonomie, sondern in Arbeitslosigkeit, Bildungs- und Wohnsegregation, sowie im hohen Diskriminierungs- und Marginalisierungsgrad. Die Erwartungen an ihre Minderheitenvertreter, jene lebenswichtigen Probleme zu lösen, können nur enttäuscht werden, denn hierfür sind sie mangels finanzieller und rechtlicher

⁹⁰ Nemzeti és Étnikai Kisebbségi Hivatal, 19.07.2006.

⁹¹ Kállai 2005, 305-307.

Möglichkeiten gar nicht im Stande. In weiterer Folge führt dies zur Infragestellung der Selbstverwaltung und untergräbt ihre Legitimität.⁹²

Ein bis heute ungelöstes Problem ist das in der Verfassung verankerte Recht auf parlamentarische Vertretung der 13 anerkannten Minderheiten. Bereits ab 1992 hat das ungarische Verfassungsgericht darauf hingewiesen, dass die Nicht-Umsetzung verfassungswidrig sei.⁹³ Jeder dieser Minderheit steht ein eigener Parlamentsabgeordneter zu, was bei einer tatsächlichen Umsetzung zu einer vollkommen Verpolitisierung der Minderheitenvertretung führen würde. Daher gab es bis zum heutigen Tag kein Anzeichen politischen Willens, diese rechtliche Bestimmung in die Praxis umzusetzen.

1993 wurden im Gesetz LIX die rechtlichen Grundlagen für den parlamentarischen Kommissar für Nationale und Ethnische Minderheitenrechte (kurz Minderheitenombudsmann) geschaffen. Er wird vom ungarischen Parlament, dem er auch ausschließlich verantwortlich ist, für eine sechsjährige Amtsdauer gewählt. Er ist weisungsungebunden und kann einmalig wiedergewählt werden. 1995 wurde Jenő Kaltenbach zum ersten Ombudsmann gewählt und 2001 im Amt bestätigt.⁹⁴ Sein Nachfolger, Dr. Ernő Kállai, wurde am 11. Juni 2007 mit einer Mehrheit von 326 zu 14 Gegenstimmen ins Amt berufen. Der Aufgabenbereich des Ombudsmanns liegt nicht nur in der Kontrolle der korrekten Umsetzung der Minderheitenrechte, sondern auch der Verfassungsrechte. Sein Kontrollfeld umfasst neben dem Parlament auch Behörden, Exekutivorgane (wie Polizei) und Öffentliche Dienstleister (wie Strom-, Gas- und Wasserwerke). Der Ombudsmann wird in allen Fällen aktiv, in denen Minderheiten- oder Verfassungsrechte verletzt werden und leitet mit Hilfe seines Kabinetts aufgrund individueller Beschwerden eine Untersuchung ein.⁹⁵ Weiters steht er in Kooperation mit Minderheitenselbstverwaltungen und Forschern und arbeitet mit dem europäischen Ombudsmann oder EQUINET (European Network of Equality Bodies) zusammen bzw. vertritt die in Ungarn lebenden Minderheiten im Ausland.⁹⁶

Der Regierungsbeschluss Nr. 1121/1995 (XII.7.)⁹⁷ beinhaltet die Gründung der Öffentlichen Stiftung für Roma in Ungarn (Magyarországi Cigányokért Közalapítvány),

⁹² Kállai 2005, 307-308.

⁹³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 16.

⁹⁴ Jogi Fórum 21.9.2001.

⁹⁵ The Parliamentary Commissioner for National and Ethnic Minority Rights 14.3.2008.

⁹⁶ The Parliamentary Commissioner for National and Ethnic Minority Rights 19.10.2007.

⁹⁷ Magyarországi Cigányokért Közalapítvány – Közalapítvány alapításáról.

deren Zielsetzung in der Reduktion der Ungleichheiten zwischen Roma und Mehrheitsbevölkerung, sowie in der Förderung und Bewahrung der Roma-Identität liegt.

Die Stiftung fördert daher vier Bereiche:

- Bildungsstipendien (von der Volksschule bis hin zur Höheren Bildung)
- Unterstützung von kulturellen Projekten (wie Roma-Tanz- und Musikgruppen)
- Antisegregationsprogramme
- Krisenintervention⁹⁸

Im Regierungsdekret 1120/1995 (XII.7.) wurden die Grundlagen für mittelfristige Programme zur Reduzierung der Ungleichheiten für Roma geschaffen. Zu diesem Zweck wurde der Koordinationsrat für Roma Angelegenheiten (Cigányügyi Koordinációs Tanács) ins Leben gerufen, um die Arbeit der Ministerien und der staatlichen Behörden hinsichtlich der Roma und ihrer sozialen Integration zu koordinieren. Weiters wurde der Rat mit der besonders wichtigen Aufgabe betraut, mittel- und langfristige Programme auszuarbeiten. So wurde zwei Jahr später das erste mittelfristige Programm im Dekret 1093/1997 (VII.29.) verabschiedet. Im Bildungsbereich sollten Schulgebühren, Stipendien und die Kinderwohlfahrt reformiert und Bildungssegregation verhindert werden. Das mittelfristige Programm setzte sich die Beseitigung von isolierten und segregierten Roma-Siedlungen sowie die Schaffung von Arbeitsprogrammen zum Ziel. Problemfelder innerhalb der Polizei, wie Rassismus und diskriminierendes Verhalten gegen Roma, sollten durch gezielte Schulungen bekämpft werden. Darüber hinaus setzte das Dekret Richtlinien wie die stärkere Verbreitung von höherer Bildung bei Roma, sowie die Verbesserung ihrer allgemeinen Gesundheits- und Lebensbedingungen und die Entwicklung eines realistischen Rollenbilds der Roma in den Medien fest.⁹⁹

III.IV Roma im ungarischen Beitrittsprozess zur Europäischen Union

Bevor in den Kapiteln IV und V die Situation der Roma und die ungarische Bildungspolitik dargestellt werden, sollen hier aus Gründen der Vollständigkeit die Roma im ungarischen Beitrittsprozess zur Europäischen Union überblicksmäßig dargestellt werden.

Die Probleme der Roma erlangten die Aufmerksamkeit der Europäischen Institutionen lange bevor überhaupt theoretisch über die Grenzöffnung nach Osten, geschweige denn

⁹⁸ Magyarországi Cigányokért Közalapítvány – Közlemény.

⁹⁹ Kállai 2005, 311-312.

über Europäische Integration, nachgedacht wurde. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wurde das Europaparlament als erste Institution auf die Lage der Roma aufmerksam. Ab 1975 stellten die Abgeordneten regelmäßig Anfragen an die Europäische Kommission sowie die jeweiligen Nationalstaaten über die Situation der Roma. Darüber hinaus verabschiedete das Parlament mehrere Resolutionen über die Unterstützung von Minderheitenkulturen und -sprachen. 1984 beschloss das EP zwei wichtige Resolutionen: am 16. März über die Ausbildung von Kindern, deren Eltern ohne Obdach sind, und am 24. Mai über die Situation der Roma innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische Kommission initiierte die erste europaweite Studie über die Roma, welche weitere Studien nach sich zog und 1986 im Abschlussreport *School Provision for Gypsy and Traveler Children* resultierte. Im darauf folgenden Jahr gab es erstmalig Beratungen zwischen Bildungsministern und Roma-Repräsentanten, die zum *Orientation Document for Reflection and for Action* führten. Am 22. Mai 1989 verabschiedeten der Europäische Rat und die Bildungsminister aufgrund des 1986er Reports die Council Resolution 89/C 153/02 *On School Provision for Gypsy and Traveler Children*. Der Soziologe Jean-Pierre Liégeois bezeichnet sie als wichtigen Meilenstein für die Sache der Roma, da hier ihr Stellenwert für die europäische Geschichte festgehalten und konkrete Maßnahmen enthalten waren, wie die Situation vieler Roma zu verbessern sei. 1996 veröffentlichte die Europäische Kommission einen zweiten Bericht, der die Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen evaluierte.¹⁰⁰

Das Europäische Parlament bleibt ein wichtiger Fürsprecher für die Sache der Roma. Neben der Verabschiedung von Resolutionen, beispielsweise die Resolutionen vom 24. April 1994 „*On the situation of Gypsies in the Community*“, vom 13. Juli 1995 „*On the discrimination against the Roma*“ und vom 28. April 2005 „*Situation of Roma in the European Union*“, hält das Parlament Runde Tische und Konferenzen zum Thema ab. Innerhalb der EU werden die Probleme der Roma im Rahmen von Armutsbekämpfungs- und Gleichberechtigungsprogrammen sowie dem Phare Programm bekämpft. Wenn es um die Belange der Roma geht, ist die EU ein wichtiger Akteur. Besonders ab der finnischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 wurde die Lage der Roma zu einem wichtigen Kriterium im Beitrittsprozess der MOEL.¹⁰¹

Der Kampf gegen Diskriminierung innerhalb der Europäischen Union ist, ebenso wie die Union selbst, die Geschichte einer stetigen Evolution. Die Darlegung des Stellenwerts der Roma innerhalb des Erweiterungsprozesses macht einen kurzen historischen Abriss über

¹⁰⁰ Liégeois 2007, 299-231.

¹⁰¹ Liégeois 2007, 234-236.

die Diskriminierungsbekämpfung innerhalb der Europäischen Union notwendig. Sie findet ihre Anfänge 1957 in den Römischen Verträgen, als im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Diskriminierung aufgrund von Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität verboten wurde.¹⁰² Die erheblich gestiegene Zahl an rassistischen Übergriffen und die Erfolge rechter Parteien führten 1986 zu einer Verurteilung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus durch alle Europäischen Institutionen.¹⁰³ In den folgenden Jahren forderte das Europäische Parlament wiederholt rechtlich verbindliche Normen für den Kampf gegen Diskriminierung auf Gemeinschaftsebene. Erst durch die Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags am 2. Oktober 1997 wurde der Europäischen Gemeinschaft mittels Einführung der Nichtdiskriminierungsklausel in Artikel 13 EG (anfangs Artikel 6a EG) die ausdrückliche Ermächtigung zur Bekämpfung von Diskriminierung erteilt.¹⁰⁴

„(1) Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags kann der Rat im Rahmen der durch den Vertrag auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“¹⁰⁵

Der Vertrag von Amsterdam führte zu einer Restrukturierung der dritten Säule der Europäischen Gemeinschaft und die Kommission machte es sich zur Aufgabe, gegen Diskriminierung und Xenophobie vorzugehen. So wurde 1997 die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) geschaffen, welche 2007 durch die EU-Agentur für Grundrechte abgelöst wurde.¹⁰⁶ Im Jahr 2000 erließ die Kommission die auch für die ungarischen Roma wichtige Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (2000/43/EG)¹⁰⁷, die 2003 von Ungarn in Form des Gesetz CXXV über die Gleichbehandlung und Verminderung von Ungleichheiten („Az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról“) in nationales Recht umgesetzt wurde. In Artikel 8 wurde die Ungleichbehandlung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, Nationalität, Zugehörigkeit zu nationalen oder ethnischen Minderheiten,

¹⁰² Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

¹⁰³ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (1986), Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (86/C 158/01) in: *Bl. C 158 vom 25.6.1986, S. 1–3.*

¹⁰⁴ Althoff 2006, 25-32.

¹⁰⁵ EG-Vertrag Art. 13.

¹⁰⁶ Kállai 2005, 292-293.

¹⁰⁷ Mehr zur Richtlinie siehe: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=612&langId=de>.

Muttersprache, Behinderung, Gesundheit, religiöser oder ideologischer Weltanschauung, politischer oder Überzeugungen anderer Art, Familienstand, Mutter- und Vaterschaft, sexueller Orientierung und Identität, Alter, sozialer Abstammung und finanzieller Situation, usw.¹⁰⁸ als direkte Diskriminierung festgelegt und somit verboten. Besonders wichtig war, dass in Artikel 19 die Beweislast geändert wurde. Wenn ein Kläger darlegen konnte, dass er eine Benachteiligung erlitten hatte und dass mindestens eines der in Artikel 8 definierten Kriterien auf ihn zutraf, oblag es nun dem Angeklagten zu beweisen, dass sein Handeln gesetzeskonform war oder dass in diesem Fall das Gleichbehandlungsgesetz nicht anzuwenden war.¹⁰⁹ Außerdem sah das Gesetz CXXV die Gründung eines fünfköpfigen Gleichbehandlungskomitees vor, welches aber nie realisiert wurde, da an seiner Stelle die Gleichbehandlungsbehörde (Egyenlő Bánásmód Hatóság) ins Leben gerufen wurde und per 1. Februar 2005 ihre Tätigkeit aufnahm.¹¹⁰ Sie wird auf Basis gesetzlicher Bestimmungen aufgrund des Antrags einer anderen Behörde oder Beschwerde eines Diskriminierungsopfers aktiv. Anschließend untersucht sie, ob ein Beschuldigter das Gleichbehandlungsgesetz verletzt hat. Die Behörde ist befugt, im Sinne der Allgemeinheit Prozesse für betroffene Personen zu führen. Sie verfügt über ein 6-köpfiges Beratungsorgan (Egyenlő Bánásmód Tanácsadó Testület), welches vom Ministerium für Justiz und Polizeiwesen (Igazságügyi és Rendészeti Minisztérium) sowie vom Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten (Szociális és Munkügyi Minisztérium) mit vorheriger Konsultierung von Menschenrechts- und Gleichberechtigungs-NGOs vom Premierminister ernannt wird. Die Haupttätigkeit des Beratungsorgans liegt in der Begutachtung all jener Gesetze bzw. Gesetzesvorschläge, welche im Rahmen der Gleichberechtigung liegen. Weiters kann es Gesetzesänderungen vorschlagen und ist an der Formulierung der Gesetze beteiligt. Es nimmt eine wichtige Funktion bei der Informierung der Öffentlichkeit ein.¹¹¹ In Anbetracht aller kommenden EU-Erweiterungen wurden am 22. Juni 1993 im europäischen Rat in Kopenhagen die so genannten Kopenhagener Kriterien beschlossen. Sie beinhalten politische, wirtschaftliche und Acquis-Kriterien, die ein beitriftswilliger Nationalstaat erfüllen muss. Das politische Kriterium umfasst neben institutioneller Stabilität (als Garantie für Rechtsstaatlichkeit und Ordnung) auch die Wahrung von Menschenrechten und Achtung und Schutz von Minderheiten. Die Kopenhagener Kriterien

¹⁰⁸ Für eine Übersicht aller Kriterien siehe: Egyenlő Bánásmód Hatóság 5.2.2009 – Gleichbehandlungsbehörde.

¹⁰⁹ 2003. évi CXXV. törvény az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról Artikel 8, 9 und 19.

¹¹⁰ International Helsinki Federation for Human Rights 2004, 6.

¹¹¹ Egyenlő Bánásmód Hatóság 5.2.2009.

spielten daher für die Roma in Mittel- und Osteuropa eine wichtige Rolle. Am 31. März 1994 stellte Ungarn den Beitrittsantrag zur EU und im darauf folgenden Jahr stimmte der Rat der Aufnahme der Beitrittverhandlungen zu. Ab diesem Zeitpunkt verfasste die Kommission im Rahmen der Agenda 2000 jährliche Berichte über die ungarischen Fortschritte, in denen auch die Lage der Roma berücksichtigt wurde.

Commission Opinion on Hungary's Application for Membership of the European Union

In der 1997 erschienenen Stellungnahme der Kommission über den Beitrittsantrag Ungarns wurde der Republik die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bescheinigt. Die Situation der Minderheiten und die Implementierung der Minderheitenrechte wurden positiv gewertet. Allerdings stellte die Kommission Verbesserungsmöglichkeiten bezüglich der Situation der Roma fest, da sie häufig unter Diskriminierung litten und die vorhandenen Gesetze unzureichenden Schutz boten. Kritisiert wurde der große Unterschied zwischen Roma und Mehrheitsbevölkerung in Bereichen der Bildung bzw. am Arbeitsmarkt, wo Roma mit einer vier- bis fünfmalig höheren Wahrscheinlichkeit arbeitslos waren. Weiters wurde die nichtvorhandene Repräsentation der Minderheiten im ungarischen Parlament konstatiert.¹¹² (siehe Kapitel V.III)

Regelmäßiger Bericht 1998 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt

Im ersten Kommissionsbericht wurde die immer noch offene Frage der Minderheitenvertretung im ungarischen Parlament abermals kritisch erwähnt. Das Verhalten der Polizei gegenüber den Roma wurde konstatiert. Neben Berichten über Amtsmissbrauch und Misshandlungen erfuhren Roma des Öfteren Benachteiligung vor dem Gesetz. Der Bericht lobte hingegen das 1997 für die Roma erlassene Aktionsprogramm, kritisierte aber die unzureichenden Finanzmittel. Ein weiterer Kritikpunkt war die Segregation vieler Roma-Schüler im Schulwesen. Diese waren zwar gesetzlich verboten, allerdings gab es keine Handhabe zur Bestrafung. Der Regelmäßige Bericht 1998 bescheinigte Ungarn das Erfüllen der politischen Kriterien von Kopenhagen und forderte auf, die Situation der Roma weiter zu verbessern.¹¹³

¹¹² Opinion on Hungary's Application for Membership of the EU 1997, 20.

¹¹³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1998, 8-13.

Regelmäßiger Bericht 1999 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt

Der 1999 verfasste Bericht konnte keine Verbesserung der Situation der Roma feststellen. Sie waren weiterhin Vorurteilen und Diskriminierung unterschiedlichster Art (zum Beispiel im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt, in öffentlichen Einrichtungen wie Arbeitsvermittlung und im Gesundheitswesen) ausgesetzt. Die Probleme der segregierten Schulen und der polizeilichen Willkür gegenüber Roma waren immer noch aktuell. Da laut dem ungarischen Datenschutzgesetz die Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht festgestellt werden durfte, gab es diesbezüglich auch keine Daten. Die Wohn- und allgemeinen Gesundheitsverhältnisse von Roma lagen deutlich unter dem Niveau der Mehrheitsbevölkerung. Die Kommission forderte die lückenlose Umsetzung des 1998 beschlossenen mittelfristigen Programms auf Komitats- und Gemeindeebene, sowie die Zurverfügungstellung der notwendigen finanziellen Mittel.¹¹⁴

Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt

Wie schon in den Berichten der vergangenen zwei Jahre wies die Kommission zum wiederholten Male darauf hin, dass die Frage der Minderheitenvertretung im ungarischen Parlament immer noch ungelöst war.¹¹⁵ (Selbst bis zum heutigen Tag wurde hierfür keine Lösung gefunden und offensichtlich stellte dies auch nicht so ein gravierendes Problem dar, als dass es zu einem K.O.-Kriterium für den Beitritt Ungarns zur EU geworden wäre.) Wie auch in den vergangenen Berichten wurden die Übergriffe der Polizei auf Roma kritisiert. So waren etwa auch Roma-Häftlinge viel öfter Opfer von Misshandlungen während polizeilicher Untersuchungen. Nur ein kleiner Teil der Beschwerden aufgrund polizeilicher Misshandlungen hatte auch zu einem Gerichtsverfahren geführt. Die Kommission zollte hingegen dem von der Regierung beschlossenen nationalen Aktionsprogramm Anerkennung, welches in den Bereichen Bildung, Kultur, Wohnen, Antidiskriminierung, Gesundheit und Beschäftigung ansetzte und dessen Budget im Jahre 2000 19 Mio. EUR (4,862 Mrd. Ft) betrug.¹¹⁶

¹¹⁴ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1999, 16-18.

¹¹⁵ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000, 14.

¹¹⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000, 19-21.

Regelmäßiger Bericht 2001 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum
Beitritt

2001 wurden die Übergriffe der Polizei auf Roma immer noch kritisiert, allerdings schienen sich die Dinge zum Positiven bewegt zu haben, denn erstmals wurden auch Fälle angeführt, wo misshandelten Roma Schadenersatz zugesprochen und die Täter verurteilt wurden. Die Europäische Kommission kritisierte die katastrophalen Lebensumstände vieler Roma, so lag ihre durchschnittliche Lebenserwartung um 10-15 Jahre unter dem nationalen Wert. Weitere Kritikpunkte waren die generell niedrige Schulbildung der Roma (so absolvierten weniger als ein Prozent eine Universität oder Hochschule), die immer noch hohe Anzahl an segregierten Roma-Klassen, sowie die unberechtigte Umschulung von Roma-Kindern in eine Sonderschule. Ihre schlechten Lebensbedingungen, sowie die Probleme im Bildungs- und Beschäftigungsbereich führten oft zur Isolation.¹¹⁷ Durch Maßnahmen der Regierung konnten jedoch 75.000 Roma-Kinder einen Kindergarten besuchen bzw. in der Grundschule in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Die Kommission lobte außerdem die Schulstipendien für Roma, für die ein Anstieg von 785 im Jahr 1997 auf über 7.580 im Jahr 2001 verzeichnet wurde. Für ebenso positiv befand sie das Wohnbauprogramm, welches an die Bedingung geknüpft war, dass zumindest ein Elternteil einer Beschäftigung nachgehen oder in einem Arbeitsbeschaffungsprogramm aktiv sein müsse und dass alle Kinder der Familie die Schule besuchen müssen. Weiters war die Errichtung von 120 Gesundheitszentren zur Verbesserung der Gesundheitsstandards, sowie von Rechtsberatungsstellen vorgesehen. Trotz Aufstockung bezeichnete die EU-Kommission die finanziellen Mittel zur Verbesserung der Lage der Roma als unzureichend. Aufgrund der damaligen Situation der Roma wurde das Programm der Regierung nur als ein Beginn bezeichnet. Die Kommission wies daher auf die großen, noch bevorstehenden Anstrengungen hin und forderte die ungarische Regierung auf, konsequent den Weg der Integration der Roma weiter zu gehen.¹¹⁸

Regelmäßiger Bericht 2002 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum
Beitritt

Zwar hatte sich nach Angaben des ungarischen Minderheitenombudsmanns die Zahl der polizeilichen Übergriffe geringfügig verringert, nichtsdestotrotz wurden immer noch sehr

¹¹⁷Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 21-24.

¹¹⁸Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 24-26.

wenige Fälle (11 Prozent) juristisch verfolgt. Die Kommission legte Ungarn nahe, ein effektiveres Verfahren zur Überprüfung dieser Fälle zu entwickeln.¹¹⁹

Auch 2002 wurde die Lage der Roma von der Kommission immer noch als sehr schlecht charakterisiert. So waren 70 Prozent der Roma im arbeitsfähigen Alter ohne Beschäftigung und nur 33 Prozent der Roma-Schüler besuchten eine Sekundarschule (dem standen 90 Prozent bei der Mehrheitsbevölkerung gegenüber). Weiters würden sie quer durch alle Bereiche der Gesellschaft diskriminiert (Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit, Behörden, etc.). Die EK kritisierte die unzureichende Planung und Koordination zwischen den Ministerien, was die Umsetzung der Pläne behinderte. Gelobt wurde hingegen der weitere Ausbau der Stipendien (von 7.580 im Jahr 2001 auf 12.500 im Jahr 2002), sowie speziell für Roma-Kinder entworfenes Bildungsmaterial. Allerdings konnte der Praxis der Umschulung in Sonderschulen (Segregation) der Roma-Kinder kein Riegel vorgeschoben werden. Positiv wurde vermerkt, dass ungarische Gerichte nun vermehrt rassistische Straftaten verurteilt hatten. Das Antidiskriminierungsnetz, welches in Kooperation von Justizministerium mit der nationalen Selbstverwaltung gegründet wurde, bot Geschädigten kostenlose Rechtshilfe.

Ein Kritikpunkt der Kommission war, dass die Roma-Politik nicht in die allgemeine soziale Entwicklungspolitik eingebettet war, sondern quasi über einen Sonderstatus verfügte. Allerdings wurde diese Kritik dadurch relativiert, dass die ungarische Regierung erst im Begriff war, ihre Roma-Politik zu überarbeiten¹²⁰ und eine umfassende Langzeitstrategie sowie Antidiskriminierungsgesetze zu verabschieden.¹²¹

Umfassender Monitoringbericht über die Vorbereitungen Ungarns auf den Beitritt (2003)

Im *Umfassenden Monitoringbericht über die Vorbereitungen Ungarns auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union* wurde zwar die positive Entwicklung gelobt, nichtsdestotrotz konstatierte die Kommission, dass nach wie vor etliche Problemfelder ungelöst seien, wie beispielsweise die Bildungssegregation, Arbeitsmarkt, Diskriminierung und Ausgrenzung. Im Zuge des Beitritts mussten Rechtsvorschriften aus dem Gemeinschaftsrecht in nationale Gesetze umgewandelt werden. Zum Zeitpunkt als dieser Bericht verfasst wurde, war dieser Prozess noch nicht umgesetzt. Bemängelt wurde, dass die langfristige Roma-Strategie immer noch nicht verabschiedet worden war. Die Kommission bescheinigte der ungarischen Republik, dass sie die Beitrittsanforderungen in

¹¹⁹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002, 29.

¹²⁰ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002, 34-35.

¹²¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002, 148.

den Bereichen Sozialfonds und Kampf gegen Diskriminierung größtenteils erfüllt hatte. Um die Probleme der Roma zu lösen, würden allerdings noch große Kraftanstrengungen notwendig sein und hierzu könnte der ESF einen gewichtigen Teil beitragen.¹²²

Die Beitrittsverhandlungen konnten am 13. Dezember 2002 positiv abgeschlossen werden. Die Volksabstimmung vom 12. April 2003 brachte mit 83,8 prozentiger Zustimmung und einer Wahlbeteiligung von 54,6 Prozent ein positives Ergebnis, sodass der Beitrittsvertrag am 16. April 2003 unterzeichnet wurde und Ungarn der Union am 1. Mai 2004 beitreten konnte.

¹²² Monitoringbericht über die Vorbereitungen Ungarns auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, 43.

IV. Die Situation der Roma in der Gegenwart

Wenn man die aktuelle Situation der Roma in wenigen Sätzen zusammenfasst, dann erhält man folgendes Bild: Die Arbeitslosenrate ist im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung wesentlich höher, während ihr Ausbildungsgrad, Lebensstandard sowie ihre finanzielle Situation bedeutend schlechter ist. 60 Prozent der Roma wohnen in Dörfern, ein großer Teil in Kleinstdörfern.¹²³ In diesem Kapitel sollen die Lage der ungarischen Roma und Erklärungen für ihre prekäre Situation dargestellt werden. Die Ursachen vieler gegenwärtiger Probleme sind in der staatssozialistischen Vergangenheit zu suchen, weshalb in diesem Kapitel aus Gründen der Übersichtlichkeit auch die Lage zu jener Zeit dargestellt wird.

IV.I Anzahl und Demographie

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich wird, kann die genaue Zahl der Roma in Ungarn nicht mittels der im 10-Jahres-Rhythmus stattfindenden Volkszählung eruiert werden, da die Zahl der Roma hohen Schwankungen unterliegt. Dieser Umstand ist auf die sehr niedrige Deklarationsbereitschaft der Roma zurückzuführen.

Tabelle 3 – Anzahl der Roma nach Muttersprache und Nationalität anhand des ungarischen Zensus¹²⁴

Jahr	Muttersprache						Nationalität			
	1930	1960	1970	1980	1990	2001	1960	1980	1990	2001
Roma	7.841	25.633	34.692	27.915	48.072	48.438	56.121	6.404	142.683	189.984

Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2001 bekannten sich knapp 190.000 Ungarn zur Roma-Minderheit. Da die Erhebung des Minderheitenstatus gesetzlich verboten ist, kann ihre genaue Zahl nur durch Schätzungen ermittelt werden. 1995 bezifferten die ungarischen Wissenschaftler Havas, Kertesi und Szelényi ihre Anzahl auf 482.000, also rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung.¹²⁵ 2004 gab das ungarische Außenministerium ihre Anzahl mit rund 400–600.000 an,¹²⁶ der ungarische Soziologie István Kemény prognostiziert für 2015 einen Roma-Anteil von 7 bis 8 Prozent.¹²⁷

¹²³ Pittlik 2004, 86-87.

¹²⁴ Volkszählung 2001.

¹²⁵ Havas 1995, 67.

¹²⁶ Magyar Külügyminisztérium 2004, 1.

¹²⁷ Kemény 2005, 65-66.

Im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung haben Roma-Familien durchschnittlich doppelt so viele Kinder, auch ist das Alter der Mütter niedriger (siehe Tabelle 4).¹²⁸ Ungarische Soziologen führen die höhere Geburtenrate bei Roma auf mehrere Faktoren zurück. Der niedrige sozioökonomische Status steht im kausalen Zusammenhang zur höheren Zahl der Kinder. Auch das Bildungsniveau ist entscheidend. So haben Frauen mit niedrigerer Bildung im Durchschnitt mehr Kinder (siehe Tabelle 5). Ein weiterer Grund ist, dass Kinder bei etlichen Roma-Familien aus unteren Schichten aktiv (durch Arbeit, Bettelei) und passiv (Beihilfen) zur Steigerung des Familieneinkommens beitragen. Weitere Faktoren sind die unzureichenden Kenntnisse oder Ablehnung von Mitteln der Geburtenkontrolle.¹²⁹

Tabelle 4 – Geburtenziffer¹³⁰ pro 1000 Frauen nach Alter¹³¹

Alter	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-49	15-49
Gesamtbevölkerung							
1990	39,5	147,0	115,2	46,8	16,4	1,6	49,4
2001	21,8	65,0	92,7	58,1	21,1	1,8	38,1
Roma							
1990/93	137,0	217,8	141,6	98,4	51,9	10,4	111,7
2002	121,1	219,2	133,8	64,1	48,7	6,8	102,2

Tabelle 5 – Anzahl der Kinder pro 100 Frauen über 14 Jahren nach Ausbildungsgrad (2003)¹³²

höchster Ausbildungsgrad	Kinderanzahl pro 100 Frauen
8 Jahre Volksschule	270
Facharbeiterausbildung	168
Reifeprüfung	161
insgesamt	241

Die ungünstigen Lebensumstände vieler Roma-Familien führen oftmals zu Mangelernährung und schlechten hygienischen Bedingungen, was wiederum zu einer höheren Kindersterblichkeitsrate und niedrigerer Lebenserwartung führt. 2001 lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei Roma 10-15 Jahre unter dem nationalen Durchschnitt.¹³³

¹²⁸ Ladányi 2006, 152.

¹²⁹ Barany 2002, 128.

¹³⁰ Anzahl der Lebendgeborenen pro Jahr bezogen auf 1000 Einwohner.

¹³¹ Kemény 2004, 27.

¹³² Kemény 2004, 23.

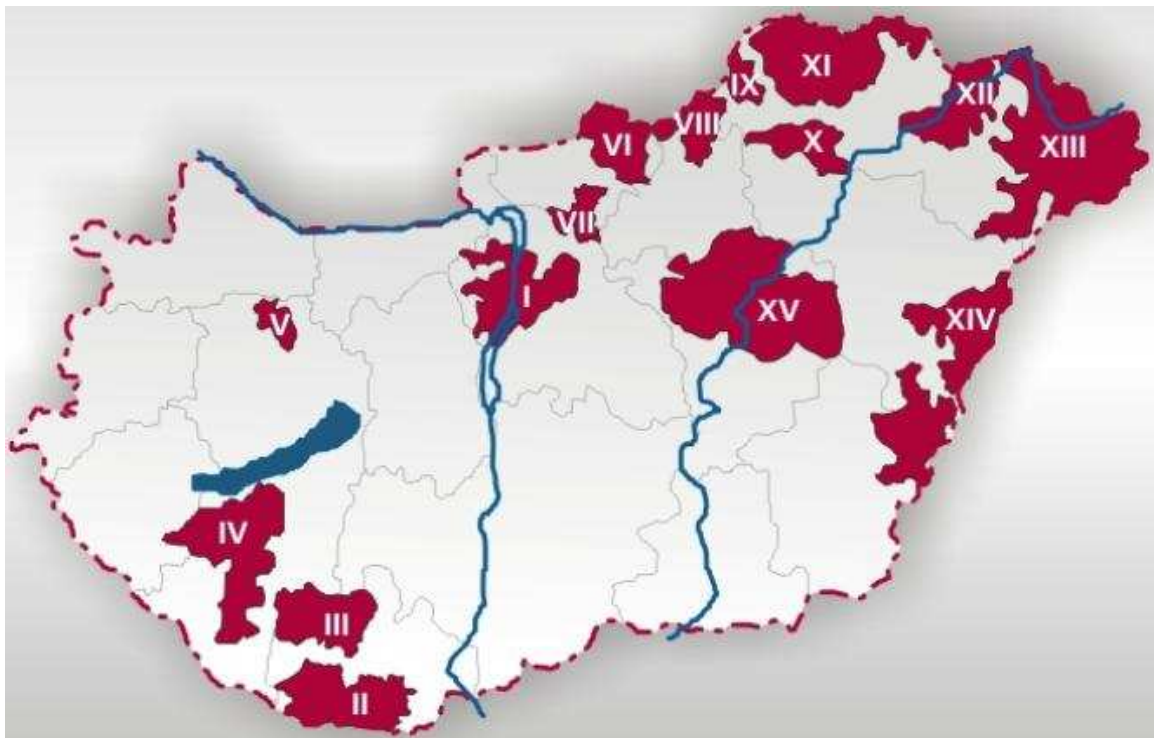
¹³³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 24.

IV.II Regionales Umfeld

Die Lage des Wohnortes ist eine wichtige Determinante für eine erfolgreiche Partizipation von Individuen an der Gesellschaft. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird ersichtlich, dass die Marginalität vieler Roma teilweise auf die ungünstige Lage ihres Wohnorts zurückzuführen ist.

Abbildung 3 und 4 zeigen die räumliche Verteilung der Roma in Ungarn. Sie wohnen hauptsächlich in Budapest und Umgebung, sowie im Osten und Südwesten des Landes.

Abbildung 3 – Von Roma am stärksten besiedelte Gebiete¹³⁴



- I** Budapest und Umgebung
- II** Süd-Baranya, Ormánság, Drau-Ufer
- III** Zselic, Völgység
- IV** Belső-Somogy
- V** Nördlicher Teil von Bakony
- VI** Nógrader Becken
- VII** Cserhát
- VIII** Ózd Umgebung
- IX** Aggteleker Karst, Szuha-Tal
- X** Borsodi Becken, Miskolc Umgebung
- XI** Cserhát, Sempliner-Gebirge
- XII** Bodrogeköz
- XIII** Östlicher Teil des Komitats Szabolcs-Szatmár-Bereg
- XIV** Hajdú-Bihar und östlicher Teil des Komitats Békés
- XV** Közép-Tiszavidék, Jászság

¹³⁴ Csapó 2006, 5.

Abbildung 4 – Verhältnis der Roma zur Mehrheitsbevölkerung (in Prozent) (2001)¹³⁵

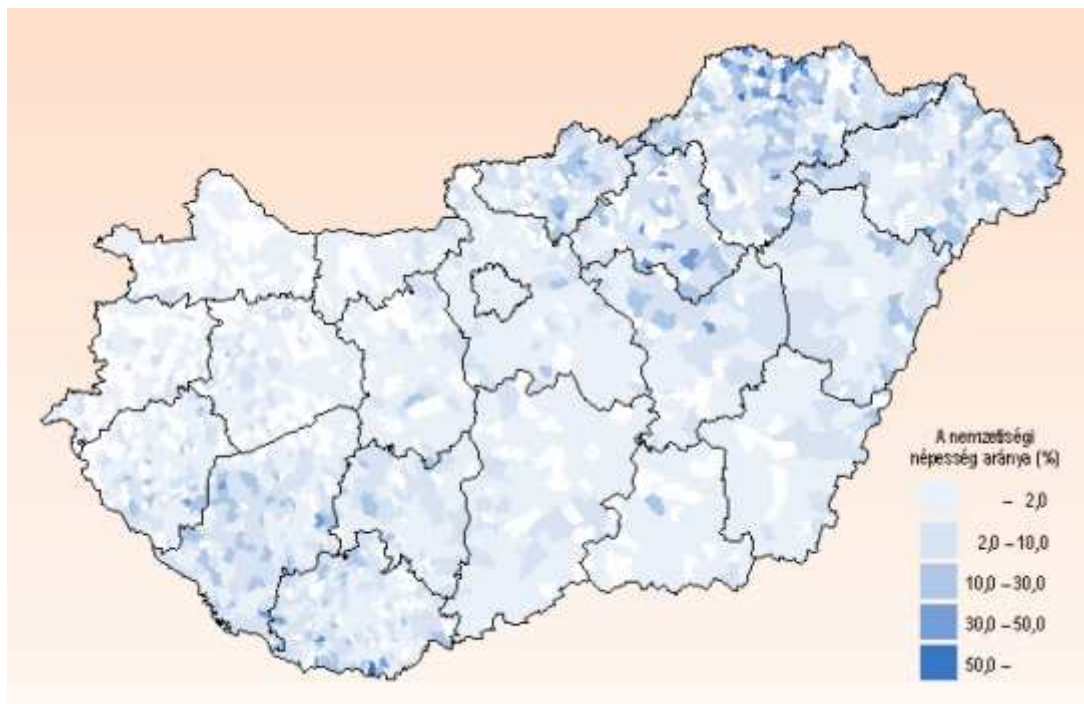
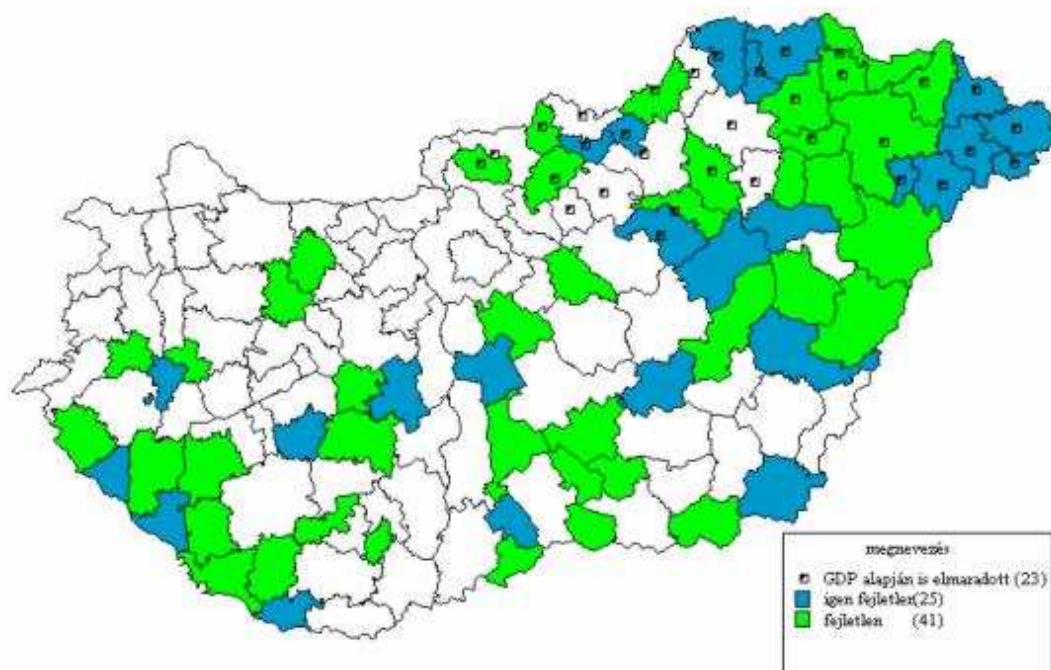


Abbildung 5 – Unterentwickelte Regionen in Ungarn (2002)¹³⁶



Schwarzes Kästchen: auch anhand des BIP unterentwickelt (23)

Blau: sehr unterentwickelt (25)

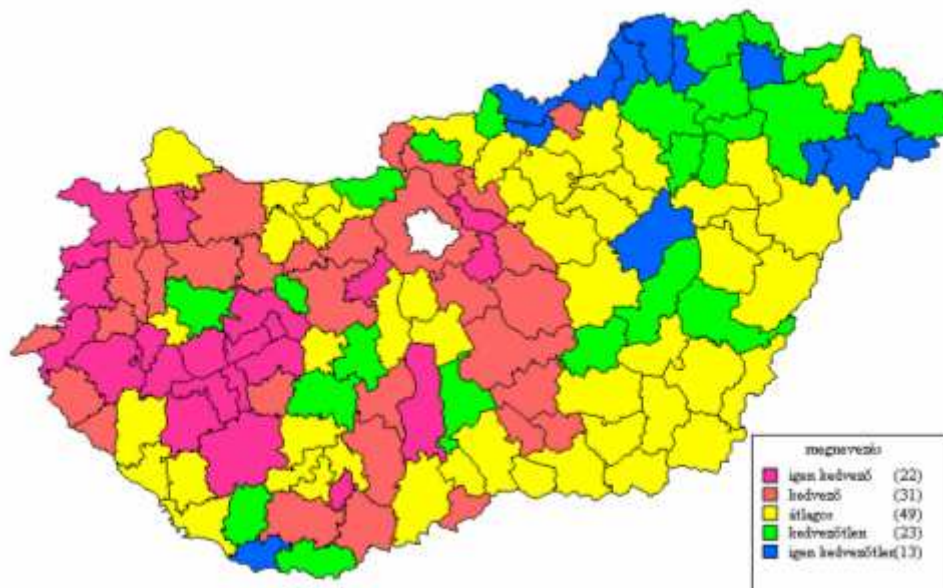
Grün: unterentwickelt (41)

¹³⁵ Volkszählung 2001 – Grafik.

¹³⁶ Csapó 2006, 6.

Bei einem Vergleich der Abbildungen 3, 4 und 5 stellt sich heraus, dass die Roma-Minderheit eher in unterentwickelten Regionen leben. Die Arbeitsmarktsituation ist in den farblich gekennzeichneten Regionen äußerst ungünstig, was zum Nachteil ihrer Bewohner gereicht. Da jene Gebiete aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage über ein niedrigeres Preisniveau verfügen, zogen verstärkt Personen aus unteren Schichten ein (darunter besonders viele Roma), welche aus der Gesellschaft hinausgedrängt wurden. Der Großteil der in jenen Regionen lebenden Roma verfügt nur über ein geringes Ausbildungsniveau und ist daher gegenüber ihren besser qualifizierten Mitbewerbern äußerst benachteiligt. Erschwerend kommt hinzu, dass das Angebot an Arbeitsplätzen in jenen Gebieten wegen der schlechten wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Lage ohnehin gering ist. Dies mindert die Chancen, rasch neue Arbeit zu finden (siehe Abbildung 6) und bedingt eine besonders hohe Arbeitslosenrate (siehe Abbildung 7).¹³⁷

Abbildung 6 – Beschäftigungssituation für Arbeitslose nach Regionen (2003)¹³⁸

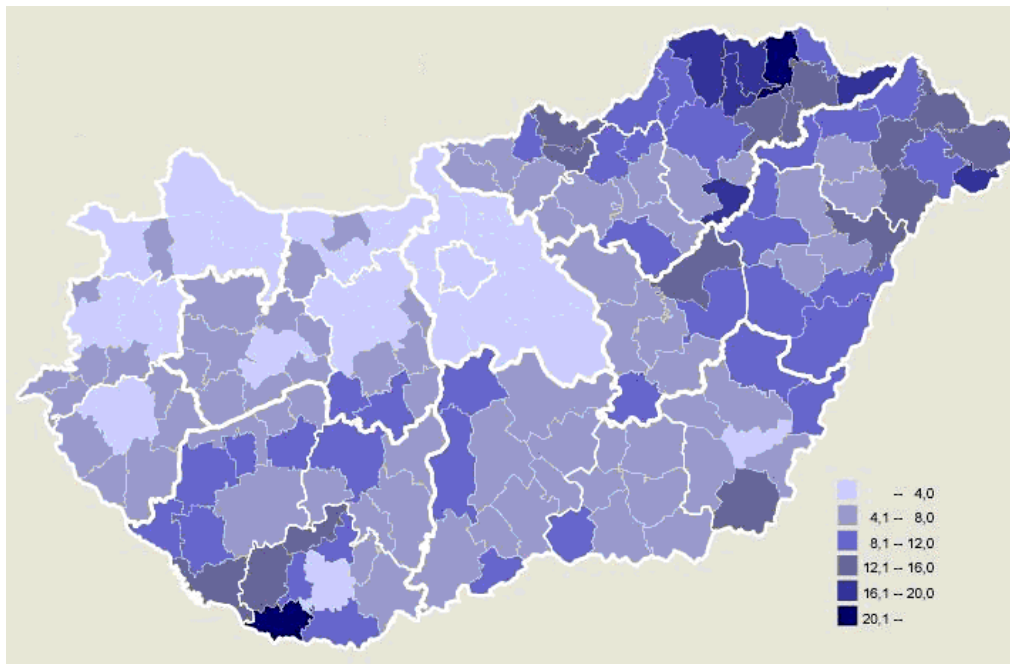


Rosa: sehr vorteilhaft
Orange: vorteilhaft
Gelb: durchschnittlich
Grün: ungünstig
Blau: sehr ungünstig

¹³⁷ Csapó 2006, 6-7.

¹³⁸ Csapó 2006, 7.

Abbildung 7 – Offiziell erfasste Arbeitslose in Prozent (2004)¹³⁹



IV.III Siedlungstypen

Wie im vorangegangenen Unterkapitel schon beschrieben wurde, hat der Standort des Wohnsitzes starke Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit innerhalb der Gesellschaft. Viele Roma leben nicht nur in wirtschaftlich unterentwickelten Regionen, sondern zudem auch noch in Kleinstdörfern. Charakteristisch für jene Dörfer ist oftmals ihre von der Mehrheitsbevölkerung abgeschiedene Lage.

1893 lebte der Großteil der Roma (86,7 Prozent) in Dörfern und weniger als ein Viertel (13,3 Prozent) waren Städter. Die Abwanderung der Roma in die Städte wurde durch Industrialisierung, Urbanisierung und durch das staatssozialistische „telepek felszámolási program“ (Roma-Siedlungsliquidierungsprogramm) ausgelöst. Roma wurden großteils am Stadtrand oder in heruntergekommen Innenstadtvierteln angesiedelt, wodurch es in den jeweiligen Vierteln zur Bildung von Slums kam. 1971 waren 22 Prozent und 1986 bereits 41,1 Prozent aller Roma Stadtbewohner, im Vergleich dazu betrug der allgemeine Urbanisierungsgrad 1986 bereits 58,9 Prozent.¹⁴⁰

¹³⁹ Csapó 2006, 7.

¹⁴⁰ Csapó 2006, 20.

Tabelle 6 – Vergleich Roma und Mehrheitsbevölkerung bezüglich Siedlungstypen (in Prozent) (1999)¹⁴¹

	Gesamtbevölkerung	Roma
Budapest	19,5	9,1
Städte am Land	42,5	30,4
Gemeinden	38,0	60,5
Siedlungen unter 2000 Einwohnern	16,8	40,0
Siedlungen unter 1000 Einwohnern	7,8	20,0
Davon: Kleinstdörfer jenseits der Donau	20,9	52,5
Kleinstdörfer der nördlichen Region	12,1	22,9
Kleinstdörfer der östlichen Region	5,2	16,2

Kleinstdörfer sind in unterentwickelten Regionen besonders verbreitet (siehe Abbildung 8), was mit mehreren negativen Folgen für die ansässige Bevölkerung einhergeht. Neben dem bereits erwähnten Arbeitsplatzmangel beeinträchtigt oder verhindert die prekäre Lage der Infrastruktur die (heutzutage besonders wichtige) Flexibilität am Arbeitsmarkt bzw. die Wahrnehmung von Bildungsangeboten. Wie aus Tabelle 6 ersichtlich wird, wohnen Roma häufiger in jenen Kleinstsiedlungen und sind somit stärker von den negativen Folgen betroffen.¹⁴² Die schlechte Infrastruktur und das niedrige Ausbildungsniveau (siehe Abbildung 9) der ansässigen Bevölkerung schrecken Investoren ab, was die Chancen der Anwohner mindert, aus ihrer prekären Lage auszubrechen.

¹⁴¹ Csapó 2006, 20.

¹⁴² Csapó 2006, 9-10.

Abbildung 8 – Durchschnittliche Bevölkerungsstruktur der Siedlungen (2004)¹⁴³

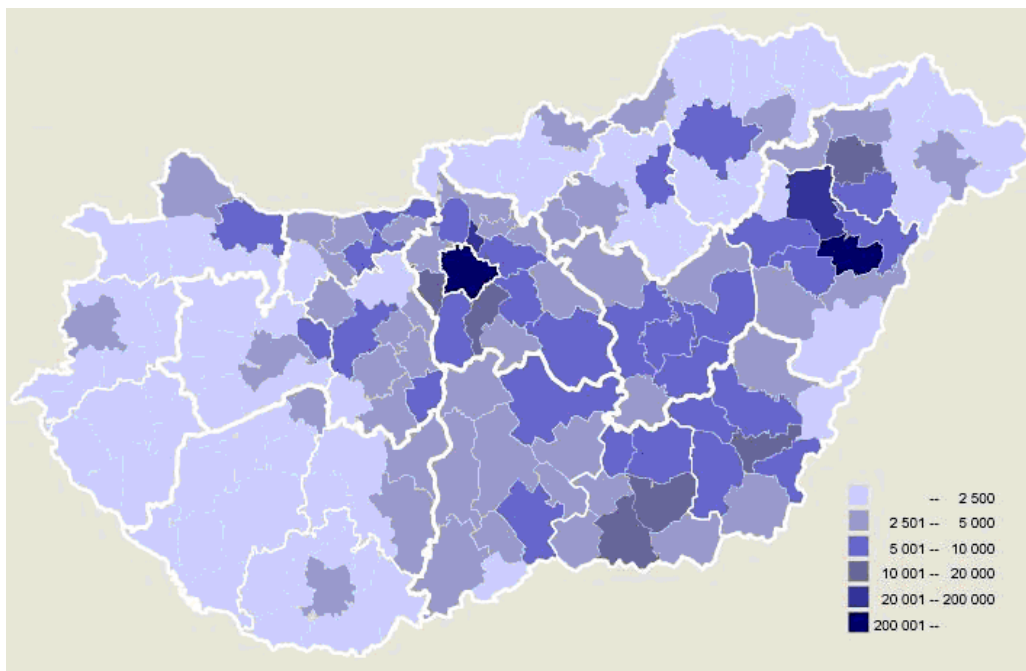
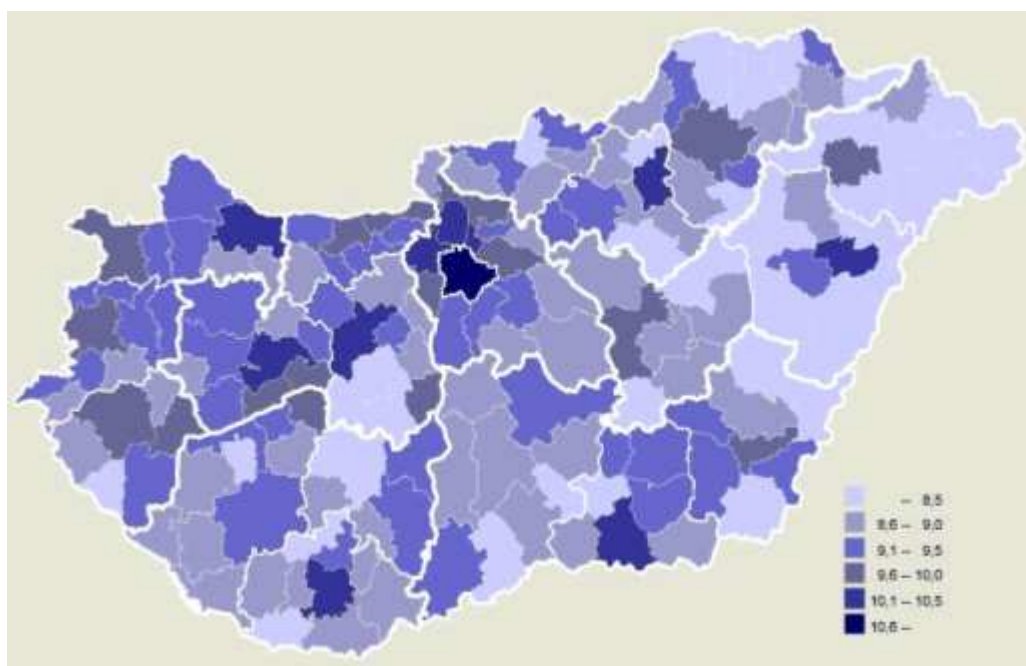


Abbildung 9 – Durchschnittlich absolvierte Klassen bei Personen (> 7 Jahre) (2004)



Die Folgen sind ein niedriges Prokopfeinkommen sowie eine hohe Zahl an Sozialhilfeempfängern in jenen Regionen (siehe Abbildung 10 und 11). Unzureichende finanzielle Möglichkeiten beeinträchtigen nicht nur die Perspektiven für Gegenwart und Zukunft, sondern mindern auch die Ausbildungschancen der kommenden Generationen.

¹⁴³ Csapó 2006, 10.

Abbildung 10 – Einkommen pro Person (2004)¹⁴⁴

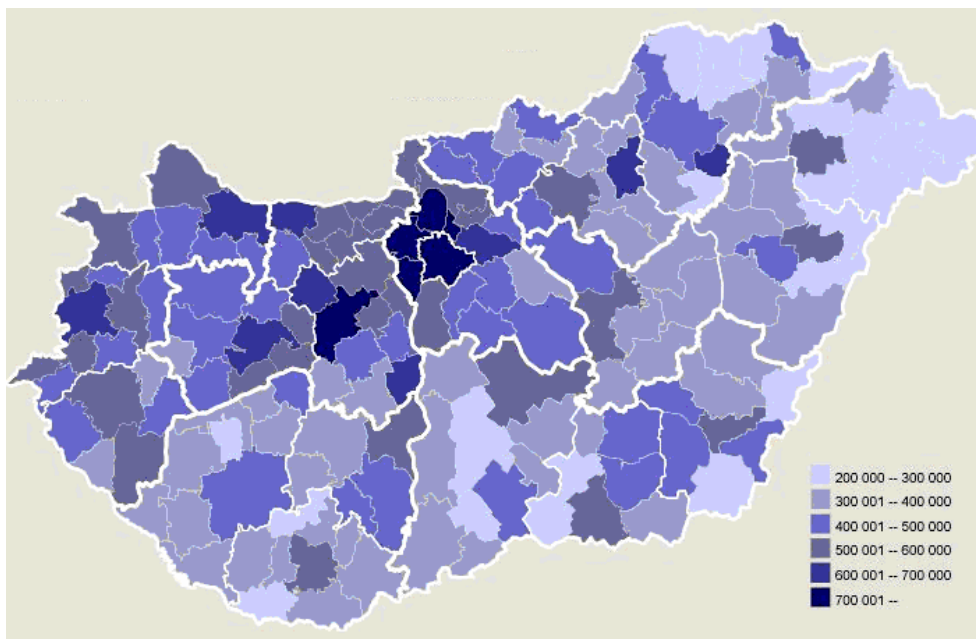
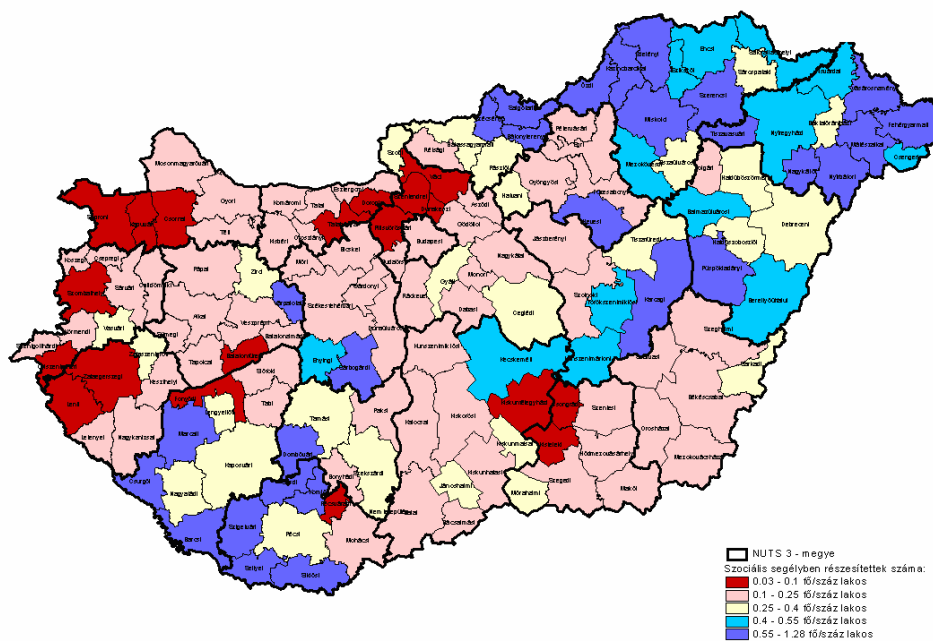


Abbildung 11 – Anzahl der regelmäßigen Sozialhilfeempfänger pro 100 Einwohner (2000)¹⁴⁵



Rot: 0.03 – 0.10
Rosa: 0.10 – 0.25
Gelb: 0.25 – 0.40
Türkis: 0.40 – 0.55
Blau: 0.55 – 1.28

¹⁴⁴ Csapó 2006, 12.

¹⁴⁵ Csapó 2006, 17.

IV.IV Die Wohnverhältnisse und Wohnsegregation in Staatssozialismus und Gegenwart

Die Roma sind schon seit Jahrhunderten mit dem Phänomen der Wohnsegregation konfrontiert. Obwohl Maria Theresia segregierte Roma-Siedlungen verboten hatte, entstanden bereits während ihrer Regentschaft homogene Roma-Siedlungen. Dieser Vorgang der räumlichen Segregation setzte sich von da an ungebrochen fort. Bereits im 19. Jahrhundert waren nicht nur ländliche Roma-Siedlungen, sondern auch innerstädtische Ghettos eine gängige Erscheinung.¹⁴⁶ In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren 90 Prozent aller Roma-Siedlungen als segregiert zu werten. 1971 lebten zwei Drittel der Roma in isolierten und segregierten Roma-Siedlungen. Teilweise waren diese künstlich entstanden, teilweise natürlich gewachsen. István Kemény hat in seiner 1971 durchgeführten Studie die Wohnverhältnisse in diesen Barackensiedlungen erhoben und folgendermaßen beschrieben:

„Die Häuser der Siedlungen werden von den Zigeunern selbst aus Lehm bzw. als Stampfbau errichtet: Es wird kein Fundament gebaut und die Mauern werden nicht isoliert. Der Fußboden besteht aus Erde, der Zustand der Türen und Fenster ist schlecht, da sie größtenteils aus Abbruchhäusern stammen. Die Zimmer haben durchschnittlich 9-12 m² Grundfläche. Feuchtigkeit dringt durch den Boden bzw. die Wände ein und lässt das Gewand bzw. das sich ohnehin in einem sehr schlechten Zustand befindliche Mobiliar modern. Aufgrund der schlechten Fenster und Türen herrscht eine starke Luftzirkulation und aufgrund der kleinen Fenster kann nicht vernünftig gelüftet werden. Das Dach ist oft fehlerhaft, was bei Regen häufig zu Wassereintrüben führt. Geheizt wird mittels Feuerstellen, die nur so lange Wärme spenden, wie das Feuer brennt. Schimmelbefall tritt häufig auf, die Luft ist schwer und modrig... Mangels sauberen Trinkwassers sowie einer Toilette (Plumpsklo) und aufgrund des herumliegenden Unrats gibt es viele ansteckende Krankheiten wie Ruhr, Bauchtyphus, ansteckende Leberentzündungen... Die durchschnittliche Siedlung ist sehr dicht besiedelt, da sich die Bewohner nicht außerhalb der Siedlung ausbreiten. Aus diesem Grund können keine Plumpsklos gebaut werden. Die Umgebung der Siedlung ist mit Unrat, Müll, Fäkalien und unbrauchbaren Dingen übersät... Da es keinen Platz gibt, die notwendige Anzahl an Betten aufzustellen,

¹⁴⁶ Csalog 1997, 3-5.

*teilen sich mehrere Personen ein Bett, oder sie schlafen auf dem Boden. Die Enge neurotisiert und bringt die Einwohner gegeneinander auf.*¹⁴⁷

Mittels der staatlichen Umsiedlungspolitik, welche ab den 1970er Jahren einsetzte, sollte diesen katastrophalen Lebensbedingungen ein Ende bereitet werden. Doch in der Praxis führte jene Politik zu drei neuen Formen der Roma-Siedlungen:

- In der ersten Variante wurden Roma aus ihren Siedlungen in alte, aufgelassene Gebäude wie Meierhöfe, Gesindehäuser und Lagerhallen umgesiedelt. Da sich jene Bauten großteils in einem sehr schlechten Zustand befanden und/oder sich nur eingeschränkt zur Bewohnung eigneten, blieb die angestrebte Verbesserung der hygienischen Bedingungen meistens aus. Problematisch war außerdem die häufige Überbelegung jener Gebäude.
- In der zweiten Variante wurde den Roma-Familien Land zugewiesen, auf dem sie sich selbst ihre neuen Häuser errichten sollten. Doch auch dieser Maßnahme war nur mäßiger Erfolg beschieden, denn oftmals wiesen die neuen Häuser keine qualitative Verbesserung auf.
- Die dritte Variante beinhaltete die Umsiedelung in neu errichtete Barackensiedlungen, deren Wohnqualität oft nicht besonders hoch war.¹⁴⁸

Segregierte Roma-Siedlungen entstanden aber nicht nur aufgrund staatlicher Umsiedlungen, sondern auch, indem Roma Häuser innerhalb von Dörfern erwarben oder errichteten. In den Anfängen des Staatssozialismus hatte der ungarische Staat viel Geld in die infrastrukturelle Entwicklung von ländlichen Gemeinden investiert (so wurden beispielsweise Schulen errichtet, Straßen asphaltiert oder Dörfer ans Stromnetz angebunden). Aufgrund dieser Verbesserung, und der höheren Preise sowie der Knappheit an Wohnungen in urbanen Bereichen kam es auch in ländlichen Gegenden zu einem Bevölkerungszuwachs. Doch mit der landwirtschaftlichen Kollektivierung Ende der 60er Jahre kehrte sich dieser Trend ins Gegenteil um und eine langsame aber stetige Abwanderungswelle erfasste viele Dörfer. Viele Personen, deren Eigentum verstaatlicht worden war, wollten nicht auf ihren ehemaligen landwirtschaftlichen Betrieben weiterarbeiten, sondern zogen in Städte und suchten Beschäftigung im sekundären und tertiären Sektor. Die Abwanderung ließ die Regionalplaner in den frühen 70er Jahren zu dem Schluss kommen, dass Dörfer mit weniger als 1.000 Einwohnern an einem irreversibeln Bevölkerungsschwund leiden würden und daher keine Zukunft mehr hätten.

¹⁴⁷ Kemény 2004, 51-52.

¹⁴⁸ Kemény 2004, 51-52.

Es wurden Rationalisierungsmaßnahmen (wie die Zusammenlegung von Schulen oder die Zentralisierung von Agrarkooperativen) eingeleitet, was die Abwanderung noch weiter beschleunigte. Die Meinung der Experten sollte sich allerdings als Fehleinschätzung herausstellen, denn einerseits blieben die Armen in den Dörfern, da sie sich einen Auszug nicht leisten konnten, andererseits führte das durch die verstärkte Einwanderung in die Städte gestiegene Preisniveau von Wohnungen in Verbindung mit den sinkenden Immobilienpreisen in den Dörfern zum verstärkten Einzug von sozial marginalisierten Schichten (Personen aus dem Lumpenproletariat und der lower-class). Unter den Zuziehenden befanden sich auch viele Roma, welche früher in den von Kemény beschriebenen Barackensiedlungen gelebt hatten. Ihre Einwanderung wurde durch den Beschluss der MSzMP Ende der 70er Jahre beschleunigt, welcher sich die Eliminierung extremer Armut und sozialer Ungleichheit zum Ziel gesetzt hatte.¹⁴⁹ So wurde das „Siedlungsliquidierungsprogramm“ („telep-felszámolási akció“) ins Leben gerufen, durch welches von 1965 bis 1985 so genannte CS-Häuser (CS = Csökkentet értékű = Häuser mit geringerem Wert) errichtet wurden.¹⁵⁰ CS-Häuser bestanden, wie die deutsche Übersetzung bereits ahnen lässt, aus billigerem und minderwertigerem Material. Nichtsdestotrotz verbesserten sich die Wohnverhältnisse deutlich. Parallel führte die OTP (OTP = Országos Takarékpénztár = Landessparkasse) ein Kreditschema ein, um Roma den Erwerb von leerstehenden Bauernhäusern zu ermöglichen. Erst diese Maßnahme ermöglichte vielen wegziehenden Bauern, ihre Häuser zu verkaufen, während Roma so ihren Wohnungsstandard verbessern konnten. Allerdings konnten Roma nicht in allen Ortschaften Häuser erwerben, denn in einigen stießen sie auf Widerstand, wie zum Beispiel Drohungen und Verweigerung von Krediten.¹⁵¹ Der Erwerb von Bauernhäusern war nur in im Abschwung befindlichen Dörfern möglich. Der Zuzug der Roma beschleunigte die Abwanderung der Mehrheitsbevölkerung zusätzlich und führte letztendlich zum endgültigen Niedergang jener Siedlungen.¹⁵²

Äußerst problematisch am „Siedlungsliquidierungsprogramm“ war, dass es der Segregation der Roma kein Ende setzte. So wurden vier von fünf Roma, welche entweder am Stadtrand oder in Barackensiedlungen gewohnt hatten, nur in bestimmte Gebiete umgesiedelt, wo ihre CS-Häuser dicht aneinander gebaut wurden und sie somit wieder

¹⁴⁹ Ladányi 2006, 85-87.

¹⁵⁰ Kemény 2004, 54-55.

¹⁵¹ Ladányi 2006, 86-87.

¹⁵² Kemény 2004, 55.

segregiert waren.¹⁵³ Zwar sah bereits 1964 eine Weisung des ZKs vor, dass auszusiedelnde Roma auf mehrere Orte verteilt wiederanzusiedeln seien. Doch ihr wurde nicht Folge geleistet, denn so konnten die Baukosten reduziert werden.¹⁵⁴ Oftmals befanden sich die neuen Häuser an abgelegenen, mit schlechter Infrastruktur versehenen Orten, aus denen sich alsbald wieder neue Ghettos herausbilden sollten.¹⁵⁵

In den 80er Jahren holte der wirtschaftliche Abschwung auch das „Siedlungsliquidierungsprogramm“ ein. Wegen der gestiegenen Baustoff-, Grundstücks- und Immobilienpreise erlahmte der Häuserbau oder kam sogar völlig zum Erliegen.

Mit den Anzeichen der Wirtschaftskrise nahm in den 80er Jahren bei den Roma der Migrationsdruck in Richtung der Industriestädte ab und es entstand eine gegensätzliche Wanderrichtung. Sie siedelten sich besonders stark in Regionen an, welche über eine schlechte Infrastruktur und Verwaltung, schwache Wirtschaft und im Niedergang befindliche Industriegebiete verfügten. Innerhalb dieser Regionen nahm ihre Zahl besonders in abgeschiedenen Kleinstdörfern zu. Während jüngere, mobilere Personen von größeren und attraktiveren Räumen/Städten angezogen wurden und jene Dörfer verließen, zogen die leerstehenden und an Wert verlierenden Häuser Personen an, welche aufgrund ihrer niedrigen Qualifikation mit erheblichen Problemen konfrontiert waren. Innerhalb der Zuziehenden nahmen Roma im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung einen höheren Anteil ein. Der Grund für die hohe Attraktivität jener Dörfer liegt in der Möglichkeit zur Selbstversorgung durch den Anbau von Pflanzen bzw. Sammeltätigkeiten.¹⁵⁶

Der Einzug in jene Kleinstdörfer erwies sich jedoch als Sackgasse, da die miserable Verkehrsanbindung jegliche Mobilität bereits im Keim erstickte. Darüber hinaus ist das Angebot an Arbeitsplätzen in jenen Gebieten nach wie vor mehr als unzureichend. Aufgrund der kaum vorhandenen Investitionen ist auch keine baldige Änderung der Situation zu erwarten.

Zusammenfassend betrachtet überwiegen die Schattenseiten des Roma-Siedlungsliquidierungsprogramms. Der Auszug der Roma aus ihren Barackensiedlungen in die Dörfer löste nicht nur eine Erosion des dörflichen Wohnungsmarkts aus, sondern schürte auch die gesellschaftlichen Spannungen und verstärkte die Abwanderung von Nicht-Roma.¹⁵⁷ Trotz aller Bemühungen konnte das Problem der Roma-Siedlungen nicht

¹⁵³ Kemény 2004, 55.

¹⁵⁴ Csalog 1997, 5-6.

¹⁵⁵ Csapó 2006, 30.

¹⁵⁶ Csapó 2006, 31-32.

¹⁵⁷ Kocsis 1999, 15.

endgültig beseitigt werden. Bezifferte Zsolt Csalog in den 70er Jahren, dass 40 Prozent der Roma in Barackensiedlungen, beziehungsweise 70 Prozent aller Roma segregiert wohnten¹⁵⁸, so stellte Kemény in der Roma-Studie von 2003 fest, dass immer noch rund ein Drittel aller Roma segregiert lebten.¹⁵⁹

Neben der Wohnsegregation sind auch die Wohnverhältnisse vieler Roma nicht unproblematisch. Zwar haben sie sich im Zeitraum von 1971 bis 1995 verbessert (siehe Tabelle 7), ihre finanzielle Situation erschwert jedoch die Erhaltung des Wohnstandards.¹⁶⁰ Außerdem liegen die Wohnverhältnisse der Roma immer noch deutlich unter jenen der Mehrheitsbevölkerung.

Tabelle 7 – Vergleich der Wohnsituation 1971 und 1995 (in Prozent)¹⁶¹

	1971	1995
Wasseranschluss und Brunnen mehr als 100 Meter entfernt	38,8	5,3
Fußboden aus Erde	61	10
Elektrizität	56,1	97,9

Ladányi und Szélényi haben in ihrer Studie über das ungarische Dorf Csenyété die Auswirkungen einer *Culture of Poverty* auf die Wohnverhältnisse dargelegt. Um eine akute Notsituation zu lindern, werden aufgrund des *short-term outlooks* Teile des eigenen Hauses oder Wohnung demoliert, um die aktuelle Not kurzfristig zu lindern. So werden zur Wärmegewinnung Fußböden, Türen und Fenster verheizt oder für den Erwerb von Lebensmitteln verkauft. Diese Entscheidungen verschaffen aber nur kurzfristig Abhilfe und bringen meist noch viel gravierendere Folgen mit sich. Darüber hinaus sind der unzureichende finanzielle Hintergrund, aber auch der Unwille, ins eigene Haus/Wohnung zu investieren, weitere Bestandteile der Negativspirale. Schlechte Wohnbedingungen sind nicht nur der eigenen Gesundheit unzutraglich, sondern können Vorurteile bestätigen oder neue hervorrufen und erschweren letzten Endes die Integration in die Mehrheitsgesellschaft.

Die räumliche Segregation der Roma hat von 1993 bis 2003 zugenommen. Waren von den 60er bis in die 80er Jahre die Auswirkungen der staatlichen Programme, wie Kollektivierung der Landwirtschaft und Zusammenlegung von Schulen und Institutionen,

¹⁵⁸ Csalog 1997, 6-7.

¹⁵⁹ Kemény, 2004. 36.

¹⁶⁰ Havas 1995, 76.

¹⁶¹ Havas 1995, 76.

für die Abwanderung der Mehrheitsbevölkerung und den Einzug der Roma hierfür verantwortlich, traten ab den 90er Jahren andere Faktoren in den Vordergrund. Während einige reicher wurden, vergrößerte sich vor allem bei den Roma die Armut. Das obere Drittel der Gesellschaft verließ die ursprünglichen Wohnsitze und war bestrebt, neue und bessere Wohnmöglichkeiten zu suchen, wo man auch unter sich bleiben konnte. Dieser Trend ist bis heute ungebrochen.

Die Krise traf schlechter entwickelte Regionen (Norden, Osten, und Dunántúl) stärker als höher entwickelte. Durch den 1997 einsetzenden Wirtschaftsaufschwung profitierten die westlichen Gebiete stark, während in unterentwickelten Regionen Armut und Inaktivität erhalten blieben. So betrug 2002 die Arbeitslosigkeit in Budapest 2,2 Prozent, in den Komitaten Pest 3,7 Prozent, Győr-Mosón-Sopron 4,0 Prozent, Vas 4,5 Prozent, hingegen in Szabolcs-Szatmár 16,7 Prozent und in Borsod 19,1 Prozent.¹⁶² Roma, die in diesen Gebieten tendenziell stärker vertreten sind, müssen nicht nur mit den Folgen der Krise (schlechte Infrastruktur, Arbeitslosigkeit) kämpfen, sondern sind durch die hohe Abwanderung der Mehrheitsbevölkerung stärker von räumlicher Segregation betroffen (siehe Tabelle 8).

Die Segregation der Roma wurde durch den sozialen Wohnungsbau (in Ungarn „szocpolos“ bezeichnet) weiter verstärkt, da man bestrebt war, den Roma eigene Straßenzüge zu geben und sie nicht gemeinsam mit der Mehrheitsbevölkerung wohnen zu lassen. Auch dieser Trend ist bis heute ungebrochen.¹⁶³

¹⁶² Kemény 2004, 59-60.

¹⁶³ Kemény 2004, 59-60.

Tabelle 8 – Segregation der Roma-Haushalte nach regionaler Verteilung (in Prozent) (Studie 2003) ¹⁶⁴

Umgebung der Befragten	Budapest Industrie-viertel	Osten	Alföld	Norden	Trans-danubien / Dunántúl	Westen	insges.
ausschließlich von Roma bewohnt	14,3	37,7	36,0	14,4	27,6	20,9	23,4
mehrheitlich von Roma bewohnt	19,2	26,9	24,0	47,9	29,3	14,0	31,8
ausgeglichen	32,0	22,2	8,0	24,1	18,7	14,0	22,3
Roma sind nicht in der Mehrheit	31,5	11,8	20,0	10,5	15,1	37,2	17,2
es gibt keine Roma in der Umgebung	2,0	1,4	12,0	3,0	4,3	11,6	4,9
Verhältnis nicht feststellbar	1,0	-	-	-	-	2,3	0,3
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

IV.V Roma am Arbeitsmarkt

Da im Staatssozialismus alle Mitglieder der Gesellschaft zur Arbeit verpflichtet waren, gab es neben Bildungs- und Siedlungsprogrammen auch Programme für die Integration in den Arbeitsmarkt. Die erzwungene Industrialisierung, welche in einigen Regionen Ungarns zur Überbeschäftigung und Arbeitskräftemangel bzw. in anderen Regionen annähernd zu Vollbeschäftigung führte, brachte auch für Roma große Veränderungen mit sich. Waren sie am Ende der 40er Jahre noch größtenteils im Bergbau und Hüttenwesen beschäftigt, so dehnte sich ihr Beschäftigungsbereich in den 60er und 70er Jahren auch auf alle anderen Arbeitsbereiche aus. Hinsichtlich des Beschäftigungsniveaus gab es in den 80er Jahren bei Männern kaum Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma. Im Gegensatz dazu gab es bei Frauen sehr wohl eine Differenz beim Vergleich der Beschäftigungsverhältnisse. So arbeitete weniger als die Hälfte der Roma-Frauen, was in erster Linie auf ihre doppelt so hohe Anzahl an Kindern zurückzuführen ist. Zwar stieg die Zahl der arbeitenden Roma-Frauen bis zum Ende der 80er Jahre auf rund 50 Prozent, blieb aber immer noch deutlich unter dem Niveau der Mehrheitsbevölkerung (siehe Tabelle 9). Auch gab es einen

¹⁶⁴ Kemény 2004, 58.

deutlichen Unterschied bei am Arbeitsmarkt inaktiven Personen.¹⁶⁵ So war nur jeder dritte Roma dieser Gruppe Schüler oder Student, während es bei der Mehrheitsbevölkerung mehr als die Hälfte waren.¹⁶⁶

Tabelle 9 – Beschäftigungssituation 1971 bei Roma und Nicht-Roma (in Prozent)¹⁶⁷

Beschäftigte (15- bis 59-Jährige)			
Männer	87,7	Frauen	64
Schüler/Studenten	8	Schülerinnen/Studentinnen	n.a.
Roma-Männer	85	Roma-Frauen	30
Roma-Schüler/Studenten	5	Roma-Schülerinnen/Studentinnen	n.a.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde Ungarn von der bis dahin größten Wirtschaftskrise erfasst. Sie erreichte ihren Höhepunkt Anfang der 90er Jahre. Waren 1985 5,4 Millionen am Arbeitsmarkt aktiv (hiervon 400.000 Pensionisten mit Nebenjobs), so verloren bis 1993 1,6 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz und wem es möglich war, der flüchtete in den Ruhestand – im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung hatte dieser Vorgang bei Roma bereits früher eingesetzt.

Tabelle 10 – Beschäftigungsrate bei Roma-Frauen und -Männern (in Prozent)¹⁶⁸

	1971	1978	1987	1993	2003
Männer	85,2	77,3	74,4	28,8	28,0
Frauen	30,3	47,0	49,3	16,3	15,1
insgesamt	n.a.	n.a.	62,0	22,6	21,4

Tabelle 10 stellt die Entwicklung der Beschäftigungsrate dar. Hier wird ersichtlich, dass die Zahl der beschäftigten Roma nach dem Systemwechsel drastisch abgenommen hat. Während 55 Prozent ihrer Arbeitsplätze verloren gingen, waren es bei Nicht-Roma „nur“ 30 Prozent. Dies lässt sich auf mehrere Ursachen zurückführen:

- Roma waren in jenen Berufssparten, welche am meisten von Entlassungen betroffen waren, besonders zahlreich vertreten.
- Durch die Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft wurden einerseits viele Betriebe unrentabel und konnten nicht mehr weitergeführt werden, andererseits war die Restrukturierung und Modernisierung der Produktion dringend notwendig. Beide Vorgänge resultierten in Personalabbau, von dem Personen ohne und mit nur geringer Schulbildung wesentlich stärker betroffen waren.

¹⁶⁵ Die Gruppe der am Arbeitsmarkt inaktiven Personen umfasst von Eltern erhaltene Personen, Schüler, Studenten und Pensionisten.

¹⁶⁶ Kemény 2004, 96-97.

¹⁶⁷ Kemény 2004, 96-97.

¹⁶⁸ Kemény 2004, 101.

- Die Wirtschaftskrise traf wirtschaftlich höher entwickelte Regionen weniger hart, wodurch die Arbeitslosenrate regional unterschiedlich stark anwuchs. In Budapest stieg sie auf „nur“ 6,6 Prozent, in wirtschaftlich benachteiligten Regionen wie Borsód, Szabolcs-Szatmár und Nógrád hingegen auf rund 20 Prozent. Wie in Kapitel IV.II bereits dargestellt wurde, war (und ist) der Roma-Anteil in jenen Landesteilen besonders hoch.

Die hohe Arbeitslosigkeit der Roma wird also durch die Lage am Arbeitsmarkt, ihre Ausbildungssituation und ihr ungünstiges Wohnumfeld bedingt. Allerdings spielt noch ein weiterer Faktor eine Rolle. So wirken sich Diskriminierung und Vorurteile der Mehrheitsbevölkerung ebenfalls negativ auf die Chancen der Roma aus, wieder einen Arbeitsplatz zu finden.¹⁶⁹

1993 betrug die Arbeitslosenrate landesweit 13 Prozent, bei den Roma hingegen 50 Prozent. 2001 sank die Arbeitslosenrate zwar auf 9,8 Prozent, die Verbesserung ist aber nur eine scheinbare, weil jene Personen, die durch das soziale Netz gefallen waren und keinen Anspruch mehr auf staatliche Hilfe hatten, keinen Sinn in einer erneuten Registrierung ihrer Arbeitslosigkeit sahen. Die Anzahl der arbeitslosen Roma betrug 1993 und 2001 jeweils 57.000. Man muss aber bei beiden Zahlen von einer wesentlich höheren Dunkelziffer ausgehen. So wird in István Keménys 2003er Roma-Studie dargestellt, dass im Jahr 2003 52 Prozent der Roma arbeitslos waren.¹⁷⁰

Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Roma ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Einerseits erschwert es den Ausbruch aus der Armut, andererseits ist sie auch Nährboden für Vorurteile gegenüber Roma. Wie im nächsten Kapitel dargestellt wird, ist die Bildungssituation vieler Roma mehr als unzureichend für eine erfolgreiche Partizipation am Arbeitsmarkt. Bildung ist in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts der Schlüssel zu gesellschaftlichem Erfolg. Eine höhere Qualifikation erhöht nicht nur die Perspektiven auf eine bessere Arbeit, sondern auch auf ein besseres Leben. Aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie der fortschreitenden Technisierung ist die Nachfrage nach ungelernten bzw. ungebildeten Arbeitskräften drastisch gesunken. Da eine Umkehr dieses Trends nicht in Aussicht ist und viele Roma über eine unzureichende Ausbildung verfügen, ist es für sie besonders schwer, sich erfolgreich am Arbeitsmarkt zu behaupten.

¹⁶⁹ Kemény 2004, 97-98.

¹⁷⁰ Kemény 2004, 98-100.

V. Bildungssituation der Roma

V.I Bildungssituation der Roma vor 1945

Wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist, war es am Anfang des 20. Jahrhunderts in der ungarischen Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit, dass alle Kinder in die Schule gingen.

Tabelle 11 – Schulbesuch der 6- bis 12-jährigen Kinder¹⁷¹

Jahr	Prozent
1870	50
1890	81
1913	85

Auch die Dauer des Schulbesuchs unterschied sich deutlich von der heutigen Dauer. So besuchte der Großteil der Schüler vier oder weniger Jahre die Schule und begann schon im Alter von 10 Jahren zu arbeiten.¹⁷² In der Zwischenkriegszeit wurde die Verbreitung der vierjährigen Volksschule, sowie die dauerhafte Ansiedelung der Roma forciert. In der 1971 von Kemény durchgeführte Studie wurde festgestellt, dass die Hälfte der in der Zwischenkriegszeit schulpflichtigen Roma keine Schule besucht hatte. Gingen vor dem Ersten Weltkrieg 40 Prozent der „Magyar Ciganyok“ in die Schule, steigerte sich diese Zahl in der Zwischenkriegszeit auf 60 Prozent. Bei den „Olah-cigányok“ betrug die Steigerung 10 Prozent und bei den „Beás-cigányok“ veränderte sich die Zahl von 0 auf 30 Prozent. Kennzeichnend für alle Roma-Kinder waren eine hohe Zahl an Fehlstunden und ein relativ kurzer Schulbesuch von nur 2-3 Jahren.¹⁷³

V.II Bildungssituation nach 1945 bis zum Systemwechsel 1989

1940 wurde die Volksschule von einem vier- auf ein achtjähriges Modell umgestellt und fünf Jahre später die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Diese Reformen betrafen auch die Roma-Minderheit, so nahm die Zahl jener Roma-Kinder ab, die keine Schule besuchten. Im Zeitraum 1943 bis 1948 waren es noch 37 Prozent der Roma-Kinder, zwischen 1957 und 1962 schrumpfte diese Zahl auf „nur“ noch 9 Prozent. Die Dauer des Schulbesuches nahm zu, so hatten 1971 87 Prozent der 20- bis 24-Jährigen die Schule besucht, wovon 63 Prozent die 4. und 27 Prozent die 8. Schulstufe absolviert hatten. Obwohl das

¹⁷¹ Romsics 2005, 41.

¹⁷² Romsics 2005, 41-42.

¹⁷³ Kemény 2004, 77.

Bildungsniveau der Roma zugenommen hatte, wuchs der Abstand zur Mehrheitsbevölkerung, da jene einen noch stärkeren Bildungsanstieg verzeichnen konnten.¹⁷⁴ Bereits 1971 warnte Kemény vor diesem äußerst bedenklichen Vorgang – doch seine Warnung blieb bei politischen Eliten ungehört und sollte sich in den 90er Jahren bewahrheiten:

„Jene Roma-Kinder, die weniger als 7 Jahre in der Schule verbringen, sind praktisch fast zur Gänze Analphabeten, mit Ausnahme der eigenen Unterschrift können sie nicht schreiben. Ihre Lesefähigkeit beschränkt sich auf Druckschrift und das in einem Ausmaß, dass sie den Sinn des Textes oft nicht begreifen können. Dies erschwert nicht nur die Einbindung in den Arbeitsmarkt, sondern beschränkt ihre Tätigkeit auf jene Berufe, welche überhaupt keine schulische Ausbildung voraussetzen. In den 50er Jahren wuchs die Anzahl an unausgebildeten Arbeitskräften, aber nicht im gleichen Ausmaß wie die Nachfrage nach Arbeitern. Dies begrenzte das Wachstum der Industrie, welche dadurch zu einem Richtungswechsel gezwungen wurde. Die Nachfrage an ungelernten Arbeiten wird in Zukunft nicht steigen, sondern sinken bzw. bestenfalls gleich bleiben. Daher ist es absehbar, dass sich bei den Roma in 1-2 Jahrzehnten ein Personenüberfluss bilden wird, der sich auf dem Arbeitsmarkt nicht einordnen wird können.“¹⁷⁵

Die Zahl der 20- bis 24-jährigen Roma, welche die 8. Klasse absolvierten, stieg 1993 zwar auf 77,7 Prozent (siehe Tabelle 12), aber wie bereits in Kapitel VI.V dargestellt, hatten sich die Anforderungen an die Arbeitnehmer gravierend verändert. So verfügte der Großteil immer noch über eine unzureichende Ausbildung.¹⁷⁶

Tabelle 12 – Schulbesuch bei Roma (in Prozent) (1993)¹⁷⁷

Altersgruppe	keine Schule besucht	Beendigung von 8 Schuljahren
35-39	6	55
30-34	3	70
25-29	2,5	75
20-24	1	77,7

¹⁷⁴ Kemény 2004, 78.

¹⁷⁵ Kemény 1976, 40. Übersetzt aus dem Ungarischen.

¹⁷⁶ Kemény 2004, 79.

¹⁷⁷ Kemény 2004, 79.

2003 wuchs die Zahl der Roma-Absolventen abermals (siehe Tabelle 13), doch der Abstand zur Mehrheitsbevölkerung war wie schon zehn Jahre zuvor nicht geringer geworden.¹⁷⁸

Tabelle 13 – Schulbesuch bei Roma (in Prozent) (2003)¹⁷⁹

Alter	Beendigung von 8 Schuljahren
35-39	79
30-34	81
25-29	80
20-24	82,5

Roma und Nicht-Roma weisen aber nicht nur einen großen Unterschied hinsichtlich ihres Ausbildungsgrades auf, sondern es herrscht auch eine große Altersdiskrepanz bei der Absolvierung der 8. Schulstufe (siehe Tabelle 14). Roma-Schüler schließen die Volksschule oftmals wesentlich später ab. Dies ist problematisch, denn je älter die Schüler beim Volksschulabschluss sind, desto geringer ist das tatsächlich akquirierte Wissen.¹⁸⁰

Tabelle 14 – Absolvierung der 8. Schulstufe bei Erreichen eines gewissen Alters (in Prozent) (90er Jahre)¹⁸¹

Alter	Gesamtbevölkerung	Roma
14	81-82	31,3
15	90	43,6
16	96	62,7
17	-	64,4
18	-	77,7

Der weitere Schulweg erstreckte sich 1993 bei Roma-Schülern hauptsächlich auf die Facharbeiterausbildung (Szakmunkásképző) und das zumeist auf jene Fachbereiche, die nur geringe Chancen auf eine erfolgreiche Eingliederung am Arbeitsmarkt bieten. Nur wenige besuchten eine Berufsbildende Schule (Szakközépiskola) oder Gymnasien, wobei die Hälfte der Aufgenommen bereits nach kurzer Zeit wieder ausschied. Die Abschlussrate der Roma war und ist als katastrophal zu bezeichnen – so legten in den 70er Jahren 1,5 Prozent, in den 80er Jahren 2 Prozent, sowie 1993 3 Prozent aller 20- bis 29-jährigen Roma-Kinder ihre Reifeprüfung ab. 1992/93 setzten 51 Prozent der Roma-Kinder, die gerade die 8-jährige Volksschule absolviert hatten, ihre Schullaufbahn fort. Von ihnen

¹⁷⁸ Kemény 2004, 80.

¹⁷⁹ Kemény 2004, 80.

¹⁸⁰ Kemény 2004, 79-80.

¹⁸¹ Kemény 2004, 79-80.

wählten 30 Prozent eine Facharbeiterausbildung, 9,4 Prozent Berufsschulen (Szakiskolaba), 10 Prozent Berufsbildende Schulen und 0,6 Prozent Gymnasien. 56 Prozent der Nicht-Roma-Schüler besuchten Berufsbildende Schulen oder Gymnasien – hier ist also ein deutlicher Unterschied zu den Roma erkennbar. Die hohe Drop-Out Rate bei Roma, sowie die geringe Zahl an Absolventen führen zu keiner Verbesserung ihrer Bildungssituation. Da der durchschnittliche Ausbildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung weiterhin im Steigen begriffen ist, klafft die Bildungsschere immer weiter auseinander und erschwert den Roma die gesellschaftliche Integration zunehmend.¹⁸²

Tabelle 15 – Weiterer Schulweg nach der Volksschule bei Roma und Nicht-Roma nach Schultypus differenziert (in Prozent)¹⁸³

Jahrgänge	1996-1997		1997-1998		1998-1999	
	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma
keine weitere Ausbildung	2,3	16,5	2,8	16,1	3,2	14,9
Berufsschule	4,4	8,6	5,4	10,4	3,2	9,4
Facharbeiterausbildung	36,5	61,6	34,9	57,7	36,8	56,5
Berufsbildende Schulen	38,3	9,3	37,3	12,0	38,1	15,4
Gymnasium	18,3	3,7	19,3	3,8	18,4	3,6
insgesamt	100	100	100	100	100	100

Tabelle 15 zeigt, welcher Schultypus von Roma bzw. Nicht-Roma bevorzugt besucht wird. Während Nicht-Roma stark zu Berufsbildenden Schulen tendieren, gefolgt von Facharbeiterausbildung und Gymnasien, wählen mehr als die Hälfte der Roma-Schüler eine Facharbeiterausbildung, gefolgt von Berufsbildenden Schulen und dem Abbruch der Schullaufbahn. 1999 setzten 57 Prozent der Nicht-Roma-Schüler ihren Schulweg in Matura gebenden Schulen fort, bei Roma waren es nur 19 Prozent.¹⁸⁴

Bei einem Vergleich der Schuljahrgänge 1992/93 und 1997-1999 wird ersichtlich, dass im Laufe der Zeit deutlich mehr Roma-Schüler ihre Schullaufbahn nach Absolvierung der Volksschule fortsetzten. Dies geschah vor allem auch, weil ihnen der Zugang zu weiterer Bildung erleichtert wurde: Zwischen 1985 und 1996 ist die Anzahl an verfügbaren Plätzen in Gymnasien um 40 Prozent und in den Berufsbildenden Schulen um 70 Prozent angestiegen, während sich die Anzahl der Nicht-Roma Schüler ab 1989 kontinuierlich verringerte. Gleichzeitig wurde das Budget der Schulen auf eine Pro-Kopf-Finanzierung

¹⁸² Kemény 2004, 81.

¹⁸³ Havas 2001, 57.

¹⁸⁴ Havas 2001, 57.

umgestellt, wodurch man in den Schulen bestrebt war, die Schülerzahlen wieder zu erhöhen – man nahm letzten Endes auch vermehrt Roma-Kinder auf.¹⁸⁵

Die 2003 von ungarischen Soziologen, István Kemény et al., durchgeführte Roma-Studie brachte zu Tage, dass die Zahl der Roma, die ihre Schullaufbahn nach der Volksschule fortsetzen, im Wachsen begriffen ist. Kemény prognostizierte, dass über 20 Prozent der Roma-Schüler Gymnasium und Berufsbildende Schulen absolvieren werden. Rund 15-20 Prozent der Roma-Eltern verfügten über ein stabiles, weit über der Armutsgrenze liegendes Einkommen, welches einen Schulbesuch ihrer Kinder leistbar machte. Kennzeichnend für jene Familien waren bessere Integration in den 70er und 80er Jahren sowie ein höheres Bildungsniveau.¹⁸⁶

Während des Staatssozialismus brachte das Erlangen der Reifeprüfung keinen erheblichen Vorteil am Arbeitsmarkt, da Vollbeschäftigung herrschte. Doch ab den 90er Jahren änderte sich dieser Umstand radikal und Bildung wurde zu einem extrem wichtigen Faktor. Die gewaltige Kluft zwischen ungebildeten Roma und der höher gebildeten Mehrheitsbevölkerung erschwerte bzw. machte ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt unmöglich. Hierbei war auch der große Unterschied bei den finanziellen Möglichkeiten der Eltern fatal, denn nur für ein Fünftel der Roma-Eltern war der Besuch ihres Kindes an einem Gymnasium oder einer Berufsbildenden Schule leistbar, während es bei der Mehrheitsbevölkerung immerhin 70-80 Prozent waren. Da Roma-Familien im Schnitt kinderreicher sind, war dieser Umstand besonders problematisch. Die finanzielle Situation ist aber nur ein Teil einer Erklärung für die Bildungsmisere der Roma. Der Grundstein wird bereits im Kindergarten gelegt, welcher einen wichtigen Bestandteil des ungarischen Bildungssystems einnimmt. Kinder werden in der sogenannten „Schulvorbereitung“ (iskola-elkészítő), welche im Rahmen des Kindergartens von statten geht, auf die Schule vorbereitet. Daher ist auch der Kindergartenbesuch im 5. Lebensjahr verpflichtend. Allerdings kamen 1993 nur 72 Prozent der Roma-Kinder dieser Verpflichtung nach und 2003 verschlechterte sich diese Zahl noch – es besuchten nur mehr 41,5 Prozent der 3- bis 5-jährigen Roma-Kinder den Kindergarten. In vielen Roma-Haushalten gibt es weder Bücher, Zeitungen, Papier oder Schreibwerkzeug und/oder es wird eine andere Sprache oder Ausdrucksweise als in der Schule verwendet. Daher wäre der regelmäßige Besuch des Kindergartens für Roma als besonders wichtig zu erachten. Doch das Gegenteil ist oftmals der Fall. Verantwortlich hierfür sind einerseits die Eltern, welche ihre Kinder nicht in den

¹⁸⁵ Kemény 2004, 81-82.

¹⁸⁶ Kemény 2004, 82.

Kindergarten schicken wollen und/oder finanzielle bzw. infrastrukturelle Faktoren. So gibt es oftmals keinen Kindergarten in der Nähe oder zu wenig Plätze. Bei den 58,5 Prozent der 3- bis 5-Jährigen, welche 2003 den Kindergarten nicht besuchten, ist ein Stadt-Land-Gefälle beobachtbar. So lag in Budapest die Zahl der Kinder, die keinen Kindergarten besuchten, bei 44,2 Prozent, in ländlichen Gebieten hingegen bei 61,4 Prozent. Der Nicht-Besuch der Schulvorbereitung mindert aber nicht nur die Chancen auf späteren Erfolg im weiteren Bildungsweg, sondern führt auch dazu, dass eine beträchtliche Zahl der Kinder ihre Schullaufbahn in Sonderschulen (kisegítő iskola) fortsetzt. Roma-Kinder unterscheiden sich aber nicht nur in der geringeren Zahl an Kindergartenängern, sondern auch häufig durch ein höheres Schuleintrittsalter von der Mehrheitsbevölkerung. Auch dies ist für die weitere Schulkarriere benachteiligend.¹⁸⁷

Hauptverantwortlich für den schlechteren Ausbildungsgrad der Roma ist die **Bildungssegregation**. Der Grundstein für diesen segregativen Vorgang wurde 1961 gelegt, als das Zentralkomitee der MSzMP beschloss, Roma stärker ins Bildungssystem zu integrieren. So sollte nicht nur die Anzahl an Roma-Kindern, die einen Kindergarten besuchen, erhöht werden, sondern fatalerweise sahen die Beschlüsse des ZK auch die Errichtung reiner Roma-Klassen vor, welche auf ministerielle Anweisung im darauf folgenden Jahr eingeführt wurden. Zwar waren sie als 1- bis 2-jährige Vorbereitung für einen regulären Schulbesuch ausgelegt, entpuppten sich aber rasch als bildungstechnische Sackgasse.¹⁸⁸ Denn der Wechsel in eine reguläre Klasse fand de facto nicht statt. Symptomatisch für jene Klassen waren das schlechtere Ausbildungsniveau der Pädagogen, sowie die allgemein schlechtere Lernsituation. Die Anforderungen an die Schüler waren weit geringer und im Vergleich zu einer regulären Schule war es leichter, bessere Noten zu erhalten. Die Einweisung in Heilpädagogische Anstalten und sonderpädagogische Klassen (kisegítő osztályok – sogenannte „Aushilfsklassen“) wurde zu einer gängigen Form der Bildungssegregation. 1974/75 besuchten bereits 12 Prozent aller Roma-Schüler sonderpädagogische Klassen oder Schulen und 1985/86 waren es bereits 18 Prozent. Eine dermaßen hohe Zahl an geistig behinderten Kindern ist kein Zeichen einer realistischen Einschätzung, sondern entstammt der gängigen Praxis von Schulen, problematische, aus schlechten Verhältnissen stammende Kinder in Sonderschulen abzuschieben.¹⁸⁹ Als Vorwand diente oftmals die höhere Anzahl an behinderten Kindern bei Roma. Aber auch

¹⁸⁷ Kemény 2004, 83-84.

¹⁸⁸ Mihok 1990, 152-153.

¹⁸⁹ Kemény 2004, 84-87.

Roma-Kinder mit nicht-ungarischer Muttersprache wurden oft wegen sprachlicher Probleme in jene Schulen versetzt.¹⁹⁰ Nach Definition der WHO gelten Personen mit einem Intelligenzquotienten unter 69 Punkten als geistig behindert.¹⁹¹ Erschreckend ist, dass bei Anwendung dieses Kriteriums 50,7 Prozent der Schüler in Heilpädagogischen Anstalten nicht als geistig behindert einzustufen sind und daher in diesem Schulmodell vollkommen deplatziert sind. Erst 1985 reagierte man mittels eines neuen Unterrichtsgesetzes auf diese diskriminierende Praxis. Die Aufnahmekriterien für Sonderschulen wurden verschärft und der Abschluss der Sonderschule mit dem einer Volksschule gleichgestellt – die beiden Abschlüsse waren aber nur auf dem Papier gleichwertig. Aufgrund dieser Reformen nahm die Zahl der als geistig behindert eingestuften (fögyatékos) Kinder zwischen 1985 und 1992 ab, wobei sich die Anzahl bei Nicht-Roma stärker verringerte als bei Roma. Doch bereits ab 1994 war wieder ein Zuwachs festzustellen. 2003 gingen laut Keménys Studie zwischen 14,5 Prozent und 19,7 Prozent aller Roma-Schüler in eine Sonderschule. Die Willkür der Einstufung der Schüler ist an folgenden Zahlen erkennbar: In ländlichen Gegenden besuchten 6,2 Prozent der Roma-Schüler eine Sonderschule, in Budapest waren es fast doppelt so viele (12,3 Prozent).¹⁹² Viktória Mohácsy, zum damaligen Zeitpunkt Ministerialkommissarin im Bildungsministerium für die Integration von Roma und benachteiligten Kindern, gab 2004 in einem Interview an, dass 5,3 Prozent aller Kinder (rund 50.000) eine heilpädagogische Klasse besuchten. Ungarn liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 2,5 Prozent. Noch erschreckender ist, dass 22 Prozent aller Roma-Schüler als geistig behindert eingestuft sind.¹⁹³

Bereits in den 70er Jahren war eine zweite Form der **Bildungssegregation** parallel zur Einweisung von Roma-Schülern in sonderpädagogische Klassen oder Schulen zu Tage getreten. Bei ausreichender Schüleranzahl war man darauf bedacht, Roma der gleichen Schulstufe gemeinsam in eine Parallelklasse zu schicken. So entstanden entweder homogene Roma-Klassen oder gemischte Klassen mit Kindern aus benachteiligten Verhältnissen.¹⁹⁴ Dieser Vorgang ist bis heute ungebrochen, so schätzt Kemény, dass 2003 in rund 37.000 der 93.000 Klassen Roma die Mehrheit innehatten.

¹⁹⁰ Mihok 1999, 162-163.

¹⁹¹ World Health Organisation 1996, 2.

¹⁹² Kemény 2004, 86-89.

¹⁹³ Interview von János Zsolnay mit Viktória Mohácsy.

¹⁹⁴ Kemény 1976, 42.

Tabelle 16 – Anteil von Roma-Schülern in Schulklassen nach Lage der Schule (in Prozent) (2003)¹⁹⁵

Klassenzusammensetzung	Dorf	Stadt	Budapest	insgesamt
ausschließlich Roma-Kinder	1,9	3,6	7,7	3,4
mehrheitlich Roma-Kinder	6,0	10,4	14,2	9,1
gemischt	60,7	54,0	32,5	53,9
mehrheitlich Nicht-Roma	31,1	30,5	44,4	32,5
nicht bekannt	0,4	1,5	1,2	1,0
insgesamt	100	100	100	100

Mitverantwortlich für diesen segregativen Vorgang sind neben der Schulleitung und Lehrern auch viele Nicht-Roma Eltern. Denn ihre Sorge, dass die Unterrichtsqualität mit steigendem Roma-Anteil in den Klassen und Schulen sinken könnte und/oder Vorurteile veranlassen viele, ihre Kinder vornehmlich in jene Schulen zu geben, die von weniger Roma besucht werden. So wird indirekt Druck auf die Schulleitung ausgeübt, was zur oben beschriebenen Segregationspraxis führt.

V.III Die Roma-Politik nach dem Systemwechsel

V.III.I Legislaturperiode Viktor Orbán 1998-2002

Durch die Niederlage des amtierenden Ministerpräsidenten Gyula Horn und seiner Koalition bei den Parlamentswahlen im Jahre 1998 änderte sich die Zusammensetzung der Regierung von MSzP und SzDSz zu Fidesz, FKGP und MDF, was zur Überarbeitung des 1997 beschlossenen mittelfristigen Programms führte. Das neue Dekret 1047/1999¹⁹⁶ enthielt einige Veränderungen:¹⁹⁷ Innerhalb der Bildungspolitik sollte die Absenz von Schülern vor allem in der Primärstufe und die hohe Drop-Out-Rate reduziert werden. Der Ausbau von Stipendien und Wohnheimen sollte möglichst vielen Roma den Zugang zu höherer Bildung ermöglichen. Weiters sollten Programme gegen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit besonders gefördert, in besonders benachteiligten Regionen die gemeinnützige Arbeit ausgebaut und mit der Regionalentwicklung koordiniert werden.¹⁹⁸ Zur Umsetzung dieser Ziele wurde im Regierungsbeschluss 1048/1999 der Koordinationsrat für Roma Angelegenheiten durch das Interministerielle Komitee für Roma-Angelegenheiten (Cigányügyi Tárcaközi Bizottság) ersetzt. Behörden mit bundesweiten Kompetenzen, Vertreter von Roma-Organisationen, die Vorsitzenden der

¹⁹⁵ Kemény 2004, 86.

¹⁹⁶ Regierungsbeschluss 1047/1999. (V.5.): Mittelfristiges Programm zur Verbesserung der Lebensumstände und gesellschaftlichen Situation der Roma – A Kormány 1047/1999. (V.5.) Korm. Határozata a cigányság életkörülményeinek és társadalmi helyzetének javítására irányuló középtávú intézkedéscsomagról.

¹⁹⁷ Kállai 2005, 313.

¹⁹⁸ Regierungsbeschluss 1047/1999 (V.5).

Komitatshauptversammlung, sowie Experten konnten auf Einladung am Komitee teilnehmen und verfügten über das Recht auf Konsultation. Das Komitee tagte viermal im Jahr auf Staatssekretärebene.¹⁹⁹ 2007 wurden das Interministerielle Komitee für Roma-Angelegenheiten sowie der Koordinationsrat für Roma-Angelegenheiten aufgelassen und ihre Aufgaben dem Roma-Integrationsrat (Roma Integrációs Tanács) übertragen.²⁰⁰

Ein besonders wichtiges Ereignis innerhalb der Legislaturperiode von Viktor Orbán war die 2002 erfolgte Gründung des europaweit einzigartigen Gandhi Gymnasiums²⁰¹ in Pécs, der fünftgrößten Stadt Ungarns. Es wird von Roma für Roma betrieben (wobei auch Nicht-Roma zugelassen sind). Seine Zielsetzung liegt darin, möglichst vielen Roma eine höhere Schulbildung zu ermöglichen, weshalb auch Erwachsenenbildung angeboten wird.²⁰² Weiters soll das Gandhi Gymnasium als Vorbild für andere Roma-Schulen dienen und eine Elite innerhalb der Roma aufbauen.²⁰³

Die Regierung wollte außerdem durch die Vergabe von Stipendien an Roma-Schüler die Bildungssituation verbessern, so bekamen im Zeitraum 2001/02 12.777 Roma Stipendien.²⁰⁴

V.III.II Legislaturperioden 2002 – 2004 Péter Medgyessy und 2004 – 2006 Ferenc Gyurcsány

Die bürgerlich-konservative Koalition Fidesz-FKGP-MDF erlitt bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 eine Niederlage und die MSzP schloss mit ihrem parteilosen Spitzenkandidaten Péter Medgyessy zum zweiten Mal eine sozial-liberale Koalition mit ihrem früheren Partner SzDSz. Ihr gemeinsames Koalitionsprogramm „*Cselekedni, most és mindenkiért! 2002-2006*“ („Handeln, jetzt und für alle!“) enthielt mehrere ehrgeizige Ziele. Es führte die miserable Lage vieler Roma auf den dramatischen sozialen Wandel zurück und kündigte daher ein weit reichendes Programm gegen Armut an, sowie neue Gesetze und Sanktionen gegen Diskriminierung. Isolierte und segregierte Roma-Siedlungen sollten aufgelöst, humane Lebensbedingungen geschaffen und die Mobilität ihrer Bewohner verstärkt werden. Chancengleichheit für Kinder sollte durch Ausbildung spezieller Roma-Fachkräfte bereits im vorschulischen Bereich gefördert, regelmäßiger

¹⁹⁹ Regierungsbeschluss 1048/1999 (V.5) über die Gründung des Interministeriellen Komitees für Roma Angelegenheiten – A Kormány Határozata 1048/1999 (V.5) Korm. Határozata: A Cigányügyi Tárcaközi Bizottság létrehozásáról.

²⁰⁰ Népszabadság online 12.01.2009.

²⁰¹ Gandhi Közalapítványi Gimnázium és Kollégium. Webseite: <http://gandhi.dravanet.hu/regi/>

²⁰² Gandhi Gymnasium – Erwachsenenbildung.

²⁰³ Trehan 1996, 142.

²⁰⁴ Kállai 2005, 314-315.

Schulbesuch gewährleistet und Bildungssegregation verhindert werden. Stipendien und Förderprogramme sollten für talentierte Roma-Schüler bereitgestellt und Roma-Eltern der Wert von Bildung besser vermittelt werden. Das Regierungsprogramm sah außerdem die Förderung von Klassen und Schulen vor, welche die Kultur der Roma unterrichten. Erwachsenenbildung und Förderprogramme sollten die Chancen der Roma am Arbeitsmarkt steigern und sie auch für „höhere“ Arbeiten qualifizieren.²⁰⁵ Weiters wurde jedem Roma-Kind ein Platz im Kindergarten garantiert. Darüber hinaus sollte die Anzahl an Lehrkräften mit Roma-Abstammung maximiert, sowie spezielle Kurse für den Umgang mit Roma-Schülern in die Lehrerausbildung integriert werden.²⁰⁶

Die umfangreichen Pläne machten etliche Umformungen auf struktureller Ebene notwendig. Der Koordinationsrat für Roma-Angelegenheiten wurde wieder ins Leben gerufen und als beratendes Organ für die Roma-Politik in das Büro des Premierministers eingegliedert. Darüber hinaus wurde ein Staatssekretariat für Roma-Angelegenheiten eingeführt, da die Roma-Belange von den allgemeinen Minderheitenfragen getrennt und dem neuen Staatssekretär László Teleki überantwortet wurden. Erstmals in der ungarischen Geschichte wurde eine Person mit Roma-Abstammung in ein so hohes Amt befördert. Das Bildungsministerium und das Ministerium für Beschäftigungspolitik und Arbeit ernannten jeweils einen Ministerialkommissar für Roma-Angelegenheiten. In den anderen Ministerien wurden Roma-Beauftragte bestellt. Staatssekretär Teleki, der für die Roma-Politik der Regierung verantwortlich war, sollte im Zusammenspiel mit den Ministerialkommissaren und Roma-Beauftragten die Roma-Programme zwischen den Ministerien koordinieren. In der Praxis scheiterte dieses Vorhaben jedoch, denn einerseits zogen sich die Bestellverfahren für die Roma-Beauftragten oftmals in die Länge, andererseits waren sie als Beamte dem Ministerium angehörig und daher nicht dem Staatssekretär sondern dem eigenen Ministerium verantwortlich. Dies führte zu Kompetenzproblemen, denn Teleki hatte ihnen gegenüber kein Weisungsrecht. Oftmals wurden junge, unerfahrene Roma für die Position der Roma-Beauftragten ausgewählt. Mangels Erfahrung im Umgang mit der Administration konnten sie ihre Ideen nur sehr beschränkt einbringen und verkamen schnell zu stillen Beobachtern. Einzig die romastämmige Viktória Mohácsi, die von der SzDSz für den Posten des Ministerialkommissars für die Integration von Roma und benachteiligten Kindern

²⁰⁵ Regierungsprogramm Péter Medgyessy Kapitel: Soziales.

²⁰⁶ Regierungsprogramm Péter Medgyessy Kapitel: Bildung.

nominiert wurde, stellte eine Ausnahme dar.²⁰⁷ Sie setzte sich die Bekämpfung der Bildungssegregation als Hauptziel fest und war maßgeblich an der Ausarbeitung von Integrationsprogrammen beteiligt.²⁰⁸ So sollte die Bildungssegregation zum Beispiel durch Einführung der Integrationspauschale zusätzlich bekämpft werden.²⁰⁹ Das Budget ungarischer Schulen besteht hauptsächlich aus Pro-Kopf-Pauschalen. Ab dem Schuljahr 2003/04 führte das Bildungsministerium zusätzlich zu den bereits bestehenden Pauschalen für Roma-Minderheiten, für Beás- oder Romanes-Sprachunterricht, sowie für Talentförderung die Integrationspauschale ein. Sie sollte einen Anreiz für den gemeinsamen Unterricht von Kindern aus allen Schichten bzw. kulturellen Hintergründen geben und den Unterricht qualitativ verbessern. Viktória Mohácsi bezifferte die Anzahl der Schulen, welche die Integrationspauschale in Anspruch nahmen, im Dezember 2003 auf 329. Durch die Inanspruchnahme verpflichteten sich jene Schulen zur Auflösung aller segregierten Klassen bis 2008/09.²¹⁰ Nichtsdestotrotz ist die Anzahl der segregierten Roma-Klassen immer noch besorgniserregend hoch. So gab es laut Bildungsministerium 2003 mehr als 700 Roma-Klassen in regulären Volksschulen.²¹¹

Das Staatssekretariat überarbeitete die von der Vorgängerregierung beschlossene Regierungsresolution No. 1047/1999 (V.5.) und erstellte einen neuen Aktionsplan mit folgenden Schwerpunkten:

- **Gleichheit vor dem Gesetz:** Dieser Schwerpunkt beinhaltete die Ausarbeitung neuer Antidiskriminierungsgesetze sowie effektivere Gesetze im Kampf gegen Verbrechen mit rassistischen Motiven, Modernisierung des Wahlsystems und -vorgangs und Überarbeitung des Minderheitengesetzes.
- Mittels **Modellprogrammen** für den Aufbau von marginalisierten Regionen, Ausbau von Gesundheits- und Sozialleistungen, Beseitigung der Slums und Unterstützung für Firmen, die den Menschen das Überleben sichern, sollte die Lebensqualität verbessert werden.
- Im **Bildungsbereich** sollte der Segregation ein Ende gesetzt werden, ein breiterer Zugang zur vorschulischen Bildung bzw. die notwendigen Ressourcen für den Schulbesuch zur Verfügung gestellt sowie Jugendliche, die ihre Schullaufbahn vorzeitig beendet hatten, wieder ins System reintegriert werden.

²⁰⁷ Kállai 2005, 321-324.

²⁰⁸ European Roma Rights Centre – Hungary Appoints Ministerial Commissioner for the Integration of Roma and Disadvantaged Children.

²⁰⁹ Kállai 2005, 321.

²¹⁰ Interview von János Zsolnay mit Viktória Mohácsi.

²¹¹ Oktatási és Kulturális Minisztérium 14.02.2003.

- In der **Beschäftigungspolitik** standen die langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Reintegration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt im Vordergrund.
- **Kulturfonds** sollten die Identität und Kultur der Roma sowie den internationalen Austausch fördern.
- Vorurteile der Bevölkerung gegenüber den Roma sollten bekämpft und durch Berichterstattung in den Medien sollte die **Toleranz** der Bevölkerung erhöht werden.²¹²

Doch bereits 2003 fand der politische Elan langsam ein Ende und auch die vier romastämmigen Parlamentarier konnten den Problemen der Roma nicht die notwendige Aufmerksamkeit verschaffen. Der Koordinationsrat für Roma-Angelegenheiten, ursprünglich als beratendes Organ gedacht, verkam mit der Zeit zunehmend zu einer Formalität. Auch im Staatssekretariat kam es zu Kompetenzproblemen: Dem Staatssekretär für Roma-Angelegenheiten wurde ein eigenes Büro innerhalb des Premierministerbüros zugeteilt. Die Verantwortung lag aber bei drei Personen: Elemér Kiss, Leiter des Premierministerbüros, Judit Berki, stellvertretende Staatssekretärin, und Staatssekretär László Teleki, dessen Position nicht klar definiert wurde. Welcher der drei die Führung übernehmen sollte, wurde nie geklärt. Darüber hinaus wurde die Autorität des Büros untergraben, da die Ministerien wieder selbst über ihre Roma-Programme bestimmen wollten. Innerhalb der Regierung setzte sich allmählich die Sichtweise durch, dass eigene Programme für Roma zu Segregation und Isolierung führten. Im Mai 2003 wurde Katalin Lévai zur ressortlosen Ministerin für Gleichberechtigung ernannt.²¹³ Sie vertrat den Standpunkt, dass die Probleme der Roma gleichzeitig mit anderen benachteiligten Gruppen, wie beispielsweise Frauen, alten oder behinderten Menschen, jeweils im Rahmen einer Gleichbehandlungspolitik behandelt werden sollten. Das Büro für Roma-Angelegenheiten wurde zu einem Direktorat innerhalb des neu geschaffenen Regierungsbüros für Chancengleichheit degradiert, womit eine wichtige Stimme für die Sache der Roma verstummte. So verblieb László Teleki in einem noch größeren Machtvakuum und Judit Berki zog für sich die Konsequenzen und trat zurück.

Lévais Ansatz ist höchst problematisch, da die Probleme der verschiedenen benachteiligten Gruppen sehr divers sind und daher unterschiedliche Lösungsansätze erfordern. Durch die Vermischung entstanden bei der Verteilung der Geldmittel neue Konkurrenzsituationen.

²¹² Kállai 2005, 321-323.

²¹³ Kállai 2005, 323-326.

Die schwerwiegende Lage vieler Roma macht eigens auf sie zugeschnittene Programme notwendig.

Bei der EP-Wahl im Juni 2004 kandidierte Katalin Lévai als Listenerste der MSzP und zog daraufhin ins Europäische Parlament ein. Das schlechte Abschneiden der MSzP (34,3 Prozent) gegenüber Fidesz (47,4 Prozent) schwächte Péter Medgyessys Position als Premierminister. Als er kurz darauf den Verkehrs- und Wirtschaftsminister István Csillag (SzDSz) mit Korruptionsvorwürfen konfrontierte und ihn entlassen wollte, entzog ihm sein Koalitionspartner die Unterstützung. Medgyessy kam einem Misstrauensvotum im Parlament zuvor, indem er sein Amt im September 2004 niederlegte. Ferenc Gyurcsány, der damalige Kinder-, Jugend- und Sportminister, folgte ihm nach. Das Direktorat für Roma-Angelegenheiten wurde nach der Umstrukturierung der Regierung in eine Abteilung des neu geschaffenen Ministeriums für Jugend, Familie, Soziales und Gleichberechtigung umgewandelt.²¹⁴ Gyurcsánys neues Regierungsprogramm „*Lendületben az ország!*“ („Ungarn – ein Land im Aufschwung!“) beinhaltete wenig Konkretes zur Roma-Problematik. In dem rund eine halbe Seite kurzen Kapitel „Chancengleichheit für Roma“ wurde die Fortsetzung der Bemühungen für Integration und Gleichberechtigung angekündigt. Drei Maßnahmen wurden konkret erwähnt. Erstens wurde an den seit 2003 bestehen Integrationspauschalen weiter festgehalten, um Segregation zu verhindern und einen gemeinsamen Unterricht von Roma und Nicht-Roma zu erreichen. Das zweite Programm „*Utolsó-Padból*“ („Heraus aus der letzten Bank“) sollte all jene Kinder, die zu Unrecht in Sonderschulen abgeschoben wurden, wieder in die normale Schule reintegrieren. Und das „*Tolerancia az egészségért program*“ („Programm für Toleranz und Gesundheit“) hatte das Ziel, Diskriminierungen im Gesundheitssystem zu bekämpfen.²¹⁵

Bei den Parlamentswahlen 2006 wurde erstmalig in der kurzen Geschichte der dritten ungarischen Republik eine Regierung im Amt bestätigt. Das neue Koalitionsprogramm enthielt deutlich mehr über die Belange der Roma als das vorangegangene. So sollte die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Roma endlich erreicht werden. Daher sollten die Gleichbehandlungsbehörde, welche Diskriminierungsfälle untersucht, sowie alle anderen auf diesem Feld tätigen Organisationen gestärkt werden. Um Diskriminierungen in Polizei und Justiz zu verhindern, sollten verstärkt Personen mit Roma-Herkunft aufgenommen und Sensibilisierungsprogramme für das Führungspersonal geschaffen werden. Aber auch für

²¹⁴ Kállai 2005, 325-328.

²¹⁵ Regierungsprogramm Gyurcsány I, 20.

Pädagogen, Beamte aus der Staats- und Lokalverwaltung sowie aus dem Gesundheitsbereich sollten ähnliche Fortbildungsprogramme ins Leben gerufen werden.

Das Regierungsprogramm beschrieb die gegenwärtige Situation der Roma und teilte sie in zwei Gruppen ein: Ein Drittel aller Roma waren in mehrfacher Hinsicht marginalisiert. Sie lebten segregiert in abgelegenen Kleingemeinden oder heruntergekommen Stadtviertel. Daher waren für jene vornehmlich Programme zur Aus- und Weiterbildung sowie zur Pflege der kulturellen Identität vorgesehen, die in Gemeinschaftsentwicklungs- und Integrationsprogrammen eingebettet waren. Weiters sollten Roma bei Entwicklungsprogrammen für benachteiligte Regionen berücksichtigt werden. Bei den restlichen zwei Drittel sah die Regierung ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen Diskriminierung und Vorurteile.²¹⁶ Das Regierungsprogramm enthielt auch Absichtserklärungen. Die Qualität der Bildung sollte verbessert und das Ausbildungsniveau der Roma angehoben werden. Dies sollte durch vermehrten und regelmäßigen Kindergartenbesuch der Roma-Kinder, qualitativ bessere und nicht-segregierte Schulen sowie Erwachsenenbildung erreicht werden. Die Lage der Roma am Arbeitsmarkt sollte durch Förderungen verbessert und die verpflichtende gemeinnützige Arbeit für Arbeitslose nicht nur auf physische Tätigkeiten beschränkt werden.

Das Koalitionsprogramm sah außerdem ein kulturelles, soziales und wirtschaftliches Entwicklungsprogramm für 25 benachteiligte Kleinregionen vor, in denen großteils Roma leben. Weiters wurden Programme für die Verbesserung der Wohn- und sozialen Situation der Roma, sowie Institutionen zur Pflege der Roma-Kultur und -Identität gefördert.²¹⁷

V.III.III Bildungspolitische Maßnahmen nach 2002

2002 verabschiedete die sozial-liberale Koalition mit dem „100-Schritte-Programm“ („100 lépés program“) ein Sozialprogramm, innerhalb dessen sich das Programm „7 Schritte für eine gerechte und moderne Schule“ („7 lépés az igazságos és modern iskolákért“) mit der Reform des Bildungssystems auseinandersetzte. Für die Roma-Minderheit war das Programm besonders wichtig, da es der Bildungsmisere der Roma entgegenwirken sollte. Um Chancengleichheit zu erreichen, werden die Schulen angehalten, Schüler aus dem eigenen Schulbezirk aufzunehmen und frei gebliebene Plätze nicht wie früher nach Gutdünken zu vergeben, sondern benachteiligte Kinder aus dem eigenen Bezirk aufzunehmen. Im Punkt „Chancengleichheit für eine gute Ausbildung“ („Egyenlő esélyt a

²¹⁶ Regierungsprogramm Gyurcsány II, 81-82.

²¹⁷ Regierungsprogramm Gyurcsány II, 83-84.

jó oktatásra“) wird die Devise ausgegeben, dass die Größe einer Siedlung nicht die Qualität der Bildung determinieren soll. Daher soll jedes Kleingebiet über einen Kindergarten verfügen und Schulen in Kleingebieten weiter gefördert und modernisiert werden. Eine neue, 12-stufige Mittelschule soll ebenfalls in Kleingebieten eingeführt werden und der höhere Bildungsweg mittels eines Schulbussystems ermöglicht werden.²¹⁸ Dass Schulen modernisiert werden, ist elementar für eine zeitgemäße und erfolgreiche Ausbildung. Problematisch ist aber, dass eine Modernisierung nur die Rahmenbedingungen des Unterrichts verändert kann, aber nicht das Problem der Segregation bekämpft. Auch wenn Schulbusse den Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen ermöglichen, ist die Qualität der Primärbildung entscheidend. Ob segregierte Schulen ihren Schülern eine gleichwertige Bildung wie nicht-segregierte Schulen bieten können, ist zu bezweifeln. Um diesem Problem entgegenzuwirken, beschloss die ungarische Regierung erst 2007 die Schulbezirksgrenzen zu ändern (worauf später noch eingegangen wird).

Das Nationale Netzwerk für Integration im Bildungsbereich (Országos Oktatási Integrációs Hálózat) wurde im August 2002 auf Betreiben des Bildungsministeriums gegründet, um gesellschaftlich benachteiligte (und Roma-) Kinder ins Bildungssystem zu integrieren. Das Netzwerk unterstützt diese Bemühungen in allen teilnehmenden Schulen.

Mit dem Schuljahr 2003/04 wurde das „Programm für integrative Bildung“ („Integrációs felkészítés“) ins Leben gerufen, welches die Integration benachteiligter Kinder fördern sollte. Laut Bildungsministerium wurden benachteiligte Kinder folgendermaßen definiert: Der Ausbildungsgrad der Eltern darf über das Grundschulniveau nicht hinausgehen und sie müssen zusätzlich zur regulären Familienbeihilfe die ergänzende Familienbeihilfe (kiegészítő családi pótlék) beziehen. Alternativ kann die „Bedürftigkeit“ auch von einem Schuldirektor festgestellt werden. Schulen können selbst über die Partizipation am „Programm für integrative Bildung“ entscheiden. Alle Teilnehmer verpflichten sich, benachteiligte und nicht-benachteiligte Schüler in der ersten, fünften und neunten Schulstufe in gemeinsamen Klassen zu unterrichten.

Das „Programm für integrative Bildung“ ist an drei Zielgruppen gerichtet:

- Es ist für jene Gemeinden attraktiv, in denen seit jeher Kinder aus verschiedenen Schichten gemeinsam unterrichtet wurden.
- In Dörfern, deren Schulen bisher von besser situierten Schülern stark gemieden wurden, soll es die Schulen attraktiver machen und die Schulmigration bis 2008 erfolgreich reduzieren.

²¹⁸ Oktatási és Kulturális Minisztérium 31.08.2005.

- Großgemeinden bzw. Städte verfügen wegen ihrer höheren Einwohnerzahl über mehrere Schulen. In der Vergangenheit haben sich oft „bessere“ und „schlechtere“ Schulen herausgebildet. In letzteren soll die Attraktivität und Qualität der Ausbildung gesteigert und so auch Kinder aus höheren Schichten angezogen werden. Die Förderung kann daher auch schon in Anspruch genommen werden, wenn das Bildungsangebot zwar verbessert, aber noch keine Schüler aus besseren Verhältnissen angelockt werden konnten.

Das Programm sieht des Weiteren die Änderung der Schulbezirksgrenzen vor. Dies soll die stärkere Durchmischung der Schichten gewährleisten. Im Zuge dessen wurde eine zusätzliche finanzielle Förderung zur Integrationsvorbereitung (*integrációs felkészítés*) in Höhe von 34.000 Ft pro Kopf (Stand: 2003) beschlossen. Zusätzliche Mittel wurde von Seiten der Europäischen Union im Rahmen des Phare-Programms zur Verfügung gestellt.²¹⁹ 2003 nahmen 8.800 Roma-Schüler an integrierter Ausbildung teil, 2004 stieg die Zahl auf 16.300.²²⁰

Wie bereits dargestellt wurde, ist die Zahl der als geistig behindert eingestuften Kinder in Ungarn mit 5,3 Prozent wesentlich höher als in der Europäischen Union (rund 2,5 Prozent). 2002 waren in Ungarn rund 49.000 Schüler als geistig behindert eingestuft. Innerhalb dieser Gruppe nahmen Roma einen überproportional hohen Anteil ein. Laut der letzten offiziellen Feststellung waren 1993 rund 42 Prozent der geistig behinderten Kinder Roma. Da aber noch im gleichen Jahr die Erfassung des Minderheitenstatus im Minderheitengesetz LXXVII verboten wurde, liegen seither keine aktuelleren Zahlen mehr vor. Offizielle Stellen gehen aber davon aus, dass sich diese erschreckend hohe Zahl nicht zum Positiven verändert hat. Viele Kinder (vor allem Roma) wurden zu Unrecht als geistig behindert eingestuft und in Sonderschulen abgeschoben. Experten gingen davon aus, dass rund 10 Prozent aller Kinder in Sonderschulen davon betroffen waren. Um jene wieder in den regulären Schulbetrieb zu integrieren, wurde 2004 das Programm „Heraus aus der letzten Bank“ („*Utolsó-Padból*“) ins Leben gerufen. Unabhängige Experten untersuchten 2.083 Kinder in Sonderschulen, von denen sie anschließend 222 wieder in reguläre Schulen zurückschickten. 48 Eltern beeinspruchten allerdings diese Entscheidung und bestanden darauf, dass ihr Kind weiterhin die Sonderschule besucht. Ein weiterer Punkt des Programms sieht vor, dass sämtliche Kinder, die in der ersten oder zweiten Klasse von

²¹⁹ Oktatási és Kulturális Minisztérium 14.02.2003.

²²⁰ Open Society Institute 2007, 226.

ihren Schulen als geistig behindert eingestuft werden, nochmals überprüft werden, um eine nicht gerechtfertigte Überstellung in Sonderschulen zu erschweren.²²¹

Der Reintegrationsprozess in den regulären Schulbetrieb wird vom Nationalen Netzwerk für Integration im Bildungsbereich²²² (Országos Oktatási Integrációs Hálózat) unterstützt. Seine Aufgabenbereiche liegen außerdem in der Förderung von Weiterbildung für Pädagogen, welche für reintegrierte Schüler zuständig sind, sowie im Anbieten von Expertenhilfe und Vergabe der Integrations-Pauschale. Jene war 2003 mit 51.000 Forint pro Schüler dotiert und sollte Schulen einen Anreiz bieten, Schüler, die aus der Sonderschule zurückkamen, aufzunehmen. Zusätzlich erhielten jene Schulen für die Dauer von zwei Jahren 70 Prozent der sogenannten „Behinderten-Pauschale“.²²³

Nach der Ablöse von Ministerpräsident Péter Medgyessy durch Ferenc Gyurcsány fand keine wesentliche Änderung in der ungarischen Bildungspolitik statt. Im September 2005 wurde das System der Bildungsstipendien mittels des sogenannten „Reiseproviand-Programms“ („Útravaló“) reformiert. Es enthielt vier Schwerpunkte:

- **Weg zur Sekundarbildung:** 8.000 Schüler der 7. und 8. Klasse sowie ihre „Mentoren“ (Pädagogen) erhalten diese Förderung. Damit soll gewährleistet werden, dass möglichst viele ihren Schulweg in weiterführenden Schulen fortsetzen. Das Stipendium ist mit monatlich 3.500 Ft pro Student bzw. 4.000 Ft für Mentoren dotiert. Mentoren erhalten zusätzlich Prämien, wenn ihre Schüler die 7. Klasse positiv abschließen und ihre Bildungslaufbahn fortsetzen oder nach Absolvierung der 8. Klasse und Fortsetzung der Schullaufbahn in der Sekundarstufe.
- **Weg zur Reifeprüfung:** Dieses Programm umfasst ebenfalls 8.000 Schüler der 9. bis 12. Schulstufe und ihre Mentoren. Die Stipendien für Schüler betragen 4.500 Ft und für Mentoren 4.000 Ft pro Monat. Auch in diesem Programm gibt es für Mentoren Erfolgsprämien (positiver Abschluss einer Schulstufe bzw. Bestehung der Reifeprüfung).
- **Weg zum Beruf:** Dieses Stipendium soll die Ausbildung jener Berufssparten fördern, in denen es einen Bedarf an Arbeitskräften gibt. Die Förderungen werden

²²¹ A nemzeti és etnikai kisebbségi jogok országgyűlési biztosa 29.04.2008.

²²² Dem Netzwerk gehören Institutionen, wie Kindergärten, Volksschulen, soziale Organisationen sowie Roma-Mindeheitenverwaltungen an. Regionale Koordinatoren unterstützen die Schulen bei der Reintegration der Schüler.

²²³ Oktatási és Kulturális Minisztérium 08.03.2004.

2.000 Studenten bzw. ihren Mentoren (sie bekommen jeweils 4.000 Ft pro Monat) in Fach- und Berufsbildenden Schulen zuteil. Auch hier gibt es Erfolgsprämien.

- **Weg zur Wissenschaft:** Dieses Programm fördert einzelne Projekte (ein forschender Lehrer und 1-5 Schülern aus der Oberstufe) innerhalb mathematischer, naturwissenschaftlicher oder technischer Disziplinen mit maximal 400.000 Ft pro Projekt.²²⁴

2005 wurden rund 20.000 Studenten und 7.700 Mentoren Förderungen zuteil. Doch bereits im nächsten Jahr sank die Zahl auf 18.700. Offiziell begründet wurde dieser Umstand mit der Tatsache, dass ein Teil der Studenten nicht mehr die notwendigen Kriterien erfüllen würde oder ihre Mentoren sich nicht mehr über ihre Beteiligung am Programm geäußert hätten.²²⁵

Das Útravaló-Programm scheint keinen Anlass zu schwerwiegender Kritik zu geben. Es ist allerdings nicht messbar, wie sehr Roma auch tatsächlich von diesem Programm profitieren, da die Feststellung des Minderheitenstatus verboten ist. Daher müssen zur Evaluation des Programms wissenschaftliche Studien einzelner Schulen herangezogen werden.

Wenn die ungarische Regierung die gegenwärtige Bildungssituation der Roma verbessern will, dann müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um verlässliche Daten über die Auswirkung jener Programme auf Roma-Schüler erstellen zu können. Erst so kann die Wirksamkeit der Integrationsprogramme geprüft bzw. gegebenenfalls effektiv nachjustiert werden. Äußerst wichtig ist aber, dass diese gesetzliche Neuerung nicht zum Nachteil jener wird, für die sie eigentlich gemacht wird.

Ab 2006 wurden auf Basis des 100-Schritte-Programms Stipendienprogramme für benachteiligte Schüler im primären, sekundären und tertiären Bildungsbereich eingeführt. Ein weiterer Reformpunkt des 100-Schritte-Programms war die Einführung von Vorbereitungsklassen, welche für Schüler ohne Schulabschluss vorgesehen sind und nach deren Absolvierung sie weiterführende Berufsschulen besuchen können. Bereits 2002 war der Förderunterricht an Schulen neu geregelt worden. So durfte er nicht mehr in segregierter Form abgehalten werden und sollte benachteiligten Kindern den Anschluss ermöglichen.²²⁶

²²⁴ Oktatási és Kulturális Minisztérium 23.02.2005.

²²⁵ Open Society Institute 2007, 227.

²²⁶ Open Society Institute 2007, 223.

Die ungarische Regierung förderte aber auch außerschulische Weiterbildung: Viele NGOs betreiben seit längerer Zeit Bildungshäuser (tanoda) für Roma, in welchen sich Roma-Schüler nach der Schule weiterbilden können. Seit 2004 fördert auch der ungarische Staat diese Bestrebungen, so soll die Zahl der Schulabbrecher in der Elementar- und Sekundarstufe reduziert werden. 2006 gab es in Ungarn 50 solcher Institutionen.²²⁷

Schulen legten in der Vergangenheit oftmals eine diskriminierende Handlungsweise bei der Auswahl ihrer Schüler zu Tage. Schulen waren zwar angehalten, Schüler aus dem eigenen Schulbezirk aufzunehmen, doch frei gebliebene Plätze konnten nach eigenem Gutdünken mit Schülern aus anderen Schulbezirken besetzt werden. Daher wurden oft Kinder von Roma und/oder aus benachteiligten Verhältnissen nicht aufgenommen, wodurch sich „bessere“ (kaum/keine Schüler aus benachteiligten Verhältnissen) bzw. „schlechtere“ Schulen (in oder in der Nähe von Armenvierteln, Roma-Siedlungen) herausbildeten. Erst 2007 wurde auf diese segregierende Praxis reagiert. Die Schulbezirksgrenzen sollten so modifiziert werden, dass der Anteil an benachteiligten Schülern nicht mehr als 25 Prozent beträgt. Zusätzlich wurden Schulen verpflichtet, nach der Platzvergabe im jeweiligen Schulbezirk frei gebliebene Plätze bevorzugt an benachteiligte und lernbehinderte Kinder zu vergeben.²²⁸ Es bleibt abzuwarten, wie sich die Aufnahmepolitik der Schulen aufgrund der neuen gesetzlichen Bestimmung verändern wird.

Die Schulpflicht kann in Ungarn entweder in einer Schule oder als Privatschüler (magántanuló) erfüllt werden. Der Gesetzgeber schrieb im Unterrichtsgesetz LXXIX (1993. évi LXXIX. törvény a közoktatásról) fest, dass Schüler vom Schulbesuch ausgeschlossen werden können und die Schulpflicht als Privatschüler erfüllen müssen, wenn die Erziehung oder Lernschwächen bzw. Verhaltensauffälligkeiten des Kindes dies erfordern. Viele Pädagogen neigen dazu, das destruktive Verhalten vieler Roma-Kindern ab der 6. oder 7. Schulstufe fälschlicherweise auf ethnische Faktoren zurückzuführen. Hierbei wird aber missachtet, dass das Erwachsenwerden bei Kindern aus armen Subkulturen früher einsetzt. Andererseits beginnen viele Roma ihre Schullaufbahn erst verspätet und wiederholen häufiger Schulstufen. Sie befinden sich daher im Gegensatz zu ihren Mitschülern oftmals schon in der Pubertät. In der Vergangenheit wurden daher viele sogenannte „Problem-Kinder“ vom Unterricht ausgeschlossen, was heute aufgrund der

²²⁷ Open Society Institute 2007, 227.

²²⁸ European Roma Rights Centre 2007, 40.

gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr möglich ist. Aber auch mangelnder Respekt im Umgang mit Lehrkörper und Mitschülern sind dafür verantwortlich, dass Schüler ausgeschlossen werden. Ein regelmäßiger Besuch der Schulvorbereitung im Kindergarten wäre zur Vermeidung dieses Problems besonders zuträglich. Viele Schulen üben außerdem Druck auf die Eltern von „Problem-Kindern“ aus, damit jene ihre Kinder zu Privatschülern ummelden. Die Schulen sind dazu verpflichtet, die Privatschüler bis zum Ende ihrer Schulpflicht zu unterstützen. So können sie separaten Unterricht (bis zu 10 Stunden pro Woche) anbieten. Des Weiteren müssen die Schulen am Ende jedes Semesters Prüfungen für die Privatschüler abhalten. In der Praxis fällt das erworbene Wissen aber großteils äußerst bescheiden aus. Die Chancen, dass Privatschüler ihren Bildungsweg in weiterführenden Schulen fortsetzen, sind äußerst gering.²²⁹ Das Bildungsministerium hat zwar angekündigt die gesetzlichen Bestimmungen aufgrund dieser Problematik zu verändern, allerdings konnte nicht festgestellt werden, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden sollen.²³⁰

V.III.IV Die Roma Dekade

Die „Dekade zur Inklusion der Roma 2005-2015“ (kurz auch Roma-Dekade genannt) geht auf die Initiative zwölf europäischer Länder (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Tschechien und Ungarn) zurück. Ihre Zielsetzung liegt in der Verbesserung des sozioökonomischen Status sowie in der gesellschaftlichen Integration der Roma.

Am 30. Juni 2003 fand in Ungarn eine Konferenz mit dem Themenfeld „Roma in an Expanding Europe: Challenges for the Future“ statt, bei der die Idee einer Roma-Dekade zur Integration der Roma entstand. An der Konferenz waren das Open Society Institute, die Weltbank, die Europäische Union, führende Roma-Vertreter, sowie hohe Repräsentanten von acht Mittel- und Osteuropäischen Ländern, welche jeweils über große Roma-Minderheiten verfügen, beteiligt. Schwerpunkte der Diskussion waren Beschäftigung, Bildung, Diskriminierung, Gesundheit, Roma-Frauen und Wohnverhältnisse. Zwei Jahre später wurde am 2. Februar 2005 der Beginn der Roma-Dekade eingeläutet. Jedes der teilnehmenden Länder sollte einen nationalen Aktionsplan entwickeln – mit Ausnahme Rumäniens sind alle Staaten dieser Vorgabe nachgekommen. In Ungarn wurde der Plan vom ungarischen Parlament in Resolution Nr. 68/2007 (VI. 28.) umgesetzt. Unterstützt

²²⁹ Havas 2001, 29-33.

²³⁰ Open Society Institute 2007, 222.

werden die nationalen Programme von Weltbank, Open Society Institute, UNDP und Europarat, aber auch vom European Roma Information Office, European Roma and Traveller Forum und dem European Roma Rights Centre. Jedes der teilnehmenden Länder übernimmt für die Dauer eines Jahres die Präsidentschaft. Ungarn hatte sie von 2007 bis 2008 inne. Zur Erreichung der ambitionierten Ziele wurde der Roma Education Fund (REF – Roma Oktatási Alap) gegründet. Er vergibt nicht nur Stipendien an Schüler und Studenten, sondern fördert auch die Weiterbildung von Lehrkräften, Verbesserung des Unterrichts, etc.²³¹

Die parlamentarische Resolution 68/2007 beinhaltet etliche Pläne zur Verbesserung der Bildungssituation der Roma. Die Zielsetzungen liegen in Erreichung von Chancengleichheit im Bildungsbereich von Roma-Kindern, Verhinderung von Segregation sowie von negativer, sozialer und institutioneller Selektion. Um diese Ziele zu erreichen, soll die Anzahl integrativer Schulen gesteigert werden, während segregierenden Vorgängen gleichzeitig ein Riegel vorgeschoben werden soll. In diesem Zusammenhang sollen alle staatlichen Förderungen bzw. Subventionen auf eine mögliche segregierende Wirkung untersucht werden.

Kindergartenplätze sind oftmals in Gebieten mit hohem Roma-Anteil rar und sollen daher aufgestockt werden. Die Zahl der zu Unrecht in Sonderschulen überstellten Kinder soll reduziert werden. Daher sieht die Resolution einen einheitlichen Kriterienkatalog zur Klassifikation von geistiger Behinderung sowie eine stärkere behördliche Kontrolle vor. Zu Unrecht in Sonderschulen eingewiesene Kinder sollen in den regulären Schulbetrieb reintegriert werden und segregative Vorgänge bei Privatschülern stärker bekämpft werden. In Bereichen der Höheren Bildung sollen mehrfach benachteiligte Personen stärker gefördert werden, indem chancengenerierende Maßnahmen gestärkt werden. Was und welche Bereiche damit gemeint sind, wird im Programm der Dekade nicht genauer erläutert. Deutlich konkreter ist hingegen das Vorhaben festgehalten, durch den Ausbau von Studentenwohnheimen einen breiteren Zugang zur Höheren Bildung zu erreichen. Des Weiteren sollen Sprache und Kultur der Roma stärker im Unterricht eingebunden bzw. Sprachunterricht in Beás und Romanes stärker verbreitet werden. Die Zahl der Roma soll in allen Ebenen der Bildung stark vergrößert werden. Nachmittagsschulen und andere außerschulische Weiterbildungsformen (tanoda) für Schüler und junge Erwachsene sollen gefördert werden. Um maximalen Erfolg zu erzielen, sollen NGOs eingebunden werden. Die einzige Maßnahme im Bildungsbereich, welche über das Niveau der Ankündigung

²³¹ Roma Oktatási Alap “REF” – A REF céljai.

hinausging, war das Útravaló-Programm.²³² Die European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) stellte 2009 bei ihrem vierten Bericht über Ungarn fest, dass der Zugang von mehrfach benachteiligten Kindern zum Kindergarten verbessert und die Grenzen von Schulbezirken verändert worden waren. Weiters würden bei Entwicklungstests von Kindern ihre kulturellen und sozioökonomischen Hintergründe stärker in die Analyse miteinbezogen werden.²³³

Benachteiligte Roma und Mitglieder unterer Gesellschaftsschichten verfügen meist über einen äußerst kritischen Zugang zur Bildung. Durch Aufklärungsprogramme muss die Aufgeschlossenheit der Eltern gegenüber der Ausbildung ihrer Kinder, sowie zur Erwachsenenbildung deutlich gesteigert werden. Der Teufelskreis vom Versagen in der Schule zu schlechten Berufsperspektiven und zur Weitergabe der Armut an die nächste Generation kann nur durch ein rechtzeitiges und frühe Maßnahmen lokaler Behörden verhindert werden. Gleichzeitig ist aber auch die Regierung gefordert, soziale Programme herauszubilden und zu fördern, welche den Kindern eine Ausbildung nicht nur finanziell ermöglichen, sondern die Beihilfen an die Anwesenheit und Leistungen der Kinder in der Schule koppeln. Elementar sind hierbei auch Programme zur Bewusstseinsbildung. Der Beruf des Lehrers verfügt in Ungarn über keine gute Reputation und pädagogische Arbeit mit benachteiligten Schülern ist noch weniger angesehen. Bei Unterstützung der Roma und anderer sozial benachteiligter Gruppen ist es elementar, dass die unterschiedlichen Programme den benachteiligten Menschen Hilfe bieten. So sind Stipendien ohne Kontrolle, ohne die Anhebung des Lebensstandards, ohne Abbau des segregierten und abgeschieden Wohnens und Lebens nicht effektiv. In der Praxis sieht es leider oft anders aus. Es mangelt den Öfteren an gemeinsamer Koordination und Kooperation der beteiligten Organe. Wenn man dieses Problem auch auf die Roma-Selbstverwaltung herunter bricht, stellt man oft fest, dass die lokalen Selbstverwaltungen nur allzu bereit sind, ihre Ansprechpartner bei den Roma-Selbstverwaltungen außen vor zu lassen. Oftmals verläuft die Kooperation aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten suboptimal. Ein im sozialen Bereich immer brennender Punkt ist die Knappheit an verfügbaren finanziellen Ressourcen. Dieser Umstand führt dazu, dass mittel- und langfristige Programme ins Hintertreffen geraten und die knappen Mittel nur mehr zur Brandlöschung eingesetzt werden.²³⁴

²³² Parlamentarischer Beschluss 68/2007 (VI.28.) 4-16.

²³³ ECRI Report on Hungary 24 February 2009, 7.

²³⁴ Mayer 2005, 11-24.

Die ungarische Regierung hat sich große Ziele im Rahmen der Roma-Dekade gesetzt. Eine vollständige gesellschaftliche Integration der Roma ist bis 2015 aber nicht erreichbar. Dazu ist die marginalisierte Lage der Roma zu stark ausgeprägt. Nicht nur im Bildungsbereich wird es etliche Generationen benötigen, um von Chancengleichheit sprechen zu können. Allerdings ist die Roma-Dekade ein Schritt in die richtige Richtung. Die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer mit internationalen Organisationen, der EU und NGOs begünstigt nicht nur die erfolgreiche Finanzierung von Hilfsprojekten, sondern schafft Aufmerksamkeit und ist zugleich auch eine Plattform für den Ideenaustausch. Gemeinsam muss der Bildungs- und Wohnsegregation ein Ende bereitet werden. In diesem Zusammenhang ist es unabdingbar, dass die infrastrukturelle Situation und das Wohnumfeld vieler Roma verbessert werden, sodass Bildungsangebote auch gewahrt werden können. Einen wichtigen Teil für die Herstellung von Chancengleichheit wird auch der Kampf gegen Diskriminierung und Vorurteile einnehmen. Wie im nächsten Kapitel dargestellt wird, haben in den vergangenen Jahren rechtsextreme und romafeindliche Tendenzen einen starken Zuspruch erhalten.

VI. Das gegenwärtige politische Klima und die Roma

Am 26. Mai 2006 hielt der damalige Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány in Balatonószöd eine mit zahlreichen Fäkalausdrücken gespickte Rede²³⁵ vor seinen Parteikollegen, worin er gestand, dass er die ungarische Wählerschaft bewusst belogen hatte, um die vorangegangenen Wahlen zu gewinnen. Seine Rede wurde heimlich mitgeschnitten und am 17. September 2006 vor den Kommunalwahlen öffentlich ausgestrahlt, was zur größten innenpolitischen Krise seit der Wende geführt hat. Große Demonstrationen waren die Folge, die von gewalttätigen, rechtsextremen Ausschreitungen sowie von polizeilichen Übergriffen auf friedliche und unschuldige Demonstranten überschattet wurden. Allen Rücktritts- und Neuwahlforderungen zum Trotz blieb Ferenc Gyurcsány im Amt. 2008 folgte die nächste schwere Regierungskrise, als die Oppositionsparteien Fidesz und KNDP eine Volksabstimmung²³⁶ über die von der Regierung eingeführten Praxis-, Spitals- und Studiengebühren initiierten. Sie ging zu Ungunsten der Regierung aus und daher mussten diese Gebühren am 1. April 2008 vom Parlament wieder aufgehoben werden. Premierminister Ferenc Gyurcsány forderte seinen Koalitionspartner auf, gemeinsam einen neuen Gesundheitsminister zu wählen, was SzDSz ablehnte und die Beendigung der Koalition androhte. Nichtsdestotrotz gab Gyurcsány am 31. März 2008 bekannt, dass die Gesundheitsministerin Ágnes Horváth mit 30. April 2008 entlassen sei, worauf SzDSz für dieses Datum den Austritt aus der Koalition ankündigte. Am 1. Mai 2008 schied der kleinere Koalitionspartner wie angekündigt aus der Regierung aus und Ferenc Gyurcsány führte fortan die Amtsgeschäfte (unter der Duldung der SzDSz) in einer Minderheitenregierung weiter. Ein Jahr später, am 21. März 2009, kündigte Gyurcsány an, dass er die Amtsgeschäfte nicht weiter auszuführen wünsche. Obwohl Fidesz und der ungarische Präsident László Sólyom abermals Neuwahlen forderten, kam es nicht dazu, denn nach langer und schwieriger Suche konnte ein für MSzP und SzDSz akzeptabler Kandidat gefunden werden. Ferenc Gyurcsány wurde am 14. April 2009 mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums abgewählt. Sein Nachfolger war der parteilose Gordon Bajnai, der zuvor als Minister für Nationale Entwicklung und Wirtschaft dem Kabinett Gyurcsány II angehört hatte.

²³⁵ Die englische Übersetzung der Rede ist auf der folgenden Homepage abrufbar:
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/5359546.stm>

²³⁶ In Ungarn als szociális vagy háromigenes népszavazás bezeichnet.

Ungarn hat neben großen politischen Turbulenzen auch besonders gravierende Probleme in der Wirtschaft durchleben müssen. Im Frühsommer 2007 erschütterte die Immobilienkrise die US-Wirtschaft, welche sich aufgrund der vernetzten Finanzmärkte schnell zu einer globalen Wirtschaftskrise ausweitete und Ungarn besonders hart traf. Der Forint brach massiv ein und der Handel mit ungarischen Staatsanleihen kam praktisch zum Erliegen. Aufgrund der hohen Staatsschulden und des hohen Haushaltsdefizits (5,5 Prozent im Jahr 2007) sah man sich außerstande, diese Krise alleine zu bewältigen. Daher wandte man sich an den IWF, der am 27. Oktober 2008 ein Rettungspaket für Ungarn in Aussicht stellte.²³⁷ Ungarn wurden von der EU, der Weltbank und dem IWF 20 Milliarden Euro zugesprochen, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden.²³⁸

Die Wirtschaftskrise betraf aber nicht nur den ungarischen Staat, sondern auch viele Menschen direkt. Einerseits durch die Folgen des Konjunkturabschwungs, die mit Konsumrückgang, Lohnkürzungen und Entlassungen Hand in Hand gingen, andererseits hatten viele private Kreditnehmer aufgrund des günstigen Wechselkurses Auslandskredite mit niedrigen Zinsen bezogen. Durch den radikalen Kursverlust der ungarischen Währung wuchs nicht nur die Höhe ihrer Schulden, sondern viele sahen sich nun außerstande, die höheren Raten zu bezahlen.

Wie die Geschichte des 20. Jahrhunderts äußerst schmerzhaft bewiesen hat, ebnet politische und wirtschaftliche Krisen den Weg für Radikalismen und Extremismen. Der Systemwechsel und die mit ihm verbundenen Hoffnungen auf baldige Verbesserung der Lebensverhältnisse sind für den Großteil der Bevölkerung gar nicht oder nicht in dem erwarteten Ausmaß eingetreten. Vielen geht es – aus wirtschaftlicher Perspektive aus betrachtet – schlechter. Die erforderlichen Reformen für die Umstellung von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft haben große Einschnitte für den Großteil der ungarischen Bevölkerung gebracht. Die unsichere Situation bzw. die wirtschaftlichen und politischen Krisen haben eine große Verunsicherung hinterlassen. Die Unfähigkeit der politischen Eliten, tief greifende Reformen durchzusetzen, bzw. die Feindschaft und extreme Polarisierung zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Lagern haben schwelende Probleme geschürt. Die sogenannte „Ószöder Fäkal-Rede“ hat den Konflikt zwischen Fidesz und MSzP noch weiter verstärkt.

Profitiert haben auch rechtsextreme Tendenzen: Die erste Partei aus dem rechts-extremistischen Spektrum, die den Einzug ins ungarische Parlament schaffte, war die Partei für ungarisches Recht und Leben (MIÉP = Magyar Igazság és Élet Pártja). Eine

²³⁷ Der Spiegel Online 27.10.2008.

²³⁸ Welt Online 30.10.2008.

Legislaturperiode (1998-2002) lang war sie im ungarischen Parlament vertreten, scheiterte aber bei den darauf folgenden zwei Parlamentswahlen am Wiedereinzug: 2002 knapp mit 4,37 Prozent und 2006 im Bündnis mit Jobbik²³⁹ recht deutlich mit 2,20 Prozent.

Weitaus erfolgreicher als MIÉP ist Jobbik, welche 2003 von rechtsgerichteten Studenten zuerst als Bewegung, später als Partei ins Leben gerufen wurde. Jobbik definiert sich selbst als wertkonservative und national-christliche Partei und bezeichnet sich auch als radikal, *„da sie im Gegensatz zu allen anderen Parteien auch das hält, was sie verspricht“*. Ihrer Ansicht nach *„hat der richtige Systemwechsel in Ungarn noch nicht stattgefunden, da die ungarische Politik einpolig und von Geheimverhandlungen geprägt ist und die Parteien die Vertretung der ungarischen Interessen nicht übernehmen. Zwar hat sich der staatliche und verwaltungstechnische Rahmen verändert, aber das Netzwerk, welches im Kommunismus an der Macht war, hält immer noch die Fäden in der Hand. Dieses Netz erstreckt sich auch auf Gebiete der Wirtschaft, des öffentlichen Lebens, der Medien und der Kultur, auf denen es keine natürliche Selektion gibt. Daher kann auch nicht von einer richtigen Demokratie gesprochen werden. Jenes Netz betreibt die Zerstörung der natürlichen menschlichen Gemeinschaft, nationale Identität, Kirche, Lokalpatriotismus und der Familien.“* Jobbik hat sich zum Ziel gesetzt, den Systemwechsel durchzuführen und eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Sie *„lehnen die Globalisierung, der sich alle anderen Parteien unterworfen haben, ab, da sie die traditionellen Werte auflöst.“* Jobbik lehnt daher auch die Mitgliedschaft Ungarns in der Europäischen Union und die offene Gesellschaft ab.²⁴⁰

2004, ein Jahr nach ihrer Gründung, nahm die Partei aus Ablehnung gegenüber der EU von einer Kandidatur bei den Wahlen zum Europäischen Parlament Abstand. 2006 traten sie gemeinsam mit MIÉP zu den ungarischen Parlamentswahlen im Wahlbündnis MIÉP-Jobbik a Harmadik Út (MIÉP-Jobbik der dritte Weg) an, wobei sie jedoch klar scheiterten. Jobbik zog daraus die Lehren und sprach sich für die Zukunft gegen eine weitere gemeinsame Kandidatur mit der MIÉP aus.

Die Öszöder Rede und ihre Nachwehen vergrößerte die politische Frustration der Bevölkerung bezüglich der etablierten politischen Eliten und war Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen. So konnte Jobbik ihren bisher größten Erfolg bei den Wahlen zum Europaparlament 2009 feiern. Sie belegte mit 14,77 Prozent den dritten Rang und überholte die im ungarischen Parlament vertretenen Parteien (MDF und SzDSz) deutlich.

²³⁹ Wörtlich übersetzt bedeutet „Jobbik“ „Die Besseren“, allerdings verfügt dies Wort über eine ziemlich aussagekräftige Ambiguität, so bedeutet Jobbik auch ein „die Rechten“.

²⁴⁰ Jobbik – Alapító Nyilatkozat 22.02.2006.

Die allein regierende MSzP verlor im Vergleich zu 2004 die Hälfte ihrer Stimmen und blieb mit 17,37 Prozent nur knappe 3 Prozentpunkte vor Jobbik.

2010 finden in Ungarn wieder Parlamentswahlen statt. Die Umfragen prophezeien eine deutliche Niederlage der regierenden MSzP sowie der (theoretisch) oppositionellen SzDSz.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat das Land in große Schwierigkeiten gebracht und viele Ungarn in existenzielle Probleme gestürzt. Viele suchen und finden vermeintliche Abhilfe bei den Radikalen, wodurch die Roma in Ungarn besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

So sind Vorurteile und Rassismus gegenüber Roma zwei dominante und äußerst problematische Phänomene in Ungarn. Beide sind durch den Systemwechsel nicht kleiner geworden, ganz im Gegenteil: Roma werden als Sündenböcke missbraucht, um von gesellschaftlichen Problemen abzulenken oder dienen zur Profilierung, indem sie als Bedrohung dargestellt werden. Wie bereits dargelegt, laufen Angehörige der Unterklasse Gefahr, als „überflüssige Gruppe“ angesehen zu werden. Dass „Roma auf Staatskosten leben“ oder „nutzlose Schmarotzer“ sind, sind gängige Vorurteile unter großen Teilen der Bevölkerung, die nicht nur von rechten Parteien verbreitet werden, sondern auch oft von Medien propagiert werden.

Die „Zigeunerkriminalität“ (cigánybűnözés) ist ein besonders wichtiger Begriff der roma-diskriminierenden Rhetorik und wird häufig zur Stimmungsmache gegen Roma verwendet. Ursprünglich wurde der Ausdruck in der Zeit des Kádár-Regimes als polizeilicher und kriminologischer Terminus verwendet, hat aber heutzutage seine Existenzberechtigung verloren. Der Begriff der „Zigeunerkriminalität“ ist besonders nach dem Lynchmord in Olaszliszka, einer rund 4.000-Seelen-Gemeinde im Osten Ungarns, in den Sprachgebrauch von Jobbik und anderen rechten Parteien bzw. Bewegungen übergegangen. Im Oktober 2006 hatte der aus Tiszavasvár stammende Lehrer Lajos Szögi ein 11-jähriges Roma-Mädchen mit dem Auto angefahren, welches durch den Aufprall in einen Graben geschleudert wurde, aber unverletzt liegen blieb. Als Szögi aus dem Auto ausstieg, wurde er von der Familie des Roma-Mädchens attackiert. Aufgestachelt von der Mutter ("Öljétek meg a magyart, mert meghalt a gyerek!") Übersetzung: „Tötet den Ungarn, weil das Kind gestorben ist!“) prügeln die sieben Verwandten auf den Lehrer ein und lynchten ihn vor den Augen seiner zwei Kinder. Dieser kaltblütige Mord schockierte ganz Ungarn und schürte landesweit die Stimmung gegen Roma.²⁴¹

²⁴¹ Magyar Távirati Iroda 12.11.2007.

Ein (negativer) Höhepunkt der rechtsextremen Aktivitäten in Ungarn war die durch den Jobbik-Vorsitzenden Gábor Vona erfolgte Gründung der Magyar Gárda (Ungarische Garde) am 25. August 2007. Diese paramilitärische Organisation erlangte zweifelhaften Ruf durch juden- und romafeindliche Rhetorik, sowie unzählige Märsche durch Wohngebiete der Roma, um angeblich „die Sicherheit zu erhöhen“. Kennzeichnend für die Garde sind ihre schwarzen Uniformen, welche an die Pfeilkreuzer²⁴² erinnern. Bei ihren Aufmärschen wird die Árpádfahne, ursprünglich die Fahne der Árpáden, der ersten Herrscherdynastie Ungarns, welche später von den Pfeilkreuzern adaptiert und für ihre Zwecke missbraucht wurde, mitgeführt. Am 9. Dezember 2007 hielt die Ungarische Garde einen Aufmarsch in Tatárszentgyörgy ab, einer kleinen, rund 50 km südlich von Budapest gelegenen Gemeinde. Beim Marsch durch das Dorf skandierten die Gardisten wiederholt lautstarke Parolen über die „Zigeunerkriminalität“, dessen Opfer die ungarische Bevölkerung sei und die von den Medien nicht thematisiert werden würde. Daraufhin beschloss die Budapester Oberstaatsanwaltschaft, einen Verbotsprozess gegen die Garde zu initiieren, da die Tätigkeiten der Trägerorganisation der Garde, die „Magyar Gárda Hagyományörző és Kulturális Egyesület“ („Traditionsbewahrender und kultureller Verein der Ungarischen Garde“) das ungarische Vereinsrecht missbrauchen würde. Der am 12. März 2008 begonnene Prozess endete in der ersten Instanz am 16. Dezember 2008 mit der Auflösung der Magyar Gárda, wogegen Rechtsmittel von Seiten der Garde eingebracht wurden.²⁴³ Am 3. Juli 2009 wurde das Urteil in zweiter Instanz bestätigt. Das Gericht verlautbarte in seiner Urteilsbegründung, dass die Garde an jenen Orten Aufmärsche abgehalten hatte, die von ethnischen Spannungen geprägt seien. Die dort lebende Bevölkerung, großteils Roma, wurde in ihren Rechten und Freiheiten verletzt. Die Aufmärsche hätten die vorhandenen Probleme weiter verschärft.

Am 11. Juli 2009 wurde die Garde am Szabadság tér (Freiheitsplatz) in Budapest auf einer von Jobbik abgehaltenen Demonstration neu gegründet.²⁴⁴ Es ist anzunehmen, dass juristische Mittel gegen die neu-gegründete Magyar Gárda eingeleitet werden, sei es durch einen erneuten Verbotsprozess oder in anderer Form.

²⁴² Als Pfeilkreuzler wurden die Mitglieder der Nyilaskeresztes Párt – Hungarista Mozgalom (Pfeilkreuzer Partei – Bewegung der Hungaristen) bezeichnet. Sie wurde 1937 von Ferenc Szálasi offiziell gegründet und war eine totalitäre, national-sozialistische Partei, welche im Oktober 1944 durch einen Putsch die Macht übernahm und bis Jänner 1945 in den Händen hielt.

²⁴³ Jogi Fórum 02.07.2009.

²⁴⁴ Népszabadság online 11.07.2009.

Die gewalttätigen Übergriffe auf Roma haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Über eineinhalb Jahre lang wurde Ungarn von einer Mordserie an Roma erschüttert, zu deren Aufklärung zuletzt auch das FBI zur Unterstützung angefordert wurde.²⁴⁵ In fünf bis sechs Fällen spricht der ungarische Kriminologe Géza Finszter von Kennzeichen eines Serientäters oder mehreren Serientätern. Aus psychiatrischer Sicht seien sie „normal“, ihre Verbrechen würden sie aus einer ideologischen Motivation begehen, welche die Roma nicht als Menschen ansieht.²⁴⁶ Eine besonders perfide Tat war die Hinrichtung zweier Roma in Tatárszentgyörgy, die aus ihrem in Brand gesteckten Haus flohen. Diese schrecklichen Taten haben unter den Roma zu großer Unsicherheit geführt, so wurden in mehreren Dörfern eigene Patrouillen zum Selbstschutz aufgestellt. Erst am 21. August 2009 konnte die Polizei etliche Verdächtige verhaften.

²⁴⁵ Népszabadság online 05.08.2009.

²⁴⁶ Jogi Fórum 06.08.2009.

VII. Resümee

Zwar stellen, wie in der Einleitung thematisiert, die Probleme der Roma aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern eine gesamteuropäische Herausforderung dar, doch gibt es keine Patentlösung, die für alle Staaten gültig wäre. Die Integrationsprogramme müssen länderspezifisch auf die jeweilige Situation der Roma abgestimmt werden. Durch den mangelnden Willen innerhalb der politischen Eliten und falsche Ansätze wurde in der Vergangenheit viel Zeit verloren. Es ist daher umso wichtiger, die Weichen für eine erfolgreiche Integration der Roma zu stellen und ihr auch die notwendige Priorität einzuräumen.

Auf die Frage, weshalb viele Roma sich in einer derart schlechten Lage befinden, kann keine einfache Antwort gefunden werden. Im Laufe ihrer Geschichte verliefen viele gesellschaftliche Prozesse zu ihren Ungunsten ab. So konnten sie sich nicht im Zentrum der Gesellschaft integrieren, sondern waren stets gezwungen, Nischen zum Überleben zu suchen. Der erste Versuch, die Roma in die Gesellschaft zu integrieren, welcher von Maria Theresia und Joseph II. durchgeführt wurde, war aufgrund seiner Radikalität zum Scheitern verurteilt.

Besonders das 20. Jahrhundert sollte in vielerlei Hinsicht zu Ungunsten der Roma verlaufen. Die große Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg begann klassische Beschäftigungsfelder der Roma zurückzudrängen. In der Zwischenkriegszeit wurden nicht nur roma-diskriminierende Gesetze erlassen, sondern die Romafeindlichkeit sollte sich in Ungarn während des Zweiten Weltkriegs bis hin zum Völkermord steigern. Das staatssozialistische System bannte zwar die Gefahr der physischen Annihilation, war aber verantwortlich für die schlechte Lage der Roma nach dem Systemwechsel. Nicht nur, dass es die klassischen Berufsfelder innerhalb der Roma weiter zurückdrängte, die Integration in den staatssozialistischen Arbeitsmarkt erfolgte bei vielen Roma fast ausschließlich auf unterster Ebene. Einerseits führte dies zu einem Proletarisierungsprozess, wodurch viele Roma ihre traditionellen Fertigkeiten (wie Korbflechtereien, Musizieren) verloren. Nach dem Systemwechsel hätten jene Fertigkeiten Perspektiven auf ein besseres Leben eröffnen können. Auf der anderen Seite waren die typischen beruflichen Tätigkeiten vieler Roma von niederer Art, erforderten keine besondere Qualifikation und boten keine Aufstiegschancen. Im Staatssozialismus sollte und musste jeder einer Beschäftigung nachgehen. So wurde künstlich eine Vollbeschäftigung geschaffen. Mit dem

Systemwechsel war das staatssozialistische Wirtschaftssystem nicht mehr tragbar. Viele Betriebe wurden aufgekauft und geschlossen, oder es wurden radikale Restrukturierungen durchgeführt. Das Streben nach einer höheren Qualifikation war für Roma aufgrund der staatssozialistischen Beschäftigungspolitik nicht notwendig, so verfügten viele Roma nach dem Systemwechsel über unzureichende Qualifikationen. Denn mit dem Niedergang industrieller Beschäftigung stieg die Nachfrage nach Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, während sie bei unqualifizierter Erwerbstätigkeit rapide abnahm.

Die staatssozialistische Bildungspolitik führte eigene Roma-Klassen und Roma-Schulen ein. Zusätzlich war die Abschiebungen von Problemschülern und -schülerinnen (unter ihnen vermehrt Roma) in Sonderschulen eine gängige Praxis. Kennzeichnend für die Roma-Klassen und (Sonder-)Schulen war nicht nur ein schlechteres Ausbildungsniveau, sondern auch ihre gesellschaftliche Segregation. Zwar erreichte das Bildungsniveau der Roma während des Staatssozialismus ein Level, welches bisher nicht gegeben war, aber trotzdem vergrößerte sich die Kluft zur Mehrheitsbevölkerung stetig und die staatssozialistische Bildungspolitik war segregierend und diskriminierend.

Doch nicht nur im Bereich der Bildungspolitik sondern auch in der staatssozialistischen Wohn- und Siedlungspolitik waren segregierende Züge zu beobachten. Viele Roma lebten in Barackensiedlungen, deren hygienische Bedingungen als katastrophal zu bezeichnen waren. Zwar hatten sich staatssozialistische Eliten die Eliminierung dieser Siedlungen zum Ziel gesetzt, doch anstatt die Roma gemischt mit der Mehrheitsbevölkerung wiederanzusiedeln, nahm man die Neubildung von Roma-Ghettos bewusst in Kauf. Nach dem Systemwechsel lebten viele Roma in Kleinstdörfern und/oder in infrastrukturell ungünstigen Regionen. Die Chancen eine Arbeit zu finden wurden einerseits durch ihre niedrige Qualifikation gehemmt, andererseits sollte sich die infrastrukturelle Situation und segregierte Lage ebenfalls als Hemmschuh erweisen.

Die staatssozialistische Roma-Politik ist daher für die Herausbildung einer Unterklasse in Ungarn verantwortlich. Besonders stark war hiervon die Roma-Minderheit betroffen. Durch die großen Veränderungen, die der Systemwechsel mit sich brachte, wurden viele Roma in eine Unterklasse abgedrängt, was mit gravierenden Konsequenzen für ihre Zukunft verbunden war. Waren sie im Staatssozialismus gesellschaftlich noch integriert, so änderte sich dies mit der Transition. Mitglieder der Unterklasse befinden sich am Rande der Gesellschaft und sind von einer herkömmlichen Partizipation praktisch ausgeschlossen.

Ihre Lage (Wohn- und Bildungssegregation, Isolation, niedriger Ausbildungsgrad, Marginalisierung und Armut) erschwert das Entkommen aus der Unterklasse und macht eine gesellschaftliche Integration nahezu unmöglich.

Der Staatssozialismus schuf die Grundlage für die schlechte Situation der Roma. Aber die Politik nach dem Systemwechsel trägt ebenso Verantwortung. Erst 1995 wurden Programme verabschiedet, welche sich die Verbesserung der Lebenssituation der Roma zum Ziel gesetzt hatten. Die ungarischen Regierungen riefen etliche Programme ins Leben, doch Chancengleichheit zwischen Roma und Nicht-Roma konnte bis heute nicht einmal annähernd erreicht werden. Verantwortlich hierfür sind neben anderen Faktoren Ressourcenknappheit, Unwille der politischen Eliten, mangelhafte Kontrollmöglichkeiten und auch die niedrige Prioritätseinstufung des Problems.

Das Phänomen der Bildungssegregation, welches bereits im Staatssozialismus kultiviert worden war, ist noch lange kein Relikt aus alten Zeiten, sondern ein immer noch bestehendes Problem. Segregierte Bildung bedeutet nicht nur gesellschaftlichen Ausschluss, sondern auch qualitativ schlechte Ausbildung. Dies führt dazu, dass Betroffene nur schwer aus ihrer Misere ausbrechen können. Erschwert wird dies zudem noch durch Handlungsweisen, welche auf die *Culture of Poverty* zurückzuführen sind. Ein Aspekt der *Culture of Poverty* ist der *short-term-outlook*, welcher den Fokus der Betroffenen ausschließlich auf das tägliche Überleben richtet. Dies führte dazu, dass oftmals Handlungen gesetzt werden, die der Not zwar kurzfristig gesehen Abhilfe verschaffen können, doch langfristig mit schwerwiegenden, negativen Konsequenzen für die Zukunft verbunden sind. So bekommt die Bildung bei vielen Roma auch nicht die Aufmerksamkeit, welche für eine substanzielle Verbesserung ihrer Lage notwendig wäre. Zudem haben viele ein nicht unproblematisches Verhältnis zur Schule, da bereits im Neoabsolutismus die Schule zu dem Zweck missbraucht wurde, Roma zwanghaft zu assimilieren, und in Zeiten des Staatssozialismus eine höhere Ausbildung nicht notwendig zu sein schien. Zeit und finanzielle Mittel, sofern vorhanden, werden daher heutzutage eher nicht in Bildung investiert. Auch bei „Privatschülern“ ist dieses Phänomen beobachtbar. Schulen können den Eltern zwar nahe legen, ihre Kinder daheim auch wirklich zu unterrichten, doch letztendlich liegt diese Entscheidung bei den Eltern. Da es im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung mehr Roma unter den Privatschülern gibt, liegt zumindest der Verdacht nahe, dass die geringe Wertschätzung der Schule, welche von vielen Roma-Eltern an den Tag gelegt wird, bei der Entscheidung ausschlaggebend war, oder dass die

Eltern ihrer Meinung nach sinnvollere Betätigungen (Zuverdienstmöglichkeiten) für ihre Kinder im Auge hatten. Das niedrige Ansehen der Schule wird auch bei regulären Roma-Schülern deutlich, wenn man die hohen Schulabsenzzraten von Roma-Kindern betrachtet. Aber nicht nur die Eltern sind für die eben geschilderten Probleme verantwortlich.

Bildungs- und Wohnsegregation sind nicht die einzigen Probleme, mit denen die ungarischen Roma zu kämpfen haben. Rassismus und Vorurteile sind weit verbreitete Phänomene, die in Ungarn eine traurige Tradition haben. Die ungarische Regierung hat in der Vergangenheit zweifellos etliche Programme initiiert, um die gesellschaftliche Gleichstellung und Integration der Roma auf schnellstem Wege zu erreichen. Fakt ist aber auch, dass die Lage vieler Roma so schwerwiegend ist, dass es etliche Generationen dauern wird, bis vollständige Integration erreicht werden kann. Einerseits müssen staatliche Programme vernünftig evaluierbar sein – die Feststellung der ethnischen Zugehörigkeit ist hierbei dringend erforderlich –, andererseits müssen Anreize und Druckmittel geschaffen werden, die das Ausbrechen aus den gegenwärtigen Verhaltensmustern möglich und erforderlich machen. Darüber hinaus muss der Kampf gegen Vorurteile und Diskriminierung konsequent weiter betrieben werden.

Wie bereits in der Arbeit dargelegt, spielt die internationale Dimension eine besonders wichtige Rolle. Ein kritisches Europaparlament oder Kommission kann für Druck sorgen, wenn die ungarische Regierung das Anliegen der Roma aus den Augen verlieren sollte.

2010 wird für Ungarn und gerade auch für die Roma-Minderheit ein besonders wichtiges Wahljahr. Es ist sehr stark davon auszugehen, dass Jobbik den Einzug ins Parlament schaffen wird. Fraglich ist, ob Fidesz die absolute Mehrheit erringen kann, oder möglicherweise auf Koalitionspartner (KDNP, MDF oder gar Jobbik) angewiesen sein wird. Auch für MSzP und SzDSz wird diese Wahl richtungsweisend sein. Wie hoch werden die Verluste beider Parteien sein? Schaffen MDF und SzDSz überhaupt den Einzug ins Parlament? Fakt ist, dass die Regierung Gordon Bajnai mit einem Sparbudget ins Wahljahr gehen wird. Fidesz hat im Falle eines Wahlsieges bereits angekündigt, etliche Kürzung der aktuellen Regierung zurückzunehmen und die Staatsausgaben deutlich zu erhöhen. Ob und wie das angesichts der finanziellen Lage Ungarns möglich sein wird, bleibt abzuwarten. Die kommende ungarische Regierung wird den wirtschaftlichen Turnaround schaffen müssen – zu hoffen ist, dass nachhaltige Wirtschaftsreformen durchgesetzt und der marode Staatshaushalt saniert wird. Aus gegenwärtiger Sicht kann nicht abgeschätzt werden, wie die Roma-Politik der künftigen Regierung aussehen wird.

Trotz aller wirtschaftlicher Widrigkeiten sollte die gesellschaftliche Integration der Roma stärker denn je vorangetrieben werden. Nur so kann mittel- bis langfristig gesellschaftliche Gleichheit hergestellt, Vorurteile abgebaut und die Grundlage für ein friedvolles Miteinander geschaffen werden.

VIII. Quellenverzeichnis

Literatur

Althoff, Nina (2006). Die Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen der Rasse und der ethnischen Herkunft in der Europäischen Gemeinschaft ausgehend von Art. 13 EG. Frankfurt am Main, Wien [u.a.].

Barany, Zoltan (2002). The East European Gypsies. Regime Change, Marginality and Ethnopolitics. Cambridge.

Berger, Johannes (2001). Minderheitenschutz in Ungarn. Die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Regelungen. Tübingen.

Cahn, Claude (2001). Smoke and mirrors: Roma and minority policy in Hungary, in: Roma Rights Quarterly 4/2001. (35-40)

Abrufbar unter: <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=1255>

Zugriff: 18.5.2009

Csalog, Zsolt (1997). Cigánykérdés Magyarországon 1980 előtt, in: Vajda, Imre (Hg). Periférián – Roma szociológiai tanulmányok. (Die Roma-Frage in Ungarn vor 1980, in: In der Peripherie – soziologische Roma-Studien)

Cserti Csapó, Tibor / Forray, Katalin (1998). A cigány kisebbség iskolai oktatásának helyzete a Dombóvári Kistérségben, in: Géczi, János (Hg). Iskolakultúra 1998/12. (37-44) (Die Bildungssituation der Zigeuner-Minderheit in der Kleinregion Dombovar, in: Schulkultur)

Abrufbar unter: <http://nti.btk.pte.hu/ikultura/documents/1998/12/9812.PDF>

Zugriff: 5.5.2009

DecadeWatch (2007). Roma Aktivisták értékelése a Roma Integráció Évtizede Program előrehaladásáról 2005–2006. (Bewertungen von Roma-Aktivisten über die Fortschritte in der Dekade zur Inklusion der Roma 2005-2006)

Online abrufbar unter:

<http://www.romadecade.org/files/downloads/DecadeWatch/DecadeWatch%20-%20Hungary%20%28Hungarian;%20final%29.pdf>

DecadeWatch (2008). Roma Aktivisták értékelése a Roma Integráció Évtizede Program előrehaladásáról 2007 Update. (Bewertung der Roma-Experten über die Fortschritte innerhalb des Roma-Dekade 2007 Update)

Online abrufbar unter:

<http://www.romadecade.org/files/downloads/DecadeWatch/DecadeWatch%202007%20Update%20-%20Final%20%2830-07-08%29.pdf>

Emigh, Rebecca Jean / Fodor, Eva / Szelényi, Iván (2001). The Racialization and Feminization of Poverty, in: Emigh, Rebecca Jean (Hg) / Szelényi, Iván (2001). Poverty, ethnicity, and gender in Eastern Europe during the market transition. Westport. (1-32)

European Roma Rights Centre (2007). The impact of legislation and policies on school segregation of romani children. A Study of Anti-Discrimination Law and Government Measures to Eliminate Segregation in Education in Bulgaria, Czech Republic, Hungary, Romania and Slovakia. Budapest.

Friedlander, Henry (1997). Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung. Berlin.

Havas, Gábor / Kertesi, Gábor / Szelényi, István (1995). The Statistics of Deprivation: The Roma in Hungary, in: The Hungarian Quarterly Vol. XXXVI, No. 138 (Summer 1995) Vajda Miklós (Hg) (67-80)

Havas, Gábor (1999). Cigányok a szociológiai kutatások tükrében, in: Glatz, Ferenc / Kemény, István (Hg) (2004). A cigányok Magyarországon. Magyarország a az évezredfordulón, Stratégiai kutatások a Magyar Tudományos Akadémián. Rendszerváltozás: Piacgazdaság, Társadalom, Politika. Budapest. (Die Zigeuner im Spiegel soziologischer Studien, in: Die Zigeuner in Ungarn, Ungarn an der Jahrtausendwende. Strategische Forschungen der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Systemwechsel, Marktwirtschaft, Gesellschaft, Politik)

Havas, Gábor / Kemény, István / Liskó, Ilona (2001). Cigány gyerekek az általános iskolában. Budapest. (Zigeuner-Kinder in der Volksschule)

Kállai, Ernő (2005). Legislation and Government Programs Relating to the Roma Population in Hungary since the political changes of 1989-90 288-334, in: Kemény, István (Hg) 2005. Roma of Hungary. New York.

Kemény, István (Hg) (1976). Beszámoló a magyarországi cigányok helyzetével foglalkozó 1971-ben végzett kutatásról. Budapest. (Bericht über die 1971 durchgeführte Studie über die Lage der ungarischen Zigeuner)

Kemény, István / Janka, Béla / Lengyel, Gabriella (2004). A Magyarországi Cigányság 1971-2003. Budapest. (Die ungarischen Zigeuner 1971-2003)

Kemény, István (Hg) (2005). History of Roma in Hungary 1-69, in: Kemény, István (Hg) (2005). Roma of Hungary. New York.

Kenrick, Donald (2004). Gypsies: from the Ganges to the Thames. Hatfield.

Kocsis, Károly / Kovács, Zoltán (1999). A cigány népesség társadalomföldrajza. in: Glatz, Ferenc / Kemény, István (Hg) (2004). A cigányok Magyarországon. Magyarország az ezredfordulón, Stratégiai kutatások a Magyar Tudományos Akadémián. Rendszerváltozás: Piacgazdaság, Társadalom, Politika. Budapest. (Die Bevölkerungsgeographie der Zigeuner, in: Die Zigeuner in Ungarn, Ungarn an der Jahrtausendwende. Strategische Forschungen der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Systemwechsel, Marktwirtschaft, Gesellschaft, Politik)

Ladányi, János (2001). The Hungarian Neoliberal State, Ethnic Classification, and the Creation of a Roma Underclass in: Emigh, Rebecca Jean / Szelényi, Iván (Hg) (2001). Poverty, Ethnicity, and Gender in Eastern Europe during the Market Transition. Westport. (67-82)

Ladányi, János / Szelényi, Iván (2006). Patterns of exclusion. Constructing gypsy ethnicity and the making of an underclass in transitional societies of Europe. New York.

Lewis, Oscar (1961). *The Children of Sanchez. Autobiography of a Mexican Family*. New York.

Liégeois, Jean-Pierre (2007). *Roma in Europe*. Strasbourg.

Mayer, Józef (2005). Önkormányzati stratégiák a hátrányos helyzetű társadalmi csoportok munkaerő-piaci esélyeinek javítására; in: Mayer, Józef / Németh, Szilvia (2005). *Fókuszban a roma többségű iskolák. Fenntartói elképzelések – konfliktuskezelés az iskolákban*. Budapest. (9-24) (Die Strategien der Selbstverwaltung zur Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen, in: *Schulen mit Roma-Mehrheit im Fokus, Vorstellungen der Erhalter – Konfliktbehandlung in der Schule*)

Mihok, Brigitte (1990). *Ethnostratifikation im Sozialismus, aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien*. Frankfurt am Main.

Mihok, Brigitte (1999). *Vergleichende Studie der Minderheiten in Ungarn und Rumänien (1989-1996) unter besonderer Berücksichtigung der Roma*. Frankfurt am Main, Wien.

Myrdal, Gunnar (1964). *Challenge to Affluence*. London.

Open Society Institute (2001). *Monitoring the EU Accession Process: Minority Protection*. Budapest.

Open Society Institute (2007). *EU Monitoring and Advocacy Program (2007). Equal Access to quality Education for Roma, Hungary. Monitoring Report 2007*.

Pittlik, Tímea (2004). Kisebbszociológia, különös tekintettel a roma gyerekek helyzetére, in: Nahalka, István / Torgyik, Judit (2004). *Megközelítések. Roma gyerekek nevelésének egyes kérdései*. Budapest. (83-93) (Minderheitensoziologie, mit besonderem Schwerpunkt auf der Lage der Roma-Kinder, in: *Annäherungen. Fragen zur Erziehung von Roma-Kindern*)

Romsics, Ignác (2005). *Magyarország története a XX. században*. Budapest. (Die ungarische Geschichte im XX. Jahrhundert)

Romsics, Ignác (2007). Magyarország története. Budapest. (Die Geschichte Ungarns)

Trehan, Nidhi. (1996). Afterword 1996. Roma in the Hungarian Educational System: Still the Invisible Minority, in: Diane Tong (Hg): Gypsies: An interdisciplinary reader (New York, Garland, 1998). (141-147)

Vámos, Ágnes (2004). Kisebbségpedagógia, nyelv és kultúra, in: Nahalka, István / Torgyik, Judit (2004). Megközelítések. Roma gyerekek nevelésének egyes kérdései. Budapest. (13-26) (Minderheitenpädagogik, Sprache und Kultur, in: Annäherungen. Fragen zur Erziehung von Roma-Kindern)

William, Wilson Julius (1987). The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy. Chicago.

World Bank (2000). Making Transition Work For Everyone: Poverty and Inequality in Europe and Central Asia, Washington.

Online abrufbar unter:

<http://books.google.at/books?id=5iqrW11n9FwC>

Internetquellen

2003. évi CXXV. törvény az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról (Gesetz aus dem Jahr 2003 über die Gleichbehandlung und Verbreitung von Chancengleichheit)

<http://www.egyenlobanasmod.hu/archiv/eselytorveny.pdf>

Zuletzt zugegriffen: 22.6.2009

Die englischsprachige Fassung ist abrufbar unter:

<http://www.egyenlobanasmod.hu/data/SZMM094B.pdf>

Zuletzt zugegriffen: 17.06.2009

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (1986): Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (86/C 158/01) in: Bl. C 158 vom 25.6.1986, S. 1–3.

Zuletzt zugegriffen: 17.06.2009

A nemzeti és etnikai kisebbségi jogok országgyűlési biztosa 29.04.2008: A Nemzeti és Etnikai Kisebbségi Jogok Országgyűlési Biztosának beszámolója a 2004-es évről. (Ombudsmann für nationale und ethnische Minderheiten – Bericht des Ombudsmanns über das Jahr 2004)

<http://www.kisebbsegiombudsman.hu/hir-279-nemzeti-es-etnikai-kisebbsegi-jogok.html>

Zuletzt zugegriffen: 17.06.2009

Commission Opinion on Hungary's Application for Membership of the EU 1997

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/hungary/hu-op_en.pdf

Zuletzt zugegriffen: 22.6.2009

Cserti Csapó, Tibor (2006). Területi-szociológiai jellemzés a Magyarországi cigány népesség körében. (Territorialsoziologische Charakterisierung über die Roma Ungarns)

http://nti.btk.pte.hu/main/doktori/cms/uploads/File/tematika_2felev_cseca.doc

Zuletzt zugegriffen: 11.11.2007

Der Spiegel Online. IWF kündigt Finanzpaket für Ungarn an. 27.10.2008

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,586645,00.html>

Zuletzt zugegriffen: 11.11.2009

ECRI Report on Hungary (fourth monitoring cycle). Adopted on 20 June 2008

Published on 24 February 2009

<http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Hungary/HUN-CbC-IV-2009-003-ENG.pdf>

Zuletzt zugegriffen: 22.10.2009

EG-Vertrag Art. 13

<http://dejure.org/gesetze/EG/13.html>

Zuletzt zugegriffen: 22.6.2009

Egyenlő Bánásmód Hatóság 05.02.2009: Mit kell tudni az Egyenlő Bánásmód Hatóságról? (Gleichbehandlungsbehörde: Was muss man über die Gleichbehandlungsbehörde wissen?)

http://www.egyenlobanasmod.hu/index.php?g=ebh_aboutH.htm

Zuletzt zugegriffen: 22.6.2009

European Roma Rights Centre: Hungary Appoints Ministerial Commissioner for the Integration of Roma and Disadvantaged Children

<http://www.errc.org/cikk.php?cikk=1617>

Zuletzt zugegriffen: 02.07.2009

Gandhi Gymnasium – Felnőttoktatási tagozat. (Gandhi Gymnasium – Erwachsenenbildung)

<http://gandhi.dravanet.hu/regi/felnott/bemutatkozas.html>

Zuletzt zugegriffen: 22.6.2009

Human Rights Watch (1996). Rights Denied. The Roma of Hungary

http://www.hrw.org/legacy/reports/1996/Hungary.htm#P312_28840

Zuletzt zugegriffen: 27.06.2009

International Helsinki Federation for Human Rights: Human Rights in the OSCE Region: Europe, Central Asia and North America, Report 2004 (Events of 2003) – Hungary.

http://www.ihf-hr.org/viewbinary/viewdocument.php?download=1&doc_id=5521

Zuletzt zugegriffen: 22.9.2009

Interview von János Zsolnay mit Viktória Mohácsi am 26.4.2004

<http://www.romapage.hu/hircentrum/article/106803/2964/>

Zuletzt zugegriffen: 02.07.2009

Jobbik – Alapító Nyilatkozat 22.02.2006 (Gründungserklärung)

http://www.jobbik.hu/rovatok/partunkrol/alapito_nyilatkozat

Zuletzt zugegriffen: 19.10.2009

Jogi Fórum 21.9.2001: Szinte biztos: nem lesz biztos – (Rechtsforum: Es ist ziemlich sicher, dass es keinen Beauftragten geben wird)

<http://www.jogiforum.hu/hirek/2180>

Zuletzt zugegriffen: 19.6.2009

Jogi Fórum 02.07.2009: Magyar Gárda-per – Jogerősen feloszlatta az egyesületet a bíróság (Rechtsforum: Ungarische Garde Prozess – Das Gericht löste die Vereinung rechtskräftig auf)

<http://www.jogiforum.hu/hirek/21071>

Zuletzt zugegriffen: 19.10.2009

Jogi Fórum 06.08.2009: Romák elleni támadások – Megoszlik a szakemberek véleménye a motivációkról (Rechtsforum: Angriffe auf Roma – die Experten sind geteilter Meinungen über die Motive.)

<http://www.jogiforum.hu/hirek/21361>

Zuletzt zugegriffen: 19.6.2009

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998): Regelmäßiger Bericht 1998 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt.

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/1998/hungary_de.pdf

Zuletzt zugegriffen: 26.6.2009

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1999): Regelmäßiger Bericht 1999 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt.

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/1999/hungary_de.pdf

Zuletzt zugegriffen: 14.7.2009

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000): Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt.

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2000/hu_de.pdf

Zuletzt zugegriffen: 14.7.2009

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Regelmäßiger Bericht 2001 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt.

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2001/hu_de.pdf

Zuletzt zugegriffen: 14.7.2009

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002): Regelmäßiger Bericht 2002 der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt.

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2002/hu_de.pdf

Zuletzt zugegriffen: 14.7.2009

Magyar Külügyminisztérium: Fact Sheets on Hungary Roma/Gypsy in Hungary.
(Ungarisches Außenministerium)

http://www.mfa.gov.hu/NR/rdonlyres/05DF7A51-99A5-4BFE-B8A5210344C02B1A/0/Roma_en.pdf

Zuletzt zugegriffen: 10.02.2009

Magyarországi Cigányokért Közalapítvány: Közalapítvány alapításáról (Öffentliche Stiftung für Roma in Ungarn: Über die Gründung)

<http://www.macika.hu/index.php?action=alapitas&lang=hu>

Zuletzt zugegriffen: 19.6.2009

Magyarországi Cigányokért Közalapítvány: Közlemény (Öffentliche Stiftung für Roma in Ungarn: Veröffentlichung)

<http://www.macika.hu/index.php?action=folap&lang=hu>

Zuletzt zugegriffen: 19.6.2009

Magyar Távirati Iroda 12.11.2007: Vádemelési javaslat az olaszliszkai emberölés ügyében (Ungarische Presseagentur: Anklageerhebung im Fall des Mords in Olaszliszka)

<http://www.mti.hu/cikk/238810/>

Zuletzt zugegriffen: 16.10.2009

Minderheitengesetz LXXVII des Jahres 1993

http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=99300077.TV

Zuletzt zugegriffen: 17.04.2009

Nemzeti és Étnikai Kisebbségi Hivatal 19.07.2006: Minority voters' registers have been completed (Amt für nationale und ethnische Minderheiten)

<http://www.szmm.gov.hu/main.php?folderID=1414&articleID=30327&ctag=articlelist&iid=1>

Zuletzt zugegriffen: 17.06.2009

Népszabadság²⁴⁷ **online** 12.01.2009: Megszűnik a Cigányügyi Tárcaközi Bizottság és a Romaügyi Tanács (Das Interministerielle Komitee für Roma-Angelegenheiten und der Koordinationsrat für Roma-Angelegenheiten werden aufgelassen)

<http://www.nol.hu/archivum/archiv-431272>

Zuletzt zugegriffen: 17.06.2009

Népszabadság online 11.07.2009: Újjáalakult a Magyar Gárda mozgalom a Szabadság téren (Neugründung der Ungarischen Garde auf dem Freiheitsplatz)

http://www.nol.hu/belfold/rohamrendorok_az_erzsebet_teren__gyulnek_a_tuntetok

Zuletzt zugegriffen: 17.10.2009

Népszabadság online 05.08.2009: Attila Fekete: Napokig Budapesten nyomozott az FBI a romák gyilkosai után (Das FBI ermittelte tagelang in Budapest nach den Roma-Morden)

http://nol.hu/belfold/20090805-romaugyben_budapesten_segített_az_fbi

Zuletzt zugegriffen: 17.10.2009

Oktatási és Kulturális Minisztérium 14.02.2003: Integrációs felkészítés 2003 szeptemberétől (Bildungsministerium: Programm für integrative Bildung ab September 2003)

<http://www.okm.gov.hu/main.php?folderID=125&articleID=340&ctag=articlelist&iid=1>

Zuletzt zugegriffen: 10.09.2009

Oktatási és Kulturális Minisztérium 08.03.2004: Utolsó Padból Program (Bildungsministerium: Programm: „Heraus aus der letzten Bank“)

<http://www.okm.gov.hu/main.php?folderID=125&articleID=142&ctag=articlelist&iid=1>

Zuletzt zugegriffen: 11.09.2009

Oktatási és Kulturális Minisztérium 23.02.2005: Útravaló – Nemzeti Ösztöndíj Program – Háttéranyag (Bildungsministerium: „Reiseproviand-Programm – Nationales Stipendien Programm – Hintergrundinformationen“)

<http://www.okm.gov.hu/main.php?folderID=723&articleID=5143&ctag=articlelist&iid=1>

Zuletzt zugegriffen: 14.09.2009

²⁴⁷ Népszabadság (auf Deutsch: Volksfreiheit) ist einer der führenden Tageszeitungen Ungarns.

Oktatási és Kulturális Minisztérium 31.08.2005: 7 lépés az igazságos és modern iskolákért. (Bildungsministerium: 7 Schritte für eine gerechte und moderne Schule)

<http://www.okm.gov.hu/main.php?folderID=730&articleID=6035&ctag=articlelist&iid=1>

Zuletzt zugegriffen: 07.09.2009

Parlamentarischer Beschluss 68/2007 (VI.28.) über den strategischen Plan anlässlich der Dekade zur Inklusion der Roma (68/2007. (VI. 28.) (OGY határozat a Roma Integráció Évtizede Program Stratégiai Tervről)

http://www.romadecade.org/files/downloads/Decade%20Documents/Hungarian%20NAP_hu.pdf

Regierungsbeschluss 1047/1999 (V.5): Mittelfristiges Programm zur Verbesserung der Lebensumstände und gesellschaftlichen Situation der Roma (A Kormány 1047/1999. (V.5.) Korm. Határozata: A cigányság életkörülményeinek és társadalmi helyzetének javítására irányuló középtávú intézkedéscsomagról)

<http://www.nemzetisegek.hu/etnonet/kodex/koztavu.htm>

Zuletzt zugegriffen: 26.6.2009

Regierungsbeschluss 1048/1999 (V.5) über die Gründung des Interministeriellen Komitees für Roma Angelegenheiten (A Kormány Határozata 1048/1999 (V.5) Korm. Határozata: A Cigányügyi Tárcaközi Bizottság létrehozásáról)

<http://www.nemzetisegek.hu/etnonet/kodex/ctb.htm>

Zuletzt zugegriffen: 26.6.2009

Regierungsprogramm Ferenc Gyurcsány I: Lendületben az ország! A Köztársaság kormányának programja a szabad és igazságos Magyarországért 2004-2006. (Ungarn – ein Land in Aufschwung! Programm der Regierung der Republik für ein freies und gerechtes Ungarn 2004–2006)

http://misc.meh.hu/binary/5987_program2004_2006.pdf

Zuletzt zugegriffen: 26.6.2009

Deutsche Fassung abrufbar unter:

<http://gss.mssgov.ionlab.net/domain2/files/modules/module15/39034C6E24AFA51.pdf>

Regierungsprogramm Ferenc Gyurcsány II: Das neue Ungarn. Freiheit und Solidarität. Das Programm der Regierung der Republik Ungarn für ein erfolgreiches, modernes und gerechtes Ungarn 2006-2010. Abrufbar unter:

http://www.miniszterelnok.hu/domain2/files/modules/module25/fileok/Das_neue_Ungarn.pdf

Ungarische Fassung:

<http://www.miniszterelnok.hu/domain2/files/modules/module25/fileok/Kormanyprogram.pdf>

Zuletzt zugegriffen: 26.6.2009

Regierungsprogramm Péter Medgyessy: „Cselekedni most és mindenkiért“ A nemzeti közép, a demokratikus koalíció Kormányának programja. Magyarország 2002 – 2006 („Handeln, jetzt und für alle“ Das Programm der nationalen Mitte und demokratischen Koalition 2002 – 2006)

Kapitel Soziales:

<http://www.medgyessy.hu/archivum/indexacf5.html?p=kp3>

Zuletzt zugegriffen: 26.6.2009

Kapitel Bildung:

<http://www.medgyessy.hu/archivum/indexb0cb.html?p=kp5>

Zuletzt zugegriffen: 26.6.2009

Roma Oktatási Alap “REF” A REF céljai – Roma Educational Fund (Die Ziele des REF)

http://www.romaeducationfund.hu/index.php?doc_id=75

Zuletzt zugegriffen: 02.10.2009

The Parliamentary Commissioner for National and Ethnic Minority Rights

19.10.2007:

A hivatal szervezete és feladatai (Die Struktur und Aufgaben des Büros)

<http://www.kisebbségiombudsman.hu/hir-43-hivatal-szervezete-es-feladatai.html>

Zuletzt zugegriffen: 17.06.2009

The Parliamentary Commissioner for National and Ethnic Minority Rights

14.03.2008:

<http://www.kisebbségiombudsman.hu/hir-189-the-parliamentary-commissioner-for.html>

Zuletzt zugegriffen: 17.06.2009

Umfassender Monitoringbericht über die Vorbereitungen Ungarns auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2003/cmr_hu_final_de.pdf

Zuletzt zugegriffen: 14.7.2009

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. 1957

<http://eur->

[lex.europa.eu/de/treaties/dat/11957E/tif/TRAITES_1957_CEE_1_XM_0176_x222x.pdf](http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11957E/tif/TRAITES_1957_CEE_1_XM_0176_x222x.pdf)

Volkszählung 2001

http://www.nepszamlalas.hu/eng/volumes/06/00/tabeng/1/prnt01_9_0.html

Zuletzt zugegriffen: 02.06.2009

Volkszählung 2001 – Grafik

http://www.nepszamlalas.hu/hun/kotetek/04/kartogram/_gip-hu.png

Zuletzt zugegriffen: 02.06.2009

Welt Online 30.10.2008: 20 Milliarden sollen Staatsbankrott Ungarns verhindern

http://www.welt.de/welt_print/article2647975/20-Milliarden-sollen-Staatsbankrott-Ungarns-verhindern.html

Zuletzt zugegriffen: 16.10.2009

World Health Organisation (1996): ICD-10 Guide for Mental Retardation

http://www.who.int/mental_health/media/en/69.pdf

Zuletzt zugegriffen: 06.02.2008

Tabellen

Tabelle 1 – Structural and policy determinants of the social position of negatively privileged groups	17
Tabelle 2 – Vergleich der 15- bis 19-Jährigen der Mehrheitsbevölkerung und Roma hinsichtlich ihrer Tätigkeit (in Prozent) (1993).....	26
Tabelle 3 – Anzahl der Roma nach Muttersprache und Nationalität anhand des ungarischen Zensus.....	42
Tabelle 4 – Geburtenziffer pro 1000 Frauen nach Alter	43
Tabelle 5 – Anzahl der Kinder pro 100 Frauen über 14 Jahren nach Ausbildungsgrad (2003)	43
Tabelle 6 – Vergleich Roma und Mehrheitsbevölkerung bezüglich Siedlungstypen (in Prozent) (1999).....	48
Tabelle 7 – Vergleich der Wohnsituation 1971 und 1995 (in Prozent).....	55
Tabelle 8 – Segregation der Roma-Haushalte nach regionaler Verteilung (in Prozent) (Studie 2003)	57
Tabelle 9 – Beschäftigungssituation 1971 bei Roma und Nicht-Roma (in Prozent)	58
Tabelle 10 – Beschäftigungsrate bei Roma-Frauen und -Männern (in Prozent).....	58
Tabelle 11 – Schulbesuch der 6- bis 12-jährigen Kinder	60
Tabelle 12 – Schulbesuch bei Roma (in Prozent) (1993).....	61
Tabelle 13 – Schulbesuch bei Roma (in Prozent) (2003).....	62
Tabelle 14 – Absolvierung der 8. Schulstufe bei Erreichen eines gewissen Alters (in Prozent) (90er Jahre)	62
Tabelle 15 – Weiterer Schulweg nach der Volksschule bei Roma und Nicht-Roma nach Schultypus differenziert (in Prozent).....	63
Tabelle 16 – Anteil von Roma-Schülern in Schulklassen nach Lage der Schule (in Prozent) (2003)	67

Abbildungen

Abbildung 1 – An historical and comparative typology of social positions formed by social and economic exclusion and inclusion	16
Abbildung 2 – Causal relationships between structural conditions, underclass formation, and culture of poverty.....	18
Abbildung 3 – Von Roma am stärksten besiedelte Gebiete	44
Abbildung 4 – Verhältnis der Roma zur Mehrheitsbevölkerung (in Prozent) (2001).....	45
Abbildung 5 – Unterentwickelte Regionen in Ungarn (2002)	45
Abbildung 6 – Beschäftigungssituation für Arbeitslose nach Regionen (2003).....	46
Abbildung 7 – Offiziell erfasste Arbeitslose in Prozent (2004)	47
Abbildung 8 – Durchschnittliche Bevölkerungsstruktur der Siedlungen (2004).....	49
Abbildung 9 – Durchschnittlich absolvierte Klassen bei Personen (> 7 Jahre) (2004).....	49
Abbildung 10 – Einkommen pro Person (2004).....	50
Abbildung 11 –Anzahl der regelmäßigen Sozialhilfeempfänger pro 100 Einwohner (2000)	50

IX. Abkürzungen

CS	Csökkentet értékű	Reduzierter Wert
EK	Europäische Kommission	
EP	Europaparlament	
EU	Europäische Union	
Ft	Forint	
KDNP	Kereszténydemokrata Néppárt	Christlich-Demokratische Volkspartei
MDF	Magyar Demokrata Fórum	Ungarisches Demokratisches Forum
MIÉP	Magyar Igazság és Élet Pártja.	Partei für ungarisches Recht und Leben
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder	
MSzMP	Magyar Szocialista Munkáspárt	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
MSzP	Magyar Szocialista Párt	Ungarische Sozialistische Partei
NEKH	Nemzeti és etnikai kisebbségi hivatal	Amt für nationale und ethnische Minderheiten
NGO	Non Governmental Organization	Nicht-Regierungsorganisation
OTP	Országos Takarékpénztár	Landessparkasse
SzDSz	Szabad Demokraták Szövetsége	Bund Freier Demokraten
UNDP	United Nations Development Programme	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
WHO	World Health Organisation	Weltgesundheitsorganisation
ZK	Zentralkomitee der Kommunistischen Partei	

Abstract (Deutsch)

Die schlechte Lage vieler Roma in Ost- und Mitteleuropa bot wiederholt Anlass für internationale Berichterstattung. In der vorliegenden Arbeit wird die Lage der ungarischen Roma analysiert und der Schwerpunkt auf ihre Bildungssituation und die Bildungspolitik der ungarischen Regierungen gelegt. Es wird untersucht, ob und inwiefern der Staatssozialismus für die gegenwärtige Lage der ungarischen Roma verantwortlich ist. Darüber hinaus werden die Maßnahmen der ungarischen Regierung, die Bildungssituation zu verbessern, durchleuchtet. Die theoretische Grundlage der vorliegenden Arbeit basiert auf der Adaption des Unterklasse-Begriffs von János Ladányi und István Szelényi.

Abstract (English)

The miserable situation of the Roma-minorities in Central and Eastern Europe gave reason to widespread reports. The present master thesis analyses the situation of the Hungarian Roma, especially the situation concerning their educational. The main question of the analysis is, if and how far is the state socialist system responsible for the present situation of the Hungarian Roma minority. Besides, governmental programs to improve their educational situation are analysed. The theoretical basis is János Ladányi's and István Szelényi's adaptation of the Underclass-concept.

Lebenslauf

Arno Niederle

Geboren (1982) und aufgewachsen in Wien.

Bildungsweg:

05/2008 – 06/2008: zweimonatiger Forschungsaufenthalt in Ungarn
seit 2002: Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
2001 – 2002: Studium der Biologie an der Universität Wien
2000 – 2001: Zivildienst beim Arbeiter-Samariter Bund
06/2000: Ablegung der Reifeprüfung
1992 – 2000: AHS Sigmund-Freud-Gymnasium, 1020 Wien
1988 – 1992: Volksschule

Sprachkenntnisse:

Deutsch: Muttersprache
Ungarisch: Muttersprache
Englisch: sehr gut in Wort und Schrift
Französisch: Grundkenntnisse
Italienisch: Grundkenntnisse
Russisch: Grundkenntnisse